

DISS

Journal

- ▶ DISScourse
- ▶ DISSagree
- ▶ DISSorder

47

Juni 2024

2018

2022

2024

N.S. Heute

Krieg Ukraine

Juden in
der AfD

Terror Hamas

Correctiv

Räumung
Lützerath

Geschlechterdiskurs

Kriegsdiskurs

Diskurs über Judentum

Diskurs über Islam

Terrordiskurs

Diskurs über Rechtsextremismus

Synchroner Schnitt



IMPRESSUM

DISS-Journal
ISSN 2701-3081

Duisburger Institut für Sprach-
und Sozialforschung (DISS)
Siegstr. 15
47051 Duisburg

Tel.: 0203/20249
info@diss-duisburg.de

Homepage: www.diss-duisburg.de
Blog: www.disskursiv.de

REDAKTION

Guido Arnold
Wolfgang Kastrup
Helmut Kellershohn
Anna-Maria Mayer
Benno Nothardt
Jobst Paul

LAYOUT

Guido Arnold

HEFT-BESTELLUNG

info@diss-duisburg.de
Tel.: 0203/20249

Schutzgebühr: 4 EUR
kostenfrei für Mitglieder
des DISS-Förderkreises

Inhalt

- 5 ZUR WEITERENTWICKLUNG DER KRITISCHEN DISKURSANALYSE ALS KONZEPT QUALITATIVER SOZIALFORSCHUNG**
Von Margarete Jäger, Benno Nothardt, Regina Wamper
- 6 GEFÄHRLICHER POPULISMUS DER MITTE**
DIE NEUE DIMENSION DES RASSISMUS IN DEUTSCHLAND
Von Heiko Kauffmann
- 9 DIE POTSDAMER RUNDE: EINE NETZWERKANALYSE**
Von Deniz Cakmak
- 17 DAS RECHTSEXTREME „REMIGRATIONS“-PROJEKT“**
Von Helmut Kellershohn
- 24 SOZIALSTAAT VON RECHTS**
IDENTITÄRE SOLIDARITÄT UND EXKLUDIERENDE SOZIALSTAATLICHKEIT
Von Martin Hauff
- 30 LÜTZERATH UND DIE „NEBELWAND“**
ERGEBNISSE EINER KRITISCHEN DISKURSANALYSE RECHTER BERICHTERSTATTUNG ZUR POLIZEILICHEN RÄUMUNG IN LÜTZERATH
Von Nicolai Kary
- 33 DIE ZEITSCHRIFT N.S. HEUTE UND DER STAND DES NEONAZISMUS**
Von DISS
- 35 POPULISMUS UND SEINE AUSGRENZENDE EFFEKTE ALS GESELLSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG**
BERICHT ÜBER EINEN WORKSHOP IM DISS
Von Margarete Jäger & Iris Tonks
- 36 TAUSEND FEINE RISSE**
DER FORSCHUNGSBERICHT ZUM DISS-PROJEKT „JUDENTUM“ IN DER DEUTSCHEN ALLTAGSPRESSE LIEGT VOR
Von Jobst Paul
- 38 TEXTARBEIT UND ERKENNTNISGEWINN**
Louisa Venhoff (Universität Wien) im Gespräch mit Jobst Paul
- 39 WARUM ANTISEMITEN ALIBI-JUDEN BRAUCHEN**
EINE KURZE ANALYSE DER JUDEN IN DER AFD (JAFD)
Von Jessica Hösel (Jüdische Hochschule Heidelberg)
- 44 LINIEN ZIEHEN, ABER WIE?**
EINDRÜCKE VOM FACHTAG ZUM PÄDAGOGISCHEN UMGANG MIT REAKTIONEN IN SCHULE UND PÄDAGOGIK IM RAHMEN DES PROJEKTS „KOMPETENZNETZWERK ANTISEMITISMUS“ DER BILDUNGSSTÄTTE ANNE FRANK AM 12. DEZEMBER 2023
Von Martin Gerner
- 46 DER UKRAINE-KRIEG – WAFFENSTILLSTANDSVERHANDLUNGEN ODER WEITERE ESKALATION?**
Von Wolfgang Kastrup
- 54 DAS GRUNDERBE**
EIN SYMPTOM DER IDEOLOGISCHEN VERIRRUNG IN DER SPD-LINKEN
Von Wilfried Schollenberger
- REZENSIONEN & LESETIPPS**
- 58 NANCY FRASER ÜBER EIN ERWEITERTES KAPITALISMUS- UND SOZIALISMUSVERSTÄNDNIS** *Lesetipp von Helmut Kellershohn*
- 62 „STAATSGEWALTEN“** *Rezension von Wolfgang Kastrup*
- 64 „AKKUMULATION – ÜBERAUSBEUTUNG – MIGRATION“** *Rezension von Wolfgang Kastrup*
- 65 FRANK WICHERT (1967 – 2024)** *Nachruf von Gabriele Cleve*
- 66 NEUES AUS DEM INSTITUT**



Vorwort

Die Europawahl und die Landtagswahlen in diesem Jahr werfen ihren Schatten voraus. Die jüngsten Anschläge auf Politiker, wie den sächsischen SPD-Europaabgeordneten Matthias Ecke, rufen bei vielen Kommentatoren den Vergleich mit Weimar und die Erinnerung an die Schlägertruppe der SA hervor. Das „Klima der Verhetzung und Verrohung [...] wächst seit Jahren beständig, und es wird immer giftiger“, schrieb Thomas Holl auf der ersten Seite der FAZ (6.5.2024) und erinnerte in diesem Zusammenhang an die Ermordung des hessischen CDU-Politikers Walter Lübke. Der „Rechts-Druck“, von dem das Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung in seiner ersten größeren Veröffentlichung bereits 1988 sprach, hat nun eine viel größere Dimension angenommen als damals. Ein Schwerpunkt des neuen DISS-Journals ist dieser neueren Entwicklung gewidmet.

Im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit steht das berüchtigte Treffen in Potsdam („Düsseldorfer Runde“) im November vorigen Jahres, auf dem Martin Sellner sein „Remigrations“-Konzept vorstellte. Der im Januar 2024 erschienene *Correctiv*-Bericht zu diesem Treffen von Rechtsextremen hatte weitreichende Folgen: Massenhaft gingen um Demokratie und Menschenrechte besorgte Bürger:innen auf die Straße, um ein ermutigendes Zeichen gegen rechts zu setzen, das hoffentlich weitere kreative Aktivitäten in der Wahlkampfzeit inspiriert.

Der zweite Schwerpunkt nimmt Bezug auf das Wiedererstarken des Antisemitismus. Der Terrorangriff der Hamas, den man als „den tödlichsten Angriff auf Juden seit dem Holocaust“ (Deborah Lipstadt) begreifen muss, hat zu einem von ihr gewollten Krieg in Gaza geführt, dessen Ausmaß, so das Kalkül der Hamas, eine neuerliche Welle von Antisemitismus im Nahen Osten, Europa und den USA provozieren sollte, um die Position Israels zu delegitimieren. Das Leid der palästinensischen Bevölkerung wurde und wird bewusst in Kauf genommen. Auf der anderen Seite hat die derzeitige israelische Regierung mit ihrer Besatzungs- und Siedlungspolitik im Westjordanland und mit ihrer Weigerung, den sicherlich nicht einfachen Weg für eine Zweistaatenlösung zu beschreiten, einen gewichtigen Anteil an der aktuellen Entwicklung. Auch gegen die Art der israelischen Kriegsführung werden selbst von engen Verbündeten Israels erhebliche Bedenken vorgebracht.

Wir können in diesem DISS-Journal auf diese schwierige Thematik nicht weiter eingehen, sondern werden dazu ein DISS-Journal Sonderheft veröffentlichen. In diesem Heft wenden wir uns stattdessen der klassischen Frage nach den Gründen und den Facetten des Antisemitismus zu. *Jobst Paul* hat sich seit Jahren in vielen Veröffentlichungen damit auseinandergesetzt. In seinem Beitrag (ergänzt durch ein Interview mit *Louisa Venhoff* von der Universität Wien) resümiert er ein DISS-Forschungsprojekt im Rahmen des *Forschungsnetzwerks Antisemitismus im 21. Jahrhundert* (FoNA21), das dem Thema „Judentum in der deutschen Alltagspresse“ gewidmet ist. Auf der Basis der Auswertung eines umfangreichen Medienarchivs (Zeitraum Januar bis März 2021) und eines vergleichenden Rückgriffs auf eine frühere historische Diskursanalyse (19. Jahrhundert) kommt Paul zu seiner Kernthese, dass die jahrhundertealte Diskreditierung von Ethik und Ritus des Judentums von Seiten des Christentums heute zwar nicht mehr im Mediendiskurs anzutreffen ist, aber das „Judentum als Träger ethischer Werte [...] noch immer nicht anerkannt wird“. Dieser „Bereich der Nicht-Sagbarkeit“ könne unter Umständen bzw. jederzeit wieder antisemitisch transformiert werden.

Selbstverständlich lege ich den Leser:innen auch die hier nicht im Vorwort erwähnten Artikel zur gedeihlichen Lektüre ans Herz. Kritische Kommentare sind wie immer erwünscht. Zu guter Letzt noch ein Hinweis in eigener Sache: Im Jahr 1993 erschien die erste Auflage der *Kritischen Diskursanalyse*, sicherlich das Hauptwerk von *Siegfried Jäger*. Es folgten, immer wieder überarbeitet und erweitert, sechs weitere Auflagen. Jetzt erscheint die achte Auflage, die an seine Arbeit anknüpft. *Margarete Jäger*, *Benno Nothardt* und *Regina Wamper* haben sich der Aufgabe unterzogen, die Resultate ihrer langjährigen Arbeit u.a. in der Diskurswerkstatt und den vom DISS veranstalteten Workshops in die neue Auflage einzubringen. Das Ergebnis ist ein neuer Band in der *Edition DISS*, der einleitend in dieser Ausgabe des DISS-Journals vorgestellt wird.

Helmut Kellershohn

Zur Weiterentwicklung der Kritischen Diskursanalyse als Konzept qualitativer Sozialforschung

Von Margarete Jäger, Benno Nothardt, Regina Wamper

Im Juni 2024 wird eine Neuauflage der Einführung in die Kritische Diskursanalyse (KDA) im Unrast-Verlag erscheinen. Dabei handelt es sich um die 8. Auflage und die erste Auflage, die nach dem Tod von Siegfried Jäger 2020 entstanden ist. Wir wollten diese Neuauflage eigentlich mit ihm zusammen erarbeiten. Das war leider nicht mehr möglich. Nun haben wir uns ohne ihn darangesetzt, haben Passagen und auch ganze Kapitel neu verfasst, haben gestrichen und hinzugefügt, und wir haben vieles übernommen. Insofern war es nur folgerichtig, dass Siegfried Jäger als ‚Vater‘ der KDA weiterhin als Mitautor genannt wird.

Wir haben die bisherige ‚Werkzeugkiste‘ der KDA um neue Kapitel zur Analyse von Bildern, Online-Diskursen, TV, Spezialdiskursen, Literatur und herabsetzender Rede erweitert. Hinzugekommen sind auch praktische Anleitungen und Beispiele zur Anfertigung eigener Analysen.

Denn diese Einführung versteht sich weiterhin als Lehrbuch und ‚Gebrauchsanweisung‘ für die Erarbeitung von Diskurs- und Dispositivanalysen. Darüber hinaus stellt sie aber auch eine wissenschaftliche Arbeit zum Thema ‚Diskurs und Dispositiv‘ dar. Und schließlich versteht sich die KDA als ein Analyseverfahren, mit dem gesellschaftliche Verhältnisse kritisiert werden und diese Kritik in politische Diskurse eingebracht werden können.

Der Gedanke der Kritik ist für die KDA grundlegend und stand bereits bei der ersten Veröffentlichung von Siegfried Jäger zur Diskursanalyse Pate. Diese erschien 1988, ein Jahr nach Gründung des DISS 1987.

Mit einer Anleitung zur „Analyse politischer Texte“ sollte die „Kritikfähigkeit“ der Leser*innen gestärkt werden. Denn dass Kritik zu üben sei, war Siegfried Jäger damals bereits sehr be-

wusst. Erinnert sei hier nur an das Erstarken rechtsextremer Parteien und Organisationen wie die NPD und die Republikaner. Die Analyse ihrer Publikationen war deshalb auch der erste Gegenstand der damals noch so genannten „Text- und Diskursanalyse“.¹

Der methodische Ansatz der Text- und Diskursanalyse wurde in der Folgezeit von Siegfried Jäger und seinen Mitarbeiter*innen im DISS in mehreren Etappen zur Kritischen Diskursanalyse (KDA) weiterentwickelt – immer begleitet von Publikationen, mit denen damals und heute brisante Themen analysiert wurden.²

Dies geschah stets in Auseinandersetzung mit weiteren Ansätzen kritischer Wissenschaften. Dabei wurde die KDA vor allem von den Analysen der kultuRRevolution und den Arbeiten von Jürgen Link inspiriert, über die eine intensive Beschäftigung mit den Schriften von Michel Foucault erfolgte. Insofern lässt sich sagen, dass die KDA auf der Rezeption dieser beiden theoretischen Ansätze aufbaut.³

Das bedeutet auch, dass das Konzept der KDA nicht den Anspruch erhebt, einen Beitrag zur Sprachtheorie zu leisten. Es bedient sich zwar einiger linguistischer und literaturwissenschaftlicher Instrumentarien, aber auch einer Fülle anderer – vor allem sozialwissenschaftlicher. Insofern versteht sich KDA nicht als Teil der Sprachwissenschaft oder der Literaturwissenschaft herkömmlicher Prägung. Die KDA ist transdisziplinär und übersteigt deren Grenzen. Sie konzentriert sich auf die Analyse von Diskursen und ragt insofern in andere sozialwissenschaftliche Disziplinen hinein.

Kritische Diskursanalyse

Eine Einführung



Siegfried Jäger | Margarete Jäger
Regina Wamper | Benno Nothardt



8., vollständig überarbeitete und aktualisierte Auflage

8., vollständig überarbeitete und erweiterte Neuauflage | Unrast-Verlag | Edition DISS | Erscheint Juni 2024 | ca. 380 Seiten | ca. 24,80 €

Auch wenn wir uns in der KDA auf die Schriften von Michel Foucault beziehen, versteht sich die Einführung nicht als eine

1 Im gleichen Jahr erschien im Dietz-Verlag (Bonn) das Buch: „RechtsDruck. Die Presse der Neuen Rechten“, das von Siegfried Jäger herausgegeben wurde und deren Autor*innen zum Teil bis heute zum Mitarbeiter*innenstamm des DISS gehören – so z.B. Helmut Kellershohn, Martin Dietzsch und Margarete Jäger.

2 In den 36 Jahren seines Bestehens wurden dazu zahlreiche Analysen vorgelegt, die hier nicht alle aufgeführt werden können. Ein Einblick darüber gibt die Homepage des DISS unter www.diss-duisburg.de/edition-diss.

3 Dabei hat sich insbesondere zu dem Projekt kultuRRevolution eine solidarisch-arbeitsteilige Zusammenarbeit entwickelt, die sich an wichtigen diskursiven Ereignissen – wie z.B. dem Krieg in Jugoslawien 1998, den Terrorangriffen vom 11.9.2001 oder dem Krieg gegen die Ukraine niedergeschlagen hat. Siehe die gemeinsamen Sonderhefte von kultuRRevolution und DISS-Journal zum NATO-Krieg gegen Jugoslawien (Nov. 1999), NATO-Krieg gegen den Irak 2003 (Aug. 2003) und den russischen Krieg gegen die Ukraine und die ‚Zeitenwende‘ (Juli 2022) (alle online unter <http://www.diss-duisburg.de/online-bibliothek/alle-ausgaben>) sowie den Kolloquiumsband von Wolfgang Kastrup & Helmut Kellershohn (Hg.) 2023: Der Krieg in der Ukraine (Edition DISS), Münster: Unrast 2023.



Einführung zu Foucault insgesamt. Der Schwerpunkt liegt auf der *Methode* der Kritischen Diskursanalyse, mit der theoriegeleitete empirische Analysen durchgeführt werden können.

Dazu haben wir uns mit ausgewählten Schulen der Diskursanalyse beschäftigt und unseren Ansatz zu diesen in Beziehung gesetzt. Vor diesem Hintergrund legen wir die Grundlagen der KDA dar und beschreiben ausführlich die Methode der Kritischen Diskursanalyse. Auf dieser Basis stellen wir Forschungsdesigns von Diskursanalysen auf den Diskursebenen Printmedien, Alltag, Online-Diskursen, Spezialdiskursen und TV-Diskursen vor.

Eine Erweiterung der Diskursanalyse findet statt, wenn sie in Verbindung mit der Analyse von Dispositiven eingesetzt wird.

Deshalb beschäftigen wir uns auch ausführlich damit, wie mit der KDA auch Dispositive analytisch erfasst werden können.

Das Bestreben der KDA ist insgesamt darauf gerichtet, Analysemethoden und -schritte vorzuschlagen und zu unternehmen, mit denen Diskurse auf verschiedenen Ebenen analysiert werden können. Wir wollen kritische Aspekte in wissenschaftliche und politische Debatten der BRD hineinzutragen. Es geht uns darum, Formen *und* Inhalte von Diskursen zu problematisieren und damit auch ungerechtfertigte Wahrheitsansprüche offenzulegen, Widersprüche aufzudecken und die suggestiven Mittel diskursiver Ansprache aufzuzeigen, um zukünftig – wie Foucault es einmal schrieb – „nicht derartig regiert zu werden“.⁴

Gefährlicher Populismus der Mitte

DIE NEUE DIMENSION DES RASSISMUS IN DEUTSCHLAND

Von Heiko Kauffmann

„Flüchtlings-Ausgaben Bürgergeld: DER GROSSE KOSTEN-KNALL – Wer soll das bezahlen?“ (BILD v. 11.11.23); „Asyl-Report: WARUM ES SO NICHT WEITERGEHEN KANN“ (SUPERillu vom 9.11.23). – Schlagzeilen wie diese beherrschen z. Zt. die Asyl-Debatte. Sie sind das Echo auf Aussagen und Interviews von Politikern, die Bürgerinnen und Bürger bewusst oder fahrlässig in Unruhe versetzen und damit Vorurteile und Aggressionen auslösen. Kein Wort von Solidarität und Menschenwürde, von Integration, Flüchtlings-Schutz und völkerrechtlichen Verpflichtungen. Mit Schlagworten wie „Illegale“, „irreguläre Migration“, „Einwanderung in die Sozialsysteme“, „Überlastung“ u.a. wird zunächst die Sprache ideologisiert, dann folgen Denken und Handeln.

Weniger Geld, reduzierte Leistungen („bis auf Null“, Christian Lindner); beschleunigte Verfahren; mehr, schnellere und brutalere Abschiebungen; gewaltsame Zurückweisungen; „Schachern“ um die Obergrenze; Haftlager an den Außen-Grenzen; Auslagerung von Asylverfahren nach Afrika und in mögliche Dritt-Staaten; weiter: Tausendfaches Sterben-Lassen im Mittelmeer und vor den Toren Europas.

Restriktionen über Restriktionen, immer drastischere Angriffe auf die Rechte von Geflüchteten, Schikanen ohne Ende – ein Deja-Vu der 90-er Jahre?

In der gegenwärtig erhitzten, von der extremen Rechten entfachten Asyl-Debatte zündeln ‚etablierte‘ Politiker der Opposition und auch der Ampel-Regierung mit fragwürdigen und falschen Behauptungen. Ihre vermeintliche Hoffnung, damit die AfD klein halten und bei den Wählern punkten zu können, trägt zur weiteren Spaltung und Polarisierung der Gesellschaft bei. Es braut sich eine brandgefährliche rassistische Stimmung zusammen, in der Drohungen, Anschläge und Feindseligkeiten gegen Geflüchtete und ihre Unterkünfte erschreckend zunehmen. Die Gewaltmeldungen überschlagen sich: In den ersten drei Quartalen 2023 gab es 1515 Angriffe auf Schutzsuchende und ihre Unterkünfte – nach der bereits sehr hohen Zahl von 1371 registrierten Straftaten im gesamten Jahr 2022.

Erleben wir gerade eine Zeitenwende auch im Asyl- und Migrations-Diskurs, ein konservatives Rollback, eine Wiederkehr der 90-er Jahre?

Vor 30 Jahren führten eine stetig zunehmende politische und mediale Hetze gegen Geflüchtete zu tödlichen Anschlägen und Pogromen – und schließlich zur Zerstörung des Artikels 16 GG, des Grundrechts auf Asyl.

Ausgerechnet die (Ampel-)Regierung, die für „Fortschritt“, „Respekt“ und „gesellschaftlichen Zusammenhalt“ stehen wollte, stimmt in den populistischen Überbietungs-Wettbewerb

4 Michel Foucault 1992: Was ist Kritik? Merve.



flüchtlingsfeindlicher Stimmungsmache ein, die ihrem humanitären und integrations-orientierten Anspruch zuwiderläuft.

Die neuen Gesetzespläne fördern nicht den sozialen Frieden, sondern polarisieren die Gesellschaft. Sie helfen weder den stark belasteten Kommunen noch bestärken sie die ehrenamtlich engagierten Bürgerinnen und Bürger, die in Städten und Gemeinden zu Tausenden für Integration, Teilhabe und ein alle bereicherndes Leben engagiert sind. Sie bestärken vielmehr rechtsextreme Scharfmacher, die mit ihren Rufen „Ausländer raus“ und „Deutschland den Deutschen“ beabsichtigen, dieses weltoffene und demokratische Land in einen autoritären Obrigkeitsstaat zurückzuführen.

Wie in den 90-er Jahren – und auch nach 2015 – stellen sich Regierungs-Parteien und politisch Verantwortliche mehrheitlich nicht hinter die vielen Initiativen der demokratischen Zivilgesellschaft und stärken dieser den Rücken; vielmehr geben sie dem Druck medialer Hetze und zündelnder Politiker nach und spielen damit Rechtsextremisten, Rassisten und der AfD in die Karten.

Wenn man die oft hemmungslos und faktenfrei vorgetragenen Ressentiments à la Friedrich Merz, Carsten Linnemann, Jens Spahn und anderer verfolgt, kann einem Angst und Bange um unsere Demokratie und Rechtsstaatlichkeit werden. Aussagen wie die von Jens Spahn, man müsse „irreguläre Migrations-Bewegungen gegebenenfalls mit physischer Gewalt“ aufhalten, sind purer Rassismus und Wasser auf die Mühlen rechtsradikaler Akteure, die sich durch derartige Vorschläge bestätigt und ermutigt fühlen könnten.

Keines der jetzt geplanten Gesetze, schon gar nicht die unverantwortliche Rhetorik geschichtvergessener Politiker beendet auch nur ein einziges der sozialen und ökonomischen Probleme, die sie vorgeben zu lösen.

Die Tiefpunkte der deutschen Geschichte lehren uns: Was ‚Obrigkeiten‘, gesellschaftliche Autoritäten, was die Politik in Zeiten von Krisen und Unsicherheiten skandiert, kann ‚unten‘ in Gewalt eskalieren, wenn sich ihre Adressaten dadurch bestätigt und legitimiert fühlen, ihr rassistisches Tun mit ‚allen Mitteln‘ durchzusetzen.

Statt die Ursachen von Missständen und Versäumnissen zu analysieren, sie zu benennen, zu bearbeiten und zu einer Lösung zu führen, wird der Focus auf vermeintliche ‚Sündenböcke‘ gelenkt, Leidtragende von Verfolgung, Gewalt und existenzieller Not; sie werden – endlich im Zufluchtsland angekommen – erneut Opfer von Diskriminierung und Ausgrenzung.

Es ist nicht die Schuld der Flüchtlinge, dass wir zu wenig Kitaplätze haben, die Krankenhäuser voll sind und es kaum bezahlbare Wohnungen gibt. Es wird höchste Zeit, dass sich die Politik ‚ehrlich macht‘, Fehler und Versäumnisse aufarbeitet und neue Prioritäten setzt, statt extremistischen Scharfmachern auf den Leim zu gehen.

Im Rahmen der Willkommenskultur 2015 waren vorausschauende Aufnahme- und Unterbringungs-Konzepte, Integrations- und Infrastrukturmaßnahmen geplant, die auch für neue Krisen vorgehalten werden sollten. Diese möglichen Verbesserungen wurden jedoch durch Seehofers restriktive Asylpakete und einen dramatisch inszenierten Stimmungswandel alsbald wieder verworfen.

Wissenschaftliche Untersuchungen und historische Erfahrungen belegen:

Je restriktiver und härter der Kurs gegen Flüchtlinge und Minderheiten ist, je diskriminierender Gesetze und je brutaler Abschiebungen werden, desto mehr polarisiert sich die Gesellschaft, umso mehr verschärfen sich Feindse-

**VERLAG WESTFÄLISCHES
DAMPFBOOT**

NEU!

Margit Rodrian-Pfennig / Holger
Oppenhäuser / Georg Gläser /
Udo Dannemann (Hrsg.)

Dirty Capitalism
Politische Ökonomie (in) der
politischen Bildung

herausgegeben im Auftrag der AkG
2024 – 226 Seiten – 25,00 €
Print-ISBN 978-3-89691-092-2
EBook-ISBN 978-3-98634-168-8

Etienne Schneider /
Felix Syrovatka (Hrsg.)
**Politische Ökonomie der
„Zeitenwende“**
Perspektiven der
Regulationstheorie
herausgegeben im Auftrag der AkG
2024 – 282 Seiten – 30,00 €
Print-ISBN 978-3-89691-688-4
EBook-ISBN 978-3-98634-162-6

2. Auflage
Kai Lindemann
Die Politik der Rackets
Zur Praxis der herrschenden
Klassen
2., überarbeitete Auflage
2024 – 178 Seiten – 16,00 €
Print-ISBN 978-3-89691-067-7
Ebook-ISBN 978-3-98634-165-7

„erhellend, zumal ... mit vielen
aktuellen Beispielen versehen“
Heilemann in: jungle world 10/23

Diese Titel sind für Bibliotheken
auch als Ebook-Campuslizenz
bestellbar!



WWW.DAMPFBOOT-VERLAG.DE



ligkeiten und Ablehnung gegen Geflüchtete und Minderheiten, umso mehr werden Rassismus und Antisemitismus gestärkt.

Das „Buhlen um rechts“ markiert eine lange Traditionslinie und Kontinuität politischer und medialer Hetze in Deutschland. Sie war immer schon Nährboden für feindselige Menschenbehandlung und reicht mit den NSU-Mordtaten, mit Hanau, Halle und vielen ungezählten, nicht benannten alltäglichen Angriffen auf Geflüchtete und Minderheiten bis in die Gegenwart.

Deutschland ist seit den 90-er Jahren deswegen wiederholt von UN-Gremien kritisiert worden. Die jeweiligen Innenminister von Schily bis Seehofer haben diese Kritik und die Empfehlungen der Ausschüsse stets zurückgewiesen und auf der Lebenslüge beharrt, in Deutschland gäbe es keinen ‚staatlichen‘, keinen institutionellen Rassismus.

Es ist zu begrüßen, dass die Bundesregierung anlässlich der jüngsten Überprüfung durch den UN-Menschenrechtsrat Versäumnisse und Probleme beim Schutz der Menschenrechte eingeräumt hat. „Rassismus sei in Deutschland lange heruntergespielt worden“, so die Beauftragte der Bundesregierung, Luise Amtsberg am 9.11.2023 im Deutschlandfunk: Deutschland werde weiter gegen Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus und andere Formen von Ausgrenzung und Diskriminierung kämpfen.

Dieser Zusage stehen die jüngst beschlossenen Maßnahmen diametral entgegen, bei denen die Regierung eingesteht, „an die Grenze des rechtsstaatlich Zulässigen gegangen“ zu sein - so der Freidemokrat (!) und Justizminister(!) Marco Buschmann in der ‚BILD am Sonntag‘ vom 29.10.2023.

Seine Aussage macht deutlich, dass Regierung und Abgeordnete sehr genau wissen, dass die geplanten Gesetze mit Menschenwürde und Flüchtlings-Schutz nicht vereinbar sind. Sie

sind vielmehr ein Sammelsurium der Abwehr und Abschreckung zur Verhinderung der Inanspruchnahme des Asylrechts in einer Grauzone zwischen (Völker-)Rechtsbruch und rassistisch unterfütterten Gesetzen.

Rassismus in Deutschland ist noch längst nicht überwunden; gerade die jüngsten Entwicklungen offenbaren die staatlichen Anteile daran und machen deutlich, dass Rassismus auch aus der Mitte der Gesellschaft und aus dem Geist von Gesetzen kommt.

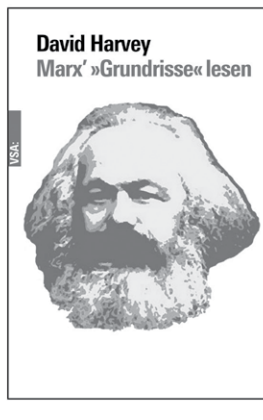
Institutioneller und individueller, staatlicher und alltäglicher Rassismus bedingen einander. Maßnahmen wie die geplanten tragen zur weiteren Zermürbung, Stigmatisierung und Dehumanisierung von Flüchtlingen bei

Statt Rassismus zu fördern und in der Gesellschaft zu verfestigen, wäre vielmehr die Einsetzung einer Enquete-Kommission aus Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft überfällig, um institutionellen und individuellen Rassismus in Deutschland zu untersuchen, zu analysieren und durch geeignete Maßnahmen zu überwinden.

Die Zivilgesellschaft spielt dabei die entscheidende Rolle, unsere Verfassung und die Menschenwürde zu schützen und ihre ganze Kraft darauf zu richten, dass Empathie, Mitmenschlichkeit und Solidarität über Ausgrenzung, Rassismus und Barbarei obsiegen!

Heiko Kauffmann war 1986 Mitgründer der Bundesarbeitsgemeinschaft PRO ASYL, von 1994 bis 2002 Sprecher von PRO ASYL und bis 2012 Vorstandsmitglied. Als Mitherausgeber veröffentlichte er mehrere Reader in der Edition DISS. Der Artikel ist zuerst in der Ostsee-Zeitung v. 23.03.2024 erschienen.

VSA: »Klassiker« lesen & wiederlesen!



Giuseppe Fiori
Das Leben des Antonio Gramsci
Herausgegeben von Christoph Nix
304 Seiten | € 19,80
ISBN 978-3-96488-218-9

David Harvey
Marx' »Grundrisse« lesen
Ein Begleiter für Einsteiger und Fortgeschrittene
440 Seiten | € 29,80
ISBN 978-3-96488-187-8

Sozialismus.de

Monatlich Hintergründe & Analysen | täglich im Netz



In der Druckausgabe jeden Monat Hintergrund-

Jahresabonnement: € 85 (11 Hefte + Supplements); Ermäßigt: € 65 Kennenlern-Abo (3 Hefte): € 20 www.Sozialismus.de

artikel zu innen- wie außenpolitischen Anlässen sowie immer etwas Theorie. Außerdem Supplements zu Geschichte, Kultur & Politischer Ökonomie.

Täglich im Internet ohne Paywall Kurzanalysen und aktuelle Kommentare zwischen den monatlichen Printausgaben.

Weitere Informationen zum Verlagsprogramm: www.vsa-verlag.de

Die Potsdamer Runde: Eine Netzwerkanalyse

Von Deniz Cakmak

EINLEITUNG

Der im Januar 2024 erschienene *Correctiv*-Bericht zu einem mittlerweile bundesweit berühmten Treffen von Rechtsextremen¹ hatte weitreichende Folgen: Millionenfach gingen um die Demokratie und Menschenrechte besorgte Bürger:innen auf die Straße um ein Zeichen gegen rechts zu setzen.² Besonders betont wurde dabei die Forderung, der Alternative für Deutschland (AfD) rechtliche Grenzen zu setzen, etwa durch ein Parteiverbotsverfahren. Mitglieder der Partei waren an dem Treffen beteiligt, das im November des Vorjahres in Potsdam stattgefunden hat. Auf der Tagesordnung standen unter anderem die Vorstellung eines „Remigrations“-Konzeptes durch Martin Sellner, Spendenaufrufe für Wahlkampfkostendeckung und Agenturwerbungen für Social-Media-Zwecke.

Für diesen Artikel ist weniger von Interesse, was genau besprochen wurde. Es soll vielmehr geklärt werden, in welchem Verhältnis die Teilnehmer:innen zueinander stehen oder schon seit Jahrzehnten gestanden haben, welche Gemeinsamkeiten untereinander oder zu außenstehenden Individuen und Institutionen bestehen und wo die entscheidenden Knotenpunkte liegen.

Die folgenden Personenprofile beschränken sich nicht nur auf die bestätigten Teilnehmer:innen der Potsdamer Zusammenkunft vom 25.11.2023, sondern auch auf einige Akteur:innen im weiteren Umfeld, die hier von Interesse sind - zumal es bereits zuvor derartige Zusammenkünfte in ähnlichen Konstellationen, d.h. mit möglicherweise genau diesem erweiterten Akteurskreis gegeben haben könnte.³

1. DAS BHJ-NETZWERK

Als Treffpunkt zur Verfügung gestellt wurde das Gästehaus am Lehnitzsee, die Villa Adlon, von seinen Betreiber:innen **Wilhelm Wilderink** und **Mathilda Martina Huss**. Während Ersterer bis zur Recherche höchstens in lokalen Nachrichten für die Erhaltung Potsdamer Erholungsgebiete in Erscheinung getreten war,⁴ zeigte sich Huss unter anderem auf US-republikanischen Partys mit dem AfD-Politiker und Spitzenkandidaten für die anstehende Europawahl Maximilian Krah.⁵ Mit ihm teilt sie womöglich nicht nur ein Lächeln auf einem bekannt gewor-



denen Foto, sondern darüber hinaus eine rassenideologische Weltanschauung. Unter dem Pseudonym „Dr. Augusta Prestheid“ soll sie – wenn auch (nach eigenen Angaben) mit anderen Autor:innen gemeinsam – unter dem Deckmantel vermeintlich seriöser naturwissenschaftlicher Forschung biologisch-rassistische Meinungen verbreitet haben, die die intellektuellen Fähigkeiten eingewanderter Nicht-Europäer in Frage stellen sollen.⁶ Krah, der bekanntermaßen auf TikTok-Feeds fast fanatisch für die besondere Wertigkeit des (weißen) Mannes in Bezug auf seine genetisch bedingte Intelligenz eintritt und die Werbetrommel für sich und seine Partei rührt,⁷ steht damit den Ansichten von Huss in nichts nach – oder umgekehrt.

Das CDU-Mitglied Wilderink sieht seit Februar einem Parteiausschlussverfahren entgegen. Er unterstellt dem *Correctiv*-Team nichts geringeres als Volksverhetzung und zeigt sich außerordentlich besorgt über die Glaubwürdigkeit „SPD-naher Presse“.⁸

Als eigentliche Initiatoren und Einlader des Treffens, auch als „Düsseldorfer Runde“ des sog. „Düsseldorfer Forums“ bezeichnet, gelten auf der Grundlage des *Correctiv*-Berichts **Gernot Mörig** und **Hans-Christian Limmer**. Limmer, dessen Eltern sich in einem völkisch-rechtsextremen Milieu bewegten,⁹ wird in dem Bericht als der „reiche Mann im Hintergrund“ beschrieben, nahm aber an dem Treffen nicht teil und ging später auf Abstand. Limmer war Mitbegründer der Bäckereikette „Back-

1 Bensmann, M./ von Daniels, J./ Dowideit, A. et al.: Geheimplan gegen Deutschland, *Correctiv* 10.01.2024.

2 Ansa, S.-E./ Sander, L.: Wenn die Demokratie Zähne zeigt, in: *taz* v. 09.03.2024.

3 Fuchs, C./ Lenze, D./ Parth, C.: Tino Chrupalla und das Geheimgespräch der Rechtsextremen, *Zeit online* 13.01.2024, <https://archive.ph/ZA7y7> (Zugriff: 28.03.2024).

4 Möhr, A.-B.: Insel Nedlitz – Ist die Messe gesungen??? *CDU Potsdam Nord-West* 01.03.2024, <https://www.cdu-potsdam-nordwest.de/news/lokal/726/Insel-Nedlitz--Ist-die-Messe-gesungen.html> (Zugriff: 28.03.2024).

5 Kramer, H./ Lenze, D.: „Rechts ist geil“ trifft Rassenkunde, in: *Tagesspiegel* v. 05.02.2024.

6 Ebd.

7 Neumeier, E./ Breinig, K./ Garus, T.: Mit einem Swipe in den Köpfen der Jugendlichen, *Tagesschau* v. 08.02.2024.

8 Müller, A.-K./ Hassenkamp, M.: CDU-Mitglied und Villenhaber droht Parteiausschluss, in: *Der Spiegel* v. 02.02.2024.

9 Röpke, A./ Speit, A. (Hg.): Neonazis im Nadelstreifen: Die NPD auf dem Weg in die Mitte der Gesellschaft, Berlin 2009, 114-116. Vgl. auch den Wikipedia-Eintrag unter https://de.wikipedia.org/wiki/Hans-Christian_Limmer (Zugriff: 04.05.2024).

werk“ und Gesellschafter bei „Pottsalat“ sowie „Hans im Glück“ (beide Unternehmen haben sich nach der Correctiv-Recherche öffentlich von Limmer distanziert¹⁰).

Mörig spielt wohl nicht nur wegen Limmers Abwesenheit beim Treffen die gewichtigere Rolle. Ihn als Schlüsselfigur für das Potsdamer Treffen zu sehen, wird dadurch gestützt, dass seine tiefen und langjährigen Beziehungen in rechten und rechtsextremen Gruppierungen im Vergleich zu Limmers Geschichte ausreichend bekannt sind. Soweit in Erfahrung zu bringen ist, sind nicht nur er, sondern gleich mehrere seiner Familienmitglieder in völkisch-orientierte Vereinigungen eingebunden oder, wie seine Frau **Astrid Mörig** und deren gemeinsamer Sohn **Arne Friedrich**, direkt beim Treffen in Potsdam dabei gewesen.

Gernot Mörig war in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre Bundesführer der völkisch-nationalistischen Jugendorganisation *Bund Heimattreuer Jugend* (BHJ) und prägte die Ausrichtung des damals dem nationaldemokratischen Netzwerk nahestehenden, gleichwohl sich autonom verstehenden Bundes, der durch seine Erziehungsarbeit zur Herausbildung einer national gesonnenen Jugend beitragen wollte.¹¹ Von *offen* neonationalsozialistischen Verbänden wie der *Wiking-Jugend*, mit der der BHJ lange zusammengearbeitet hatte, rückte Mörig ab und empfahl, wie er in *Nation Europa* schrieb,¹² Elemente und Praktiken der historischen Bündischen Jugend in die Arbeit des Jugendbundes zu integrieren und mit der eigenen, seit je verfolgten „weltanschaulich-politische[n] Tätigkeit“ zu verbinden. Dass dies nicht so einfach gelingen sollte, zeigte die weitere Entwicklung des BHJ. Aufgrund zunehmender interner Kontroversen kam es Ende der 80er Jahre zur Aufspaltung des BHJ in den eher bündisch und an der jungkonservativen Neuen Rechten orientierten BHJ-*Der Freibund* (später: *Der Freibund-BHJ*), während die andere ‚Fraktion‘ und Neugründung *Die Heimattreue Jugend* (DHJ) sich als eigentlicher Nachfolgerin des alten BHJ verstand und dabei von Mörig unterstützt wurde.¹³ Um die Jahrtausendwende benannte sich die DHJ in *Heimattreue Deutsche Jugend* (HDJ) um, die 2009 verboten wurde.¹⁴

Hier wurde im August 2026 ein Satz entfernt, der eine Falschinformation enthielt. In welche Richtung Gernot Mörig sich seit jeher ideologisch bewegt hat, wird deutlich, wenn er beispielsweise 1976 davon redet, dass eine „bewusste und gesteuerte Rassenmischung bis hin zur sogenannten One-World-Gesellschaft gegen die Natur und somit als lebenswidrig abzulehnen“¹⁶ sei. Und in *Nation Europa* heißt es: „Jedes Lebewesen auf dieser Welt führt von Geburt an in mehr oder weniger harter Form einen Kampf ums Dasein [...]; so braucht z.B. jedes Volk Raum zum Leben, dieser Raum muss jedoch erkämpft werden. [...] Angehörige eines Volkes sind zumeist durch ein mehr oder weniger gemeinsames Genererbe geprägt [...]“¹⁷ Dieser offenkundige Rassismus kam nicht von ‚irgendwoher‘, sondern hatte intergenerative Züge. Bereits der Vater, *Wilhelm Mörig*, war SA-Truppführer und ein frühes NSDAP-Mitglied und brachte sich in der Nachkriegszeit in das *Deutsche Kulturwerk Europäischen Geistes* (DKEG) in führender Position ein¹⁸ – eine revisionistische Organisation, die sich seit 1950 als rechte Denkfabrik zu etablieren versuchte. 1978 spaltete sich unter Beteiligung seines Sohnes Gernot ein radikalerer Teil von der DKEG ab und fand sich in der *Deutschen Kulturgemeinschaft* (DGK) wieder zusammen, die mit dem BHJ zusammen jährliche Veranstaltungen (Lüneburger Kulturtage) organisierte.¹⁹

Familiäre Netzwerke spielen bei den Aktivitäten Mörigs generell eine wichtige Rolle, so beispielsweise in der Zusammenarbeit mit seinem Schwager *Dietmar Munier*. Beide, Mörig und Munier, betrieben seit 1979 bis in die frühen Neunziger die Rathausbuchhandlung GmbH in Kiel.²⁰ Munier ist bekanntlich eine umtriebige Figur als Verleger, Holocaustleugner, Russlandsympathisant, Geschichtsrevisionist. Er war Mitglied der Jugendorganisation der NPD²¹ und in den 1970er Jahren wie Mörig in einer leitenden Funktion beim BHJ.²² Heute ist er u.a. Herausgeber der Monatszeitschrift *Zuerst!* Als Geschäftsführer und Mitinhaber der *Lesen & Schenken Verlagsauslieferung und Versandgesellschaft mbH*, als Leiter des *Arndt-Verlages* und weiterer Verlage vertreibt er seit 1983 bis heute Literatur, die alle relevanten Themen rechtsextremer Publizistik umfasst.²³ Der

10 Haupt, S.: Nach CORRECTIV-Recherche: Hans im Glück und Pottsalat trennen sich von Gesellschafter, *Correctiv* v. 10.01.2024.

11 Dudek, P./ Jaschke, H.-G.: Entstehung und Entwicklung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik: Zur Tradition einer besonderen politischen Kultur, Opladen 1984, 436-480.

12 Mörig, G.: Jugend im Volk. Heimattreue Jugendarbeit, in: *Nation Europa*, Heft 9, September 1977.

13 Völkische Verbindungen Kappen: Niederbayern. Wo sich die Sprösslinge völkischer Sippen sammeln, Teil 2, 29.11.2023, <https://verbindungenkappen.wordpress.com/2023/11/29/niederbayern-wo-sich-die-sprosslinge-volkischer-sippen-sammeln-teil-2/> (Zugriff: 04.04.2024).

14 14 Zum Erziehungskonzept der HdJ vgl. neuerdings Folke, R.: „Von der Wiege bis zur Bahre“. Kindeswohlgefährdung im völkisch-neonazistischen Spektrum (Edition DISS 51), Münster 2023.

15 *Hier wurde im August 2026 ein Satz entfernt, der eine Falschinformation enthielt.*

16 Mörig, G. 1977.

17 Dudek, P. & Jaschke, H.-G. 1984, 46.

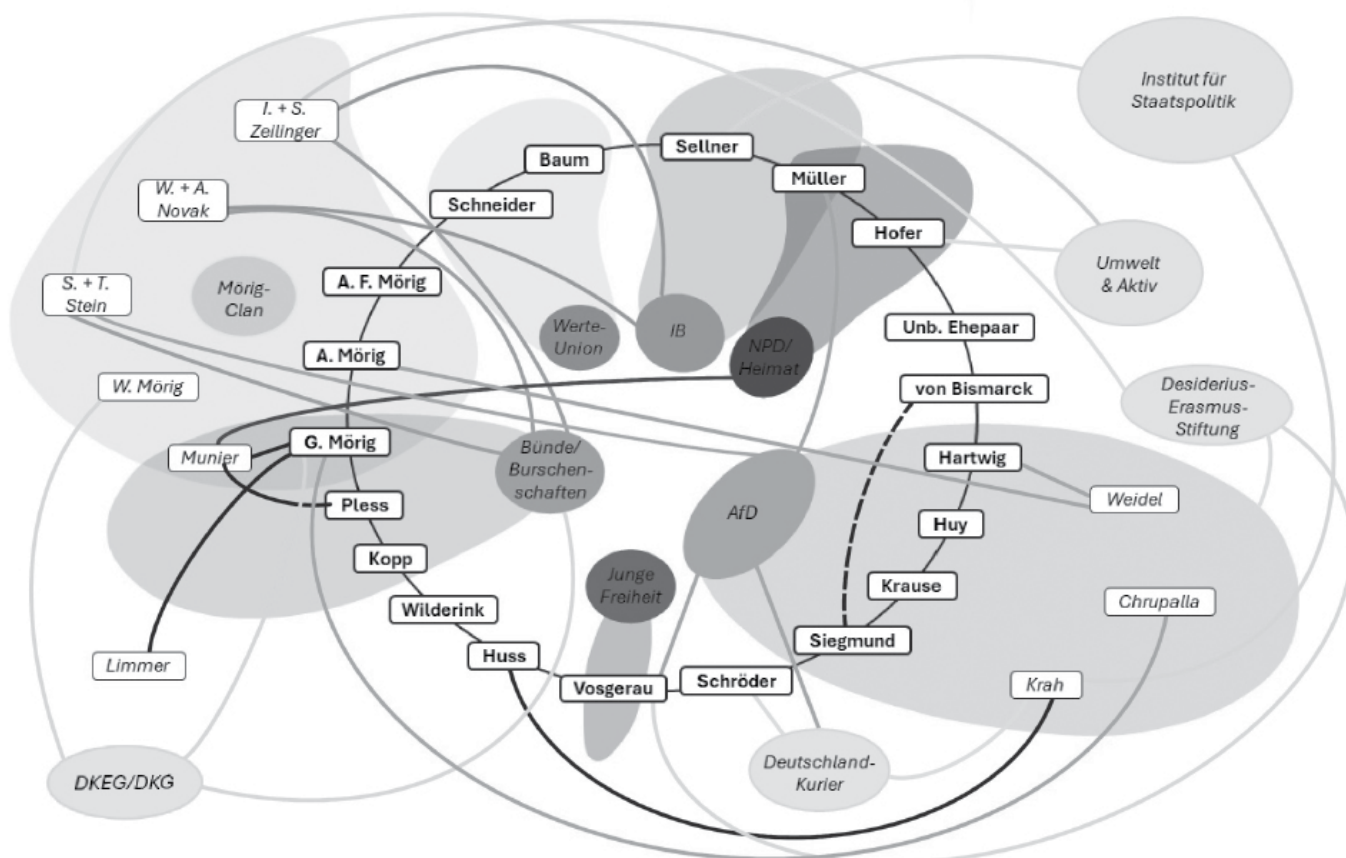
18 Ebd., 47.

19 Gegen die AfD: Dugin: Ausführliche Analyse des neofaschistischen Vordenkers hinter Putin, *Der Volksverpetzer* 21.03.2021, <https://www.volksverpetzer.de/aktuelles/dugin-putin-nazi/5/> (Zugriff: 04.04.2024).

20 Völkische Verbindungen Kappen 2023.

21 Merling, B. (o.D.): Munier, Dietmar, <https://antifaschismus2.de/personen/231-munier-dietmar/> (Zugriff: 04.04.2024).

22 BIKnetz Glossar (o.D.): Art. „Arndt-Verlag“, <https://web.archive.org/web/20141022041027/https://www.biknetz.de/glossar/glossarydetail/arndt-verlag.html?type=0> (Zugriff: 04.04.2024).



vom Verfassungsschutz beobachtete Arndt-Verlag etwa bot über die Jahre mehreren rechtsextremen Autoren eine Bühne, unter anderem dem für seine geschichtsrevisionistischen Werke bekannten David Irving, aber auch Gernot Morig selbst.^{24 25}

Munier betrieb auch die Gründung des sog. „Schulvereins zur Förderung der Russlanddeutschen in Ostpreußen e.V.“ zwecks Wiederansiedlung von Deutschen im russischen Ostpreußen. Mitbegründer und lange Zeit Vorstandsmitglied der Organisation ist ein Teilnehmer der Potsdamer Runde: **Henning Pless**.²⁶

Der von *Correctiv* als Heilpraktiker Vorgestellte bekam vor seiner Praxis in Kiel in der Vergangenheit regelmäßig Gegenwind von der lokalen antifaschistischen Szene zu spüren. Gründe dafür liegen in seiner langen Geschichte zunächst im BJJ, dann in der DHJ, dessen Bundesvorsitzender er in den 1990er-Jahren war.²⁷ Insofern kann von einem weit in die Vergangenheit

reichenden und offensichtlich anhaltenden Kontakt zu Gernot Morig ausgegangen werden. Mit Munier stand Pless ebenfalls, über den „Schulverein“, in einen intensiven Austausch. Wegen eines Einreiseverbots in Russland, so ein Bericht in der TAZ, habe Munier Aufgaben an Pless delegiert, die für ihn in Ostpreußen zu erledigen waren.²⁸ Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang ein weiterer Schwager Morigs, nämlich *Thomas Grebien* aus dem BJJ-DHJ-Umkreis, heute Beisitzer im AfD-Kreisverband Plön, der als eine Art Kontoführer des „Düsseldorfer Forums“ fungiert. Laut *Correctiv* soll den Beteiligten der „Runde“ empfohlen worden sein, Geldspenden auf das Konto Grebiens zu überweisen.²⁹

Gernot Morig unterhält im Übrigen direkte Beziehungen zur obersten Ebene der Alternative für Deutschland. Tino Chrupalla, Co-Parteivorsitzender seit 2019, soll an einem früheren Treffen dieser Art teilgenommen haben. Die „5. Düsseldorfer

24 Maegerle, A.: Was liest der rechte Rand? Der Bücherschrank, *Bundeszentrale für politische Bildung* 21.12.2016, <https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/239438/was-liest-der-rechte-rand-der-buecherschrank/> (Zugriff: 04.04.2024).

25 w+h GmbH - buchfreund.de. (o.D.): Deutschlands junge Zukunft. Jugendliche Antworten auf Fragen der Zeit, <https://www.buchfreund.de/de/d/e/9783887411015/deutschlands-junge-zukunft-jugendliche-antworten?bookId=42445209> (Zugriff: 04.04.2024).

26 Neonazi betreibt Heilpraxis in Kiel, *Indymedia* 16.04.2013, <https://de.indymedia.org/2013/04/343549.shtml> (Zugriff: 04.04.2024).

27 Autonome Antifa-Koordination Kiel: Kiel: Kundgebung gegen Neonazi-Pless und Repression, *Indymedia* 07.11.2014, <https://de.indymedia.org/node/2583> (Zugriff: 04.04.2024).

28 Speit, A.: Ein ganzheitlicher Nazi, in: *taz* v. 01.01.2024.

29 Janz, C.: Beim Potsdamer Geheimgespräch dabei: Der extrem rechte Influencer, *t-online* 13.02.2024, https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/innenpolitik/id_100338570/rechter-influencer-bei-geheimgesprach-henning-pless-und-seine-100000-follower.html (Zugriff: 04.05.2024).



Rebecca Folke

»Von der Wiege bis zur Bahre«

Kindeswohlgefährdung im völkisch-neonazistischen Spektrum, ISBN: 978-3-89771-781-7

Edition DISS 51

128 Seiten, Softcover, 16,00 €

Innerhalb der völkisch-neonazistischen Szene gilt das Prinzip »Von der Wiege bis zur Bahre«. Familienverbände erziehen über Generationen hinweg, zum Teil seit dem Nationalsozialismus, ihre Kinder nach biologistisch-rassistischen und nationalsozialistischen Prinzipien. Völkisch-nationalistische und neonazistische Jugendbünde übernehmen an der Seite der Eltern einen gewichtigen Teil der ideologischen Sozialisation und schaffen für ihre Mitglieder eine abgeschottete, ideologisch und sozial geschlossene Parallelwelt. Die Erziehung der Kinder erfolgt nach der völkischen Maxime der Unterordnung der individuellen Person unter die Bedarfe der angenommenen Volksgemeinschaft. Ein Ausstieg aus diesem spezifischen Teil der organisierten neonazistischen Szene ist extrem selten und für Kinder und Jugendliche nahezu unmöglich.

Die Heimattreue Deutsche Jugend (HDJ) wurde 2009 aufgrund ihrer Wesensverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus verboten. Dennoch steht sie bis heute exemplarisch für diese spezifische Form institutionalisierter völkischer Erziehung. Das Buch »Von der Wiege bis zur Bahre« liefert eine systematische Untersuchung der Erziehungsprinzipien, -inhalte und -praktiken der HDJ auf Grundlage der schriftlichen Selbstdarstellungen der verbotenen Organisation mittels der qualitativen Inhaltsanalyse. Dabei wird insbesondere der Aspekt der Kindeswohlgefährdung genau beleuchtet und aufgezeigt, dass in diesem Spektrum die Grundrechte von Kindern und Jugendlichen systematisch verletzt werden. Implikationen für erziehungswissenschaftliche Forschung und Praxis werden diskutiert.

Runde“ habe Anfang Oktober 2021 neben dem AfD-Politiker rund 25 andere, zum Teil finanzstarke Personen zu einem Austausch begrüßt.³⁰

Als einziges anwesendes Kind von Gernot und Astrid Mörig kommt ihm direkt eine wichtige und gut dokumentierte Rolle beim Event im November 2023 zu: Arne Friedrich Mörig habe im Adlon einen Vortrag gehalten, so der Correctiv-Bericht, in der er für seine Social-Media-Agentur geworben haben soll.³¹ Künstler:innen und Content Creators, die neurechte oder rechtsextreme Inhalte auf relevanten Plattformen hochladen, werden gelegentlich von den Großfirmen gesperrt. Doch zumeist werden die Videos lediglich demonetarisert. Für eine entsprechende Entschädigung will die von Mörig vorgestellte Agentur aufkommen, sodass die Inhalte weiterhin produziert, die Verantwortlichen bezahlt und die Videos ohne Unterbrechung auf den Bildschirmen der Nutzer:innen landen würden.³² Unterstützung erhielt Mörig unter anderem aus den Reihen der AfD, wie an späterer Stelle ausgeführt werden wird.

Dass **Arne Friedrich Mörig** anwesend war, seine drei Schwestern aber nicht, bedeutet nicht, dass sie nicht an das hier behandelte Netzwerk im weitesten Sinne angebunden wären. Von ihnen lassen sich Verbindungen zur AfD, zu Bündeln und Burschenschaften oder zur Identitären Bewegung (IB) ziehen.

2. IDENTITÄRE BEWEGUNG

Svenja Stein (geb. Mörig) ist mit dem AfD-Landtagsabgeordneten in Mecklenburg-Vorpommern *Thore Stein* verheiratet. Nicht nur sie wird, wie wahrscheinlich all ihre Geschwister, als Kind und Jugendliche von ihren Eltern aus in Bündeln organisiert gewesen sein. Thore Stein selbst zog es während des Studiums zu den Burschenschaften. Angefangen bei der „Alten Breslauer Burschenschaft der Raczeks zu Bonn“ führte sein Weg zur „Hamburger Burschenschaft Germania“ (HLB). Neben seinem Mandat im Landtag hat er seit 2020 die Position des Schriftführers der AfD-nahen *Desiderius-Erasmus-Stiftung* inne.³³

Inka Zeilinger (geb. Mörig) ist mit dem Leiter der Identitären in Bayern, Sebastian Zeilinger, verheiratet. Zuvor stand dieser mit der rechtsextremen Burschenschaft „B! Danubia“ in München in Verbindung.³⁴

Wiebke Novak (geb. Mörig) setzt ihre Studienerfahrungen im Umgang mit Kameras und Fotografie dafür ein, Social-Media-Beiträge der IB Bayern professionell zu unterstützen. Ihren Mann Arndt Novak lernt sie durch ihren Schwager Zeilinger auf einem Treffen der Identitären in Frankreich kennen. Dieser war schon zu Schulzeiten Teil der Münchner Schülerschaft „p.B! Saxonia-Czernowitz“, die rechtsextreme Kontakte mit anderen Schüler- und Burschenschaften hielten. Als Student gehörte er der B! Danubia an. Später gelang er unter anderem durch Zeilinger in Kontakt mit der IB Bayern. In allen Organisationen nahm er wichtige Rollen ein.³⁵

Hauptmatador der Identitären aber und auf dem Potsdamer Treffen in Mittelpunkt stehend war **Martin Sellner**. Keine andere Person der „Düsseldorfer Runde“ stand in den letzten Monaten so stark im Fokus wie der Identitäre aus Österreich. Im Einladungsbrief von Gernot Mörig wurde er den Eingeladenen mit der

30 Fuchs, C./ Lenze, D./ Parth, C.: Tino Chrupalla und das Geheimtreffen der Rechtsextremen, *Zeit online*, 13.01.2024, <https://archive.ph/ZA7y7> (Zugriff: 28.03.2024).

31 Munk, S.: Potsdamer Treffen von Rechtsextremen: AfD war offenbar noch stärker involviert, in: *Frankfurter Rundschau* v. 31.01.2024.

32 Rudl, T./ Reuter, M.: Braune IT und rechte Influencer, *netzpolitik.org*, 20.01.2024, <https://netzpolitik.org/2024/geheimtreffen-in-potsdam-braune-it-und-rechte-influencer/> (Zugriff: 04.04.2024)

33 Völkische Verbindungen kappen 2023.

34 Ebd.

35 Ebd.

Formulierung „kein geringerer als“³⁶ angepriesen. Während seiner Jugend bewegte sich Sellner in neonazistischen Kreisen,³⁷ begründete 2012³⁸ die Identitäre Bewegung in Österreich und stand bis 2023 in einer leitenden Funktion für diese Gruppierung.³⁹ Während seiner aktivistischen Zeit solidarisierte er sich unter anderem mit der Pegida in Deutschland⁴⁰ oder dem Christchurch-Attentäter.⁴¹ Trotz seiner vergleichsweise noch jungen Laufbahn sah er sich bereits mit mehreren Einreiseverboten in das Vereinigte Königreich⁴² oder die USA⁴³, Kooperationsabsagen mehrerer Banken und Löschungen seiner Social-Media-Kanäle konfrontiert.⁴⁴

Sellner steht in regem Austausch mit *Götz Kubitscheks* Institut für Staatspolitik und nutzt eifrig die von ihm und seinem Institut getragenen Publikationsmöglichkeiten. Kubitscheks *Verlag Antaios* und das Magazin *Sezession* (inklusive online-Auftritt) sind bei Neurechten beliebte Vertriebsmittel der eigenen Projekte. Neben Sellner, welcher alleingegenommen schon fleißig publiziert, finden sich in der Autor:innenliste des Verlages zahlreiche andere Rechtsextreme, wie zum Beispiel der erwähnte Arndt Novak oder AfD-Aufsteiger Maximilian Krah.⁴⁵ Auch *Jürgen Elsässers* politisches Magazin *compact* bietet Sellner regelmäßig die Autorenrolle an.⁴⁶

Martin Sellner trägt aktuell mit seinen Vorstellungen maßgeblich dazu bei, dass der an sich in der Soziologie beheimatete Begriff „Remigration“ politisch aufgeladen und mittlerweile als „Unwort des Jahres“ gehandelt wird. Die soziologische Auffassung bezeichnet damit Muster der letztendlichen „Rückkehr in einen engeren oder weiteren Herkunftskontext meist am Ende einer Wanderungskette“⁴⁷. Für den langjährigen IBÖ-Sprecher steht dagegen hinter der Begriffsverwendung die gezielte Abschiebung der von Rechten nicht erwünschten Menschen mit Migrationsgeschichte. Sein Remigrationskonzept als Bestandteil seiner von ihm propagierten Strategie der „Reconquista“ war Bestandteil seines Vortrages in Potsdam.

Ein anderer Identitärer und Teilnehmer der Potsdamer Veranstaltung, der für eine weniger wortgeprägte Strategie des politischen Kampfes steht, ist **Mario Müller**. Das ehemalige Mitglied der Jungen Nationaldemokraten⁴⁸, der Jugendorganisation der NPD, und leitende Figur des militanten neonationalsozialistischen *Aktionsbündnis Delmenhorst*⁴⁹, bezeichnete sich ganz unverblümt als „gewaltbereiter Neonazi“⁵⁰. Mindestens zweimal, 2010 und 2017, wurden ihm aufgrund schwerer Körperverletzungsdelikte monatelange Bewährungsstrafen auferlegt.^{51 52}

Mittlerweile findet man ihn sowohl im „militanten Arm“⁵³ der Identitären, als auch in der AfD als wissenschaftlicher Mitarbeiter des Bundestagsabgeordneten Jan Wenzel Schmidt.⁵⁴ Seinen ‚Chef‘ kann er allerdings nur außerhalb des Bundestages in Person sehen, Müller hat ein Hausverbot im Bundestag.⁵⁵

3. WERTEUNION

Bevor die *WerteUnion* sich im Februar 2024 als Partei hinter dem Rechtskonservativen Hans-Georg Maaßen formiert hat, war sie ein umstrittener und nicht anerkannter CDU/CSU-Binnenverein⁵⁶. Zum Zeitpunkt des Treffens war **Simone Baum** die Landesvorsitzende für Nordrhein-Westfalen, und stellvertretende Bundesvorsitzende.⁵⁷ Mit ihrer Stellvertreterin **Michaela Schneider** hatte sie eine vertraute Begleiterin auf den Weg ins Landhaus Adlon an ihrer Seite. Obgleich Baum ihren Posten in der Stadt Köln noch im Januar fristlos räumen musste,⁵⁸ tat die *Correctiv*-Recherche ihrer Vorsitzenden-Rolle in der WerteUnion auch während und nach der Umformung zur Partei keinen Abbruch.

36 Bensmann, M. et al. 2024.

37 Erk, D. (2017, Oktober 05). Martin Sellner hört Hip-Hop und hasst den Islam, in: *Die Zeit* v. 05.10.2017.

38 Schaller, S.: Biographisches Porträt: Martin Sellner, in: U. Backes et al. (Hg.): *Jahrbuch Extremismus & Demokratie*, Baden-Baden 2019, 196.

39 Sulzbacher, M.: Austausch bei den Identitären: Sellner zieht sich aus der ersten Reihe zurück, in: *Der Standard* v. 16.02.2023.

40 N.N.: Identitäre-Kopf in Dresden, *Sächsische.de*. 20.07.2020, <https://www.saechsische.de/identitaeren-kopf-im-kulturhaus-loschwitz-und-bei-pegida-5235465.html> (Zugriff: 04.04.2024).

41 Mascolo, G./ Pittelkow, S./ Riedel, K. (2019, Mai 15). Wie eng waren „Identitäre“ und Christchurch-Attentäter? *Tagesschau* 15.05.2019.

42 Zoronić, S.: Rechtsradikaler Österreicher darf nicht nach Großbritannien einreisen, in: *Der Spiegel* v. 12.03.2018.

43 Pichler, N.: Nach Terror-Ermittlungen: Einreiseverbot in die USA für „Identitären“ Martin Sellner, *Stern.de*. 28.03.2019, <https://www.stern.de/panorama/martin-sellner--einreiseverbot-in-die-usa-fuer-identitaeren-chef-8643086.html> (Zugriff: 04.04.2024).

44 20 Minuten: Bank sperrt jetzt Konto von Identitären-Chef Sellner. *heute.at*. 19.01.2022, <https://www.heute.at/s/bank-sperret-jetzt-konto-von-identitaeren-chef-sellner-100185188> (Zugriff: 04.04.2024).

45 Verlag Antaios (o.D.): Autoren, <https://antaios.de/listing/index/sCategory/53> (Zugriff: 04.04.2024).

46 Compact (o.D.): Autor: Martin Sellner, <https://www.compact-online.de/author/martinsellner/> (Zugriff: 04.04.2024).

47 Sarah Scholl-Schneider: Remigration, in: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2015, <https://ome-lexikon.uni-oldenburg.de/p32737> (Zugriff: 04.04.2024).

48 Göbel, P.: Mario Müller: Der militante Arm der „Identitären Bewegung“, *Stern.de*. 18.01.2024, <https://www.stern.de/politik/identitaere-bewegung--mario-mueller-der-militante-arm-der-bewegung-34377114.html> (Zugriff: 04.04.2024).

49 Ebd.

50 Peters, J./ Keller, G./ Eckert, T. et al.: Geheimtreffen in Potsdam: AfD-Mitarbeiter brüstet sich mit Gewalt, *Correctiv* 17.01.2024.

51 Müller, M.: Rechtsextremer zu Bewährung verurteilt, *NWZonline* 01.03.2013, https://www.nwzonline.de/delmenhorst/rechtsextremer-zu-bewaehrung-verurteilt_a_2,0,2231775045.html (Zugriff: 04.04.2024).

52 Nabert, A.: AfD-Bundestagsabgeordneter beschäftigt rechtsextremen Gewalttäter, in: *Die Welt* v. 30.09.2022.

53 Göbel, P. 2024.

54 Baeck, J.-P.: Scharnier zur Neonazi-Szene, in: *taz* v. 18.01.2024.

55 Ebd.

56 N.N.: Beschluss der Parteispitze: CDU verweigert neuen Vereinigungen die Anerkennung, *faz-net* 20.08.2018, <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/cdu-verweigert-neuen-vereinigungen-die-erkennung-15747209.html> (Zugriff: 04.04.2024).

57 Bensmann, M. et al. 2024.

58 N.N.: Treffen mit Rechtsextremen in Potsdam: Stadt Köln entlässt „Werteunion“-Vorsitzende in NRW fristlos, in: *Der Spiegel* v. 01.02.2024.



4. ALTERNATIVE FÜR DEUTSCHLAND

Bislang wurden ein ums andere Mal Beziehungen zur AfD aufgezeigt. Auch wenn seitens der Beteiligten einstimmig und überdeutlich kommuniziert wurde, dass die im Folgenden angesprochenen Parteimitglieder lediglich als Privatpersonen vor Ort gewesen seien⁵⁹ (was aus noch zu nennenden Gründen bezweifelt werden darf), die AfD als Partei also nicht am Treffen beteiligt gewesen sei, lässt sich die Liste der Beteiligten durchaus ‚sehen‘: Mit Roland Hartwig, Gerrit Huy, Tim Krause und Ulrich Siegmund sind vier AfD-Abgeordnete bzw. Funktionsträger auf Bundes- und Länderebene zum Treffen eingeladen worden und erschienen.

Roland Hartwig stand zuletzt wegen seiner auf dem Bekanntwerden seiner Teilnahme begründeten Entlassung als *Alice Weidels* persönlicher Referent und „inoffizieller AfD-Generalsekretär“ im Fokus der Öffentlichkeit.⁶⁰ Der Jurist, der zuvor bei Bayer AG die Patentdivision verantwortete, trat schon im Gründungsjahr der AfD der Partei bei. 2018 bekam der damalige Bundestagsabgeordnete eine zentrale Position in jenem parteiinternen Arbeitskreis zugeteilt, der sich um die drohende Verfassungsschutzbeobachtung kümmern soll⁶¹ – ein Arbeitskreis, der mittlerweile beschäftigt ist denn je sein muss. Entgegen der Behauptung, er sei als Privatperson beim Potsdamer Treffen aufgekreuzt, habe Hartwig die Absicht gehabt, dort besprochene Inhalte bis an die Parteispitze weiterzugeben.⁶² Insbesondere sagte er Arne Friedrich Mörig parteiliche Unterstützung beim Aufbau der Social-Media-Agentur zu.⁶³ Mit der Kündigung Hartwigs ging allerdings auch ein Stopp der Finanzierung Mörigs aus Alice Weidels Budget einher.⁶⁴

Mehr ‚Glück‘ als Hartwig hatten die anderen drei beteiligten Mitglieder der AfD – sie blieben auch nach der *Correctiv*-Recherche in ihren Ämtern.

Gerrit Huy war im Rahmen ihres ersten Karrierewegs in Automobil- und IT-Unternehmen in führenden Positionen tätig.⁶⁵ Seit längerem ist sie der Politik zugewandt und positioniert sich mit konservativen und rechten Ideen. Unter anderem macht sie kein Geheimnis daraus, dass ihr der Umgang der Bundesregierung mit Geflüchteten „zu liberal“⁶⁶ sei. 2017 sei sie deswegen der Alternative für Deutschland beigetreten. Seit 2021 findet sie

sich im Bundestag in der AfD-Fraktion wieder und nutzt ihre Redezeit, um die Bedeutsamkeit des Potsdamer Treffens herunterzuspielen und die Idee der Remigration zu beschönigen.⁶⁷

Tim Krause, AfD-Vorstand in Friedrichshain-Kreuzberg und Pressesprecher der Brandenburger AfD-Fraktion im Landtag erfährt von seiner Partei ausreichend Rückendeckung,⁶⁸ um sich nicht weiter an der bundesweiten Empörung zu stören.

Auch **Ulrich Siegmund**, immerhin Co-Fraktionsvorsitzender und Oppositionsführer im Landtag von Sachsen-Anhalt, scheint unbeeindruckt vom Druck, der auf den Teilnehmer:innen lasten müsste. Auf seinem TikTok-Kanal *Mut zur Wahrheit*⁹⁰ betitelt er die *Correctiv*-Recherche als ein staatlich finanziertes, „riesengroßes Lügenmärchen“.⁶⁹ Er steht hinter den Ideen von Sellner, denn immerhin weise man Leute aus, „die unser [...] Werteverständnis [...] durcheinanderbringen“.⁷⁰ Auf dem Treffen selbst soll er für Wahlkampfspenden geworben haben.⁷¹

Man kann an dieser Stelle nur mutmaßen, ob sich Siegmund, der AfD-Abgeordnete für den Kreis Stendal, und *Alexander von Bismarck* (s.u.), ehemaliger Politiker in ebendiesem Kreis, schon vor der Potsdamer Treffen kannten. Sollten sie sich im November im Adlon miteinander unterhalten haben, waren sie sicher spätestens dann verblüfft darüber, wie klein die Welt doch ist.

Der namhafte Rechtswissenschaftler und (demnächst möglicherweise ehemaliger⁷²) Privatdozent an der Uni zu Köln **Ulrich Vosgerau** pflegt recht enge Beziehungen zur AfD, auch wenn er (noch) CDU-Mitglied ist. Er vertrat als Anwalt die AfD 2015 vor dem Bundesverfassungsgericht im „Verfahren zur Grenzöffnung für einreisende Asylbewerber trotz Wiedereinführung von Kontrollen“⁷³ und in weiteren Prozessen, etwa im Fall der *Desiderius-Erasmus-Stiftung*⁷⁴, in deren Kuratorium er zudem Mitglied war. Jüngst fungiert er als Strafverteidiger für Björn Höcke im Prozess in Halle. Vosgerau veröffentlicht des Öfteren Kommentare und Artikel und gibt Interviews für die neurechte Zeitung *Junge Freiheit*.⁷⁵ Mit ihm liefert sich *Correctiv* in den Monaten nach der Recherche eine gerichtliche Schlacht um teils nichtige Details zu seiner Person und den Aussagen, die er in Potsdam getroffen haben soll. Ein paar kleine Änderungen

59 Flade, F./ Heck, J./ Kaul, M. et al.: AfD stärker involviert als bisher bekannt, *Tagesschau* 30.01.2024.

60 Bensmann, M. et al. 2024.

61 Pittelkow, S./ Riedel, K./ Schneider, J.: Beobachtung durch Verfassungsschutz: Eigenes Gutachten bringt AfD in Bedrängnis (02.11.2018), <https://www.sueddeutsche.de/politik/afd-verfassungsschutz-gutachten-1.4195348> (Zugriff: 04.04.2024).

62 Joswig, G.: „Cancel Culture“-Vorwurf gegen Weidel, in: *taz* v. 16.01.2024.

63 Rudl, T./ Reuter, M. 2024.

64 N.N.: AfD-Vorstand stärker in Potsdamer Treffen involviert als bisher bekannt, in: *Die Welt* v. 01.02.2024.

65 Müller, E.: Peters Prinzip, in: *manager magazin* v. 31.08.1999.

66 N.N.: Der Graben wird tiefer: Die neue AfD-Fraktion und ihre Probleme (04.11.2021), <https://www.n-tv.de/politik/Die-neue-AfD-Fraktion-und-ihre-Probleme-article22929310.html> (Zugriff: 04.04.2024).

67 Huy, G.: Leistungen für Asylbewerber, Bundestag.de. 19.01.2024, <https://www.bundestag.de/mediathek?video-id=7605834#url=L21lZGhlhGhla292ZXJsYXk/dmlkZW9pZD03NjA1ODM0&mod=mediathek> (Zugriff: 04.04.2024).

68 Brandenburger AfD-Fraktion steht hinter Inhalten des rechten Geheimtreffens, *rbb*24, 17.01.2024.

69 Siegmund, U.: *TikTok* 11.01.2024, <https://www.tiktok.com/@mutzurwahrheit90/video/732284092797490208> (Zugriff: 04.04.2024).

70 Ebd.

71 Bensmann, M. et al. 2024.

72 Gambino, M.: Nach rechtsextremistischem Geheimtreffen: Asta fordert Titel-Entzug von Privatdozenten – Uni Köln leitet Verfahren ein, in: *Kölner Stadt-Anzeiger* v. 24.01.2024.

73 Wikipedia: Art. „Ulrich Vosgerau“, https://de.wikipedia.org/wiki/Ulrich_Vosgerau (Zugriff: 04.04.2024).

74 Bensmann, M. et al. 2024.

75 Vgl. <https://jungefreiheit.de/?s=Vosgerau> (Zugriff: 04.04.2024).

konnte er im Online-Text des *Correctiv*-Artikels ändern lassen, die Kernpunkte jedoch haben weiterhin Bestand.⁷⁶

5. EINZELPERSONEN

Die letzte Gruppe der hier vorgestellten Teilnehmer:innen besteht aus Einzelpersonen, die gleichwohl in vielfältigen Beziehungen zu den bisher behandelten Gruppen stehen. Der vom *Correctiv*-Team vorgestellte „Blut-und-Boden-Nazi“⁷⁷ und IT-Unternehmer heißt **Christoph Hofer**. Er betreibt tatsächlich ein Unternehmen in Ilmenau,⁷⁸ ging jedoch nebenbei noch bis mindestens 2015 auf Weihnachtsfeste der NPD und hielt in jenem Jahr sogar eine Rede vor den versammelten Feierlustigen.⁷⁹ Einige Jahre zuvor war er der NPD-Kandidat für den bayrischen Landtag und Bezirksvorsitzender in seiner Region.⁸⁰ Darüber hinaus ist er Mitverantwortlicher des rechtsextremen ökologischen Magazins *Umwelt & Aktiv* gewesen,⁸¹ das jedoch seit ein paar Jahren weder gedruckt erscheint noch im Internet veröffentlicht wird. Zu Vertriebszeiten wurden unter anderem Interviews mit Jürgen Elsässer, dem erwähnten Sebastian Zeilinger und mit dessen Bruder Michael abgedruckt.⁸² Getragen wurde das Magazin vom Verein „Midgard“, dessen Vorsitz ebenfalls Hofer innehatte.⁸³

Aus Österreich reisten ein **Neurochirurg und seine Frau** an, die nach eigenen Angaben mehr oder weniger durch Zufälle und Unwissenheit im Haus Adlon gelandet seien. Wegen der Kontaktaufnahme mit einem[r] Bekannten – der/die vermutlich eine der anderen hier dargestellten Personen ist – sei man zu diesem Treffen eingeladen worden, mit dem Versprechen, dass „Persönlichkeiten aus allen politischen und sozialen Lagern“ dort sein würden.⁸⁴ Nach der Bekanntgabe der Namen des Ehepaars wurde ihm die Partnerschaft mit der Medizinergruppe Humanomed gekündigt,⁸⁵ während die hier ebenfalls unbenannte Frau, Lokalpolitikerin südlich von Klagenfurt, nach dem Vorfall von ihrer Partei, der Österreichischen Volkspartei, nicht mit Sanktionen bedacht wurde.⁸⁶

Alexander von Bismarck brachte eine adelige Komponente in das Potsdamer Landhaus. In der ersten (diesbezüglich mitt-

lerweile korrigierten) Fassung des *Correctiv*-Berichts war von ihm als Nachfahre des ehemaligen Reichskanzlers die Rede; von Bismarck selbst spricht über sich als dessen Großneffen. Aus dem bismarcksche Familienverband bestreiten Familienmitglieder ein nahes Verwandtschaftsverhältnis,⁸⁷ nach dem Bericht im Januar 2024 nimmt der Verband weiteren Abstand. Die Familie „distanziert sich in aller Deutlichkeit von jedem rechtsradikalen Gedankengut und steht fest zu unserer Demokratie“.⁸⁸ Alexander von Bismarck trat daraufhin vom stellvertretenden Vorsitz im Familienverbund zurück.⁸⁹

Dass erst nach dem Eklat um die Villa Adlon Konsequenzen gezogen wurden, darf verwundern, stand Alexander von Bismarck doch schon 2011 als Bürgermeister von Insel bei Stendal auf Demonstrationen Schulter an Schulter mit Rechtsextremen.⁹⁰ Sein Wirken als Autor von russlandfreundlicher Literatur (noch 2023!) im rechtsextremen *Arnshaugk*-Verlag⁹¹ sorgte in seiner Familie anscheinend für genauso wenig gehobene Augenbrauen, wie sein ‚vaterlandsliebender‘ und AfD-freundlicher Auftritt auf seinem YouTube-Kanal.

Eine gewisse Nähe zur AfD wird auch bei **Silke Schröder** deutlich. Die Immobilienberaterin veröffentlicht regelmäßig Ausgaben ihrer Kolumne beim *Deutschland-Kurier*. Ein Großteil der Reakteur:innen und Kolumnist:innen der Online-Publikation sind AfD-Abgeordnete auf Landes- oder Bundesebene, so auch der bereits erwähnte Krah.⁹² Schröder war bis kurz nach der Veröffentlichung Vorstandsmitglied des konservativen *Vereins Deutsche Sprache*, eine Organisation, die sich gegen den Gebrauch von Anglizismen und Gendersprache im Deutschen stellt und stets die Besonderheit und kulturelle Bedeutung der deutschen Sprache betont. Nach der Bekanntwerdung des Potsdamer Treffens trat Silke Schröder ihre Vorstandsposition und Mitgliedschaft im Verein ab.⁹³ In ihrer Kolumne des *Deutschland-Kuriers* stellte sie die *Correctiv*-Recherche sogleich als – Achtung, Anglizismen – „Framing“ und „Fake News“ dar.⁹⁴

Zu guter Letzt ist auf ein ‚Urgestein‘ der Neuen Rechten zu verweisen. **Hans-Ulrich Kopp** wurde einer breiteren Öffentlichkeit in den 1990er Jahren bekannt als Redaktionsmitglied der *Jungen Freiheit*. Unter seinem Namen und unter dem Pseudonym „Friedrich von Lodenitz“ (und darüber hinaus wahr-

76 „Correctiv“-Artikel: Gericht entscheidet teilweise gegen Kläger Vosgerau, *NDR* 27.02.2024.

77 Bensmann, M. et al. 2024.

78 Rudl, T./ Reuter, M. 2024.

79 N.N. (o.D.): Bericht zum Kerzenabend 2015, <http://www.npd-neu-ulm.de/html/Berichte/Kerzenabend2015.htm> (Zugriff 23.03.2024).

80 Rudl, T./ Reuter, M. 2024.

81 Ebd.

82 Ebd.

83 Ebd.

84 Eckelsberger, G./ Ashwien, S.: Rauswurf wegen Rechtsextremen, *dossier.at*. 22.01.2024, <https://www.dossier.at/dossiers/aktuelles/rauswurf-wegen-rechtsextremen/> (Zugriff: 04.04.2024).

85 Ebd.

86 Schmid, F./ Marchart, J. M./ Schmidt, C. M.: Auch Österreicher bei rechtem Geheimtreffen in Deutschland, in: *Der Standard* v. 11.01.2024.

87 Gebauer, K./ Riemer, L.: Was machte ein Adliger aus der Altmark bei rechtem Geheimtreffen? *MDR Sachsen-Anhalt* 02.02.2024.

88 Ebd.

89 Sachse, J.: Wie sich der Wert von Lokaljournalismus für die Demokratie gerade besonders zeigt, *Correctiv* 05.03.2024.

90 Gebauer, K./ Riemer, L. 2024.

91 Arnshaugk-Verlag (o.D.): Autoren, <http://www.arnshaugk.de/index.php?v=16&korb=> (Zugriff 02.04.2024).

92 <https://deutschlandkurier.de/redaktion/> (Zugriff: 04.04.2024).

93 N.N.: Silke Schröder verlässt den Verein Deutsche Sprache, *Deutschlandfunk Kultur* 16.01.2024.

94 Schröder, S.: Faeser, Haldenwang, „CORRECTIV“ und Co.: Die totalitäre Propaganda-Truppe, *Deutschland-Kurier* 24.02.2024, <https://deutschlandkurier.de/2024/02/faeser-haldenwang-correctiv-und-co-die-totalitaere-propaganda-truppe/> (Zugriff 04.03.2024).



scheinlich anderen Decknamen) veröffentlichte er von 1990 bis 1995 zahlreiche Artikel in dem jungkonservativen Medium.⁹⁵ Er verließ die Redaktion schließlich aufgrund von Differenzen in der Neuausrichtung der Wochenzeitung seit Ende 1994.

Kopp war und ist ein ‚Multifunktionär‘. In den 1980ern war er Schriftführer des *Verbandes deutscher Sprachvereine und Sprachfreunde*.⁹⁶ Der Verband ist zwar nicht zu verwechseln mit dem *Verein Deutsche Sprache*, dem Silke Schröder angehörte, als Nachfolgeorganisation des Allgemeinen Deutschen Sprachvereins verfolgt er jedoch ähnliche sprachprotektionistische Ziele. Ab 1992 war Kopp dann in derselben Funktion für den *Witikobund* tätig, bei dem er zu dem Zeitpunkt bereits rund neun Jahre lang Mitglied war. Der Witikobund ist die revan-chistische Gesinnungsgemeinschaft in der sudetendeutschen Landsmannschaft. Auch Andreas Kalbitz war „Kamerad“ in diesem Bund.

Kopp ist Gründungsmitglied der rechtsextremen Akademischen Ferialverbindung „Rugia Carlsbad“ sowie ehemaliger Vorsitzender des Altherrenverbandes der bereits mehrfach erwähnten Burschenschaft B! Danubia.⁹⁷ Diese schlagende Verbindung gehört zu den bedeutendsten Verbindungen innerhalb des Dachverbandes der Deutschen Burschenschaften. Hans-Ulrich Kopp war 1996/1997 in der Funktion des Pressesprechers für diesen Dachverband tätig.⁹⁸

Mittlerweile hat sich Kopp zu einem fundamentalistisch verstandenen Katholizismus bekannt und nutzt seinen 2007 gegründeten Lepanto-Verlag⁹⁹ als Vertriebsmittel theologisch-philosophischer Bücher.

Dem Kreis des „Düsseldorfer Forums“ kann er nicht nur als Gesinnungsgenosse Gesellschaft geleistet haben, sondern auch in seiner Funktion als Bauunternehmer (Lautenschläger & Kopp¹⁰⁰) womöglich als Geldgeber dienen.

FAZIT

Nach diesen Ausführungen lassen sich einige wichtige Dreh- und Angelpunkte im Geflecht der Teilnehmenden finden. Zum einen bietet das über die vielen Jahre aufgebaute, größtenteils familiäre Netzwerk Gernot Mörigs exzellente Ausgangsbedingungen, um in diversen Bereichen der rechtsextremen Bewegungen, ob der Identitären Bewegung, der AfD oder etlichen anderen Organisationen, Einfluss auszuüben und Kontakte zu pflegen. Ihn als Motor der Veranstaltung zu sehen, ist schon aufgrund der schieren Anzahl seiner Verbindungen einleuchtend. Ihm muss es von allen Personen am leichtesten gefallen sein, ein so breites Aufgebot an neurechten und rechtsextremen Personen zusammengestellt zu haben.

Überdeutlich wurde auch die allgegenwärtige Präsenz der Alternative für Deutschland. Obgleich sie zur Zeit alles in ihrer Macht stehende tut, glaubhaft auf eine Nichtbeteiligung zu schwören, so sind doch die vielen Verbindungen in dieses Netzwerk, die auf die AfD und deren Vertreter:innen und wieder zurück zeigen, ein guter Grund für die Besorgtheit der Öffentlichkeit.

Gezeigt wurde auch, dass es sich lohnt, einen Blick aus der Villa Adlon zu werfen und zu schauen, wer außer den Teilnehmer:innen sonst noch Verbindungen in die inneren Kreise aufweisen kann. Schließlich kann nicht ausgeschlossen werden, dass die ein oder andere in dem Kontext erwähnte Person an einem der vorherigen „Düsseldorfer Runden“ teilgenommen hat oder an künftigen Treffen teilnehmen wird.

Deniz Cakmak studiert an der Universität Duisburg-Essen und war Praktikant im DISS.

⁹⁵ Kellershohn, H.: Die selbsternannte Elite. Herkunft und Selbstverständnis des Personals der Jungen Freiheit, in: H. Kellershohn (Hg.), *Das Plagiat. Der völkische Nationalismus der jungen Freiheit*, Duisburg 1994, 72.

⁹⁶ Maegerle, A.: Politischer und publizistischer Werdegang von Autoren der Jungen Freiheit, in: S. Braun/ U. Vogt (Hg.): *Die Wochenzeitung „Junge Freiheit“*. Kritische Analysen zu Programmatik, Inhalten, Autoren und Kunden, Wiesbaden 2007, 197.

⁹⁷ Kellershohn, H. 1994, 72.

⁹⁸ Maegerle, A. 2007, 197.

⁹⁹ Online-Handelsregister Auskunft zu Hans-Ulrich Kopp, <https://www.online-handelsregister.de/personen/Kopp-Hans-Ulrich-Stuttgart/a7c-b98f7b654595828e62968901cb19e> (Zugriff: 04.04.2024).

¹⁰⁰ Lautenschläger & Kopp (o.D.): Leitbild, <https://lautenschlaeger-kopp.de/ueber-ik/leitbild/> (Zugriff: 04.04.2024).

Das rechtsextreme „Remigrations“-Projekt

Von Helmut Kellershohn

„Die Ansiedlung anderer Völkerschaften in Deutschland ist daher grundsätzlich immer ein Mittel zum selben Zweck, den Einheimischen in der ein [sic!] oder anderen Form zu schaden und ihren politischen Einfluss im eigenen Land zu beschneiden. Genau durch eine solche Zielsetzung wird der **Begriff der Umvolkung** definiert. Was wir in Deutschland seit Jahrzehnten erleben, ist somit tatsächlich nichts anderes als eine klassische, aggressiv gegen die einheimische Bevölkerung gerichtete Umvolkungspolitik, auch wenn der staatliche Akteur in diesem Fall kein fremder Staat ist, sondern der eigene.“ (PI-News 2018)

„Gelingt uns die metapolitische Operation [...], ist ein Stopp des **Großen Austauschs** und der Islamisierung möglich. Ein Zuwanderungsstopp für Menschen aus nichteuropäischen Ländern, eine rigorose Abschiebung aller Illegalen und Kriminellen, eine Deislamisierungspolitik, das Ende der sozialen Versorgungspolitik für Ausländer und finanzielle Anreize für eine Heimkehr könnten jederzeit eine Trendwende einleiten. Grenzschießung und **Remigration** würden dann langsam für einen Abbau der Masse an unintegrierbaren Ausländern in Europa sorgen.“ (Martin Sellner: Identitär! Geschichte eines Aufbruchs, Schnellroda 2017, 244)

EINLEITUNG

Das sog. Geheimgespräch von Rechtsextremisten und Rechtskonservativen in Potsdam im November 2023, das durch die Berichterstattung des Redaktionsnetzwerk Deutschland im Januar dieses Jahres publik wurde, hat das Remigrationsprojekt der Identitären Bewegung, auf dem Treffen prominent vertreten durch ihren österreichischen Vordenker Martin Sellner, quasi über Nacht zu einem bundesweiten Thema werden lassen. Die Folge waren Massendemonstrationen, wie sie die Bundesrepublik seit langem nicht gesehen hat. Sie richteten sich gegen die massiven Abschiebepläne von Geflüchteten, hier lebenden Ausländern und Zuwanderern, die mittlerweile Staatsbürger dieses Landes geworden sind. Der genaue Inhalt des Vortrags von Martin Sellner auf dem Potsdamer Treffen wurde zwar nicht bekannt, ein Blick in die Veröffentlichungen Sellners, die er seit Jahren einer interessierten Öffentlichkeit unterbreitet hat, gibt zu Genüge Auskunft über sein Konzept der Remigrationspolitik. Insofern sind seine Absichten keineswegs geheim, man kann sie nachlesen. Aufschlussreich sind insbesondere sein Buch „*Regime Change von rechts*“, das 2023 erschienen ist, sowie der Band „*Remigration*“ (März 2024), die er beide im rechtsextremen Antaios-Verlag Götz Kubitscheks veröffentlichte.



Martin Sellner

Weniger allgemein bekannt ist der Umstand, dass der zentrale bevölkerungspolitische Begriff des „Großen Austauschs“ bzw. „Bevölkerungsaustauschs“, auf den sich Sellner und die Identitären beziehen und der die gesellschaftlichen Voraussetzungen des Remigrationsprojekts markieren soll, eine längere Vorgeschichte in dem „Umvolkungsdiskurs“ aufweist, der bereits in den 1920er Jahren von den sog. Deutschtumsverbänden in „volkstumpolitischer“ Absicht betrieben wurde. Auf diese Traditionslinie gehe ich im Folgenden im ersten Teil dieses Artikels ein.¹ Der Begriff der „Umvolkung“ ging in den nationalsozialistischen Sprachgebrauch ein und wurde dann von der extremen Rechten seit den 1970er Jahren wieder aufgegriffen, bis er dann in der identitären Propaganda durch den Begriff des „Bevölkerungsaustauschs“ zumindest teilweise ersetzt wurde. Der zweite Teil widmet sich dann einigen zentralen Ausführungen Sellners in den erwähnten Veröffentlichungen, stellt sein strategisches Gesamtkonzept vor und schlüsselt dann seine Remigrationspläne auf: Gegen wen richten sich diese Pläne und welche Methoden schlägt Sellner vor, um den inkriminierten „Bevölkerungsaustausch“ zu beenden.

UMVOLKUNG – BEVÖLKERUNGSAUSTAUSCH – REMIGRATION

Der Begriff ‚Umvolkung‘ ist mit seinen verschiedenen Bedeutungen verstärkt seit den 1990er Jahren in extrem rechten Medien und Programmen in Gebrauch. Begriffsgeschichtlich lässt er sich bis in 1920er Jahre zurückverfolgen, als die sogenannten Deutschtumsverbände (Deutscher Schutzbund, Verein für das Deutschtum im Ausland) ihn benutzten, um das „Grenz- und Auslandsdeutschtums“ (z.B. in Polen) zu unterstützen und gegen Assimilationsprozesse zu ‚immunisieren‘. Der Begriff wurde aber auch verwandt, um vor einer angeblich drohenden „Ethnomorphose“ („Volkstumswandlung“) des deutschen Volkes als Folge einer vom Ausland (z.B. Frankreich) gesteu-

1 Im ersten Teil greife ich zurück auf einige Passagen in: Helmut Kellershohn: Art. „Umvolkung“, in: Bente Gießelmann/Benjamin Kerst/Robin Richterich/Lenard Suermann/Fabian Virchow (Hg.): Handwörterbuch rechtsextremer Kampfbegriffe, Frankfurt/M.: Wochenschau Verlag 2019, 356-371.



Martin Sellner

Remigration Ein Vorschlag

Verlag Antaios

erten ethnischen ‚Unterwanderung‘ zu warnen. Max Hildebert Boehm definierte 1936, als der Begriff längst zum Standardrepertoire der NS-Propaganda gehörte, Umvolkung als das „oft zu beobachtende allmähliche Eindringen einer fremdvölkischen Unterschicht in Gebiete, deren Bevölkerung gewisse Arbeiten aus Ueberfeinerung [sic!] oder Mangel an Arbeitskräften scheut [...], wodurch sich die völkische Prägung der unterwanderten Landschaft unmerklich sehr wesentlich ändert“ (Boehm 1936, 80f.). In dieser Fassung wurde er dann seit den 1970er Jahren in der extremen Rechten reaktualisiert, um Migration zu dämonisieren, die an-

geblich von einer ‚volksvergessenen‘ Elite (den „Umvolkern“) zum Schaden der Einheimischen (s. Eingangszitat) gesteuert würde.

Eine neue Wendung nahm der Umvolkungsdiskurs durch die *Identitäre Bewegung* (IB). Diese Bewegung, die sich von Frankreich ausgehend europaweit ausgebreitet hat, bezog sich anstelle des Umvolkungsbegriffs (der gleichwohl weiter gebraucht wird) aus metapolitischen und strategischen Gründen auf den Begriff des „Bevölkerungsaustausches“. Der Umvolkungsbegriff sei „durch seinen altbackenen Klang unbrauchbar geworden“, schreibt Martin Lichtmesz im Vorwort zu den von ihm unter dem Titel „Revolte gegen den Großen Austausch“ herausgegebenen Texten des französischen Schriftstellers Renaud Camus (Camus 2016, 21). „Le Grand Remplacement“, ursprünglich der Titel einer Aufsatzsammlung Camus, verzichtet auf die für französische Leser und Leserinnen nur schwer zugängliche und zudem NS-kontaminierte deutsch-völkische Terminologie und erweist sich auch unter diesem Gesichtspunkt als „nützlich“ (Martin Lichtmesz im Vorwort zu Camus 2016) für die hiesige IB, insofern sie auf die europäische Dimension ihrer Aktivitäten Wert legt. Der Sache nach werden dieselben inkriminierten Vorgänge angesprochen, die der Umvolkungsdiskurs thematisiert, nunmehr aber bezogen auf Deutschland und Europa. Für Martin Sellner, Vordenker der IB in Österreich und Deutschland, ist der Begriff des „Großen Austauschs“ der zentrale metapolitische Begriff (Camus 2016, Nachwort). Er bringe – erstens – als eine Art „Überbegriff“ (ebd., 190) die unterschiedlichsten negativen Phänomene, die mit Zuwanderung aus dem außereuropäischen Raum und besonders islamischen Ländern verbunden seien, auf einen gemeinsamen Nenner. Er verweise auf weitere damit zusammenhängende Themen, angefangen „von Fragen der Globalisierung über den Schuldult und die Gender-Ideologie bis zur Dekadenz und dem Multikulti-Projekt“ (ebd., 194). Und er benenne „deren unweigerliches Endziel“: „Der gemeinsame Endpunkt, auf den die vielen Krisen und Probleme zusteuern, ist der ethnokulturelle Kollaps, das Verschwinden der europäischen Völkerfamilie.“ (Ebd., 194) Der „Große Austausch“ sei die „unüberbietbare Katastrophe“ (ebd., 193). Deshalb könne

auch – zweitens – der Begriff, eher als eine positiv formulierte Zielmarke, „als das metapolitische Zentrum des rechten, patriotischen Lagers markiert“ (ebd., 195) werden. Sellner sieht im „Bekenntnis zur Ablehnung des Großen Austausches und zum Kampf gegen ihn“ (ebd., 196) den gemeinsamen Fixpunkt einer breit aufgestellten „Front der Patrioten“ (ebd., 195), von den christlich-konservativen bis hin zu libertär-islamkritischen Kräften. Der Begriff transportiere zudem – drittens – eine klare Feindbestimmung: „Wir wissen genau, daß es die eigene Dekadenz und der liberalistische Werteverfall sind, die Europa erst sturmreif für die Invasion der Fremden gemacht haben. Wir wissen vor allem, daß der eigentliche ‚Feind‘ im eigenen Lager sitzt, daß unsere Eliten, die uns fortgesetzt verraten, sowie unsere Intelligenz, die sich im Ethnomasochismus suhlt, die eigentlichen Ursachen der Misere sind.“ (Ebd., 192)

Insgesamt gesehen nähert sich die identitäre Polemik im Rahmen einer ethnopluralistischen Argumentation aufgrund ihrer Rigorosität und dem massiven Gebrauch rassistischer Bilder (vgl. Bruns/Glösel/Strobl 2016) neonationalsozialistischen Rückführungsforderungen an, wie sie zu Beginn des neuen Jahrtausends von der NPD und ihrem Umfeld verbreitet wurden: Verlangt werden „im Angesicht der Invasion Europas“, so Sellner, „in erster Linie eine sofortige Grenzschießung und einen Beginn der **Remigration**; d.h. einer Umkehrung der Migrationsströme, beginnend [!] mit der Ausweisung aller Illegalen, Gesetzesbrecher und Islamisten.“ (Camus 2016, 214)

Was Sellner hier vielsagend als Beginn deklariert, hat er seit 2016 in mehreren Büchern weiterverfolgt, um einerseits die Zielgruppen und die Methoden des Remigrationsprojekts unter Machbarkeitsgesichtspunkten zu präzisieren. Andererseits warb er eindringlich für sein Anliegen, Remigration in ein strategisches Gesamtkonzept für das rechte Lager einzubetten und dieses strömungsübergreifend als Leitstrategie rechter Politik zu verankern, so zuletzt in seinem Buch „*Regime Change von rechts*“ (2023), das er nach Erscheinen auf Vortragsreisen einem geneigten Publikum vorstellte, unter anderem im November 2023 in Potsdam.

DAS STRATEGISCHE GESAMTKONZEPT DER RECONQUISTA

In „*Regime change von rechts*“ geht es um die Strategien, mit denen versucht wird, das **Hauptziel** der extremen Rechten zu erreichen: „Das Hauptziel des rechten Lagers besteht in der Erlangung staatspolitischer Gestaltungsmacht zur Umsetzung einer anderen Identitäts- und Bevölkerungspolitik zu dem Zwecke, die ethnokulturelle Identität zu erhalten.“ (73f.). Sellner identifiziert vier Leitstrategien, die er idealtypisch beschreibt. Unterstellt wird, dass nach dem Prinzip der „kategorischen Dominanz“ jede Strategie „die Unterwerfung aller Teile des rechten Lagers und ihrer Prinzipien“ erfordert. Sie lege „den Fokus der Ressourcen, den Hauptgegner und die entscheidenden Zwischenziele fest“ (73). Sellner unterscheidet vier Leitstrategien: die von ihm präferierte Strategie der „Reconquista“², sodann den sog. „Parlamentspatriotismus“ und die Strategie der „Mili-

2 Der Begriff Reconquista, d.h. „Rückeroberung“ bezieht sich ursprünglich auf die allmähliche Zurückdrängung des muslimischen Machtbereiches auf der iberischen Halbinsel bis hin zur Eroberung Granadas 1492 durch die katholischen KönigInnen Isabella I. und Ferdinand II. Die

tanz“, die er beide ablehnt, und zuletzt die „Strategie der Sammlung“, die er als Ersatzstrategie anbietet, falls die gesellschaftlichen Bedingungen für die Reconquista aufgrund fehlender ethnischer Mehrheit auf Seiten der ‚Biodeutschen‘ nicht mehr gegeben sein sollten. Im Folgenden wird dieser Sonderfall vernachlässigt.

Kern der von Sellner bevorzugten Strategie der Reconquista, um das Hauptziel zu erreichen, ist die „Eroberung der kulturellen Hegemonie“ (74) mittels der Entfaltung „metapolitischer Macht“, basierend auf der Entwicklung von Theorie- und Parteilarbeit, Aktionismus, Bildung von Massenorganisationen und die Förderung von Gegenkultur und -öffentlichkeit. „Der Fokus der Ressourcen liegt dabei auf der Eroberung der Schlüsselstellen des Ideologischen Staatsapparats wie der Universität, der Presse, der Straße, Kunst und Kultur. Zwischenziel für das gesamte rechte Lager ist die Veränderung des Diskurses und die Brechung der gegnerischen kulturellen Hegemonie. Hauptfeind ist daher die Herrschende Ideologie, ihre Begriffe, Bilder, Narrative und symbolischen Vertreter.“ (74) Über die Verschiebung des Sagbarkeitsfeldes nach rechts und die schrittweise Eroberung der ideologischen Staatsapparate soll metapolitische Macht sich dann niederschlagen in der Erringung von Mehrheiten für rechte Parteien und der Schaffung eines „gesellschaftliche[n] Klimas“ für eine andere Bevölkerungs- und Identitätspolitik. „Kernthese der Reconquista ist: Erst wenn der Bevölkerungsaustausch als *entscheidende* politische Frage metapolitisch etabliert und enttabuisiert ist, kann er durch eine Partei politisch beendet werden.“ (75; Hervorh. d. Vf.)

An dieser Aufgabe scheitern aus Sicht Sellners sowohl die Strategie des sog. Parlamentspatriotismus als auch die der Militanz. Erstere konzentriert sich auf die Parlamentsarbeit, realpolitisch auf das Machbare und strebt wie jede andere Partei „Stimmenmaximierung im Rahmen des herrschenden Diskurses“, anstatt an der „Transformierung der herrschenden Ideologie“ (75) zu arbeiten. Anschlussfähigkeit ist das Zauberwort. So konzentriert sich der Parlamentspatriotismus auf die Begleitphänomene des Bevölkerungsaustauschs (z.B. Kriminalität), statt diesen selbst und die Remigration zu thematisieren. „Der Parlamentspatriotismus fokussiert damit Ressourcen des rechten Lagers auf die Parteilarbeit und die Erlangung parlamentarischer Mehrheiten. Das geht zulasten der Bewegung, der Theoriebildung und Gegenkultur.“ (76) Die Bestimmung des Hauptfeindes bleibt diffus. Man setzt auf „kurzfristige Erfolge“ durch populistisches „Protestwellenreiten“, gelangt man darüber in Regierungsverantwortung, wird man von den ideologischen Staatsapparaten eingegrenzt. Eine durchgreifende Veränderung der Bevölkerungs- und Identitätspolitik, so Sellner, wird dadurch verunmöglicht.

Auch die Strategie der Militanz vernachlässigt den Aufbau metapolitischer Macht. Diese Strategie strebt staatspolitische Gestaltungsmacht „mit physischer Gewalt und militanten Mitteln“ (77) an (z.B. Militärputschs, Massenaufstände, Partisanenkampf). Die herrschende Elite soll „über einen apolitischen Akt (der letztlich physische Gewaltanwendung bedeutet) überwunden werden soll.“ (77) Das Zwischenziel besteht im „Aufbau physischer paramilitärischer Macht, die im entscheidenden Augenblick den ‚Staatsapparat‘ übernehmen soll.“ Der Fokus liegt „auf außerparlamentarischen, apolitischen und antidemokratischen Sphären“. Sellner lehnt diese Strategie aus „prinzipiellen Gründen“ ab, da er sich gegenüber der Öffentlichkeit – verständlicherweise, um sich abzusichern – auf Methoden des gewaltlosen Widerstandes beruft.

Auch im Blick auf die Remigrationspolitik fordert er, wie er treuherzig versichert, die Rechtsstaatlichkeit des Vorgehens ein, womit er zumindest in dieser Hinsicht im Rahmen des herrschenden Diskurses verbleiben will. An die Stelle gewaltförmer Mittel tritt das, was Sellner „Assimilations- und Rückführungsdruck“ nennt.

Identitäre Bewegung erhebt die Reconquista „angesichts der erneuten Bedrohung durch den Großen Austausch und einen aggressiv-raumgreifenden Islam“ zu ihrem Leitbild und meint darüber hinaus im übertragenen Sinne „unsere Bereitschaft [...], unser Volk, unsere Kultur und unsere Lebensart zu verteidigen“, so der Identitäre Mario Alexander Müller in *Kontrakultur* (Müller 2017, 236f.).

Autoritäre Zuspitzung

Rechtsruck in Europa



Isolde Aigner | Jobst Paul | Regina Wamper (Hg.)



Isolde Aigner, Jobst Paul, Regina Wamper (Hg.)

Autoritäre Zuspitzung
Rechtsruck in Europa

ISBN 978-3-89771-769-5

Unrast-Verlag, 2019

Seiten: 220

Reihe: Edition DISS Band: 40

Ausstattung: Softcover

Nicht nur in Deutschland, sondern in vielen Ländern Europas haben extrem rechte Parteien und Bewegungen in den letzten Jahren massiv an Zuspruch gewonnen – nicht nur auf der Straße, sondern auch bei Wahlen. Hintergrund dieses Rechtsrucks sind vor allem die verstärkten Fluchtbewegungen nach Europa, die damit zusammenhängende administrative Krise und die islamistischen Anschläge in mehreren europäischen Städten. Doch kenntnis- und aufschlussreich wie gewohnt zeigt das Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS) in dieser Publikation, dass es ist nicht zuletzt die global durchgesetzte Liberalisierung des Marktes ist, auf die der Rechtsruck aufsetzt und die ihn letztlich weitertreibt.



DIE POLITIK DER REMIGRATION

Sellner legt also Wert darauf, dass sein Konzept von Remigration nichts mit platten „Ausländer raus“-Rufen oder Deportationen zu tun hat. Remigration geht, so schreibt er in dem im Frühjahr 2024 veröffentlichten Band „*Remigration*“, auf den im Folgenden Bezug genommen wird, „wohlüberlegt, sachlich, systematisch, nachhaltig und differenziert vor“ (56). Sie ist die Antwort auf eine seiner Meinung nach fehlgeleitete Einwanderungspolitik bzw. den inkriminierten Bevölkerungsaustausch. Einwanderung soll damit nicht ausgeschlossen sein, unterliegt aber eng definierten Grenzen. Grundsätzlich ordnet laut Sellner ‚rechte‘ Migrationspolitik Einwanderung „den Prinzipien des Gemeinwohls und der Identitätserhaltung unter. Sie findet kontrolliert, dosiert und planmäßig statt, soweit sie dem Volk ökonomisch nutzt und es kulturell nicht übermäßig belastet.“ (31) Den kulturellen Aspekt hebt Sellner gegenüber ökonomischen und kriminologischen Aspekten besonders hervor und grenzt sich so gegen „salonfähige Migrationskritik“ ab, die sich seiner Meinung nach lediglich an den Folgen von Migration abarbeitet. Es geht ihm primär (im Sinne des Ethnopluralismus) um „kulturelle Verträglichkeit“. Migration „darf die demographische Struktur des Staatsvolks, seine Kultur, seine Sprache, seine Mentalität sowie sein historisches Bewußtsein und Gepräge nicht nachhaltig verändern.“ (32) „Kulturelle Nähe“ erleichtert Migration. In „Sonderfällen“ könne sogar kulturelle Fremdheit durch ökonomische Vorteile aufgewogen werden. Es gilt aber: „Einwanderung, die das soziale Kapital mindert, die deutsche Identität untergräbt, die Sozialsysteme und die Staatsfinanzen belastet und die öffentliche Sicherheit bedroht, ist hingegen rigoros abzulehnen.“ (32)

Aus diesem „Identitätserhaltungsgrundsatz und dem Ziel der nationalen Integration ergibt sich als Grundforderung und Normalfall für jeden Einwanderer die Assimilation.“ (32) Im Unterschied zur bloßen Integration, verstanden als bloß äußerliche Anpassung, ist Assimilation weitreichender. „Assimilation bedeutet, daß der Fremde sich so fühlt und so verhält, als wäre er ein Einheimischer“ (33), so dass er von der Aufnahmegesellschaft als solcher auch akzeptiert wird. Sellner vergleicht das mit der Adoption eines Kindes! „In letzter Konsequenz führt das dazu, daß der Fremde bzw. seine Nachkommen im Volk aufgehen, indem sie Teil seiner Geschichte werden.“ (33) Steuern zahlen, keine Verbrechen begehen ist zwar selbstverständlich, gefordert ist jedoch **Identifikation** als Grundlage der Staatsbürgerschaft und dauerhafter Ansiedlung. Solchen Personen, die aus vorwiegend ökonomischen Gründen kommen, fehlt genau dies, die Loyalität unter allen wechselhaften Umständen. „Die Einbürgerung nichtassimilierter Migranten zerstört das ‚soziale Kapital‘ und das gegenseitige Vertrauen, ohne die eine Demokratie nicht funktioniert.“ (34) Dieses auf Carl Schmitt zurückgehende Argument (Basis der Demokratie ist die Homogenität) wird ergänzt um den Aspekt der substantiellen Gleichheit: „Die Gleichheit aller Staatsbürger wird zur bloßen Fiktion, während sich die Gesellschaft unter der Oberfläche rasant retribalisiert.“ (34) Als Vorbild für gelungene Assimilation (eine „Bringschuld“, 35), die unter Umständen erst

nach Generationen gelingt, gelten die Ruhrpolen und die Hugenotten.

ZIELGRUPPEN UND METHODEN DER REMIGRATION

Für Sellner ergeben sich die Zielgruppen der Remigration anhand dreier Faktoren, der ökonomischen, der kriminologischen und, wie angesprochen, besonders der kulturellen „Belastung“. Keinen Zweifel hinterlässt er, wen er damit speziell meint: Zu den primären Remigrationszielgruppen zählt er „mehrheitlich nichteuropäische, afroarabische und islamische Parallelgesellschaften“, die er dann hinsichtlich des Belastungsgraden klassifiziert und mit Blick auf die anzuwendenden Methoden in „drei juristische Kategorien“ (56) entsprechend ihres Aufenthaltstitels unterteilt:

- A. Asylanten (Anerkannte nach Genfer Flüchtlingskonvention, subsidiär Schutzberechtigte einerseits, abgelehnte Asylbewerber und Ausreisepflichtige andererseits);
- B. sonstige Ausländer mit Aufenthaltstitel durch Heirats-, Studenten- oder Arbeitsvisum, internationale Abkommen etc., entweder temporär oder dauerhaft;
- C. Nichtassimilierte Eingebürgerte und Staatsbürger.

Diese Unterscheidung bedinge ein differenziertes „maßgeschneidertes Vorgehen“ mit unterschiedlicher Intensität und Zeitdauer des Vorgehens.

GRUPPE A: ASYLANTEN³

Hier geht es vor allem um die „Überprüfung der Anerkennungsbescheide“ nach §73 AsylG im Sinne des Asyls als „Schutz auf Zeit“ (59), d.h. Asyl darf nur temporär gewährt werden. Eine weitere Maßnahme ist die Änderung des Asylrechts: „Aus Grundgesetz, dem EU-Recht und internationalen Verträgen wurde ein subjektiver Rechtsanspruch abgeleitet, im Wunschland ein Asylverfahren zu eröffnen. Diese Verfahren können so lange hinausgezögert werden, daß sie in der Regel zur Verfestigung des Aufenthalts führen. Ganz abgesehen von großen wirtschaftlichen, kulturellen und kriminellen Belastungen geht es hier um das Prinzip. Wenn das Asylrecht von Afrikanern und Arabern als Brechstange zur dauerhaften Niederlassung missbraucht werden kann, führt das weiter zu gewaltigen Migrationswellen.“ (59) Das muss geändert werden im Sinne von Einzel- und Ausnahmefällen (z.B. niedrige zweistellige Zahl und nur auf Zeit). „Antragsteller, die nicht im Nachbarland individuell verfolgt wurden, sind an der Grenze abzuweisen.“ (60)

Weitere Maßnahmen:

- nationale Grenzkontrollen und Schutzmaßnahmen, solange der europäische Außengrenzschutz nicht funktioniert;
- Errichtung von Ankerzentren und Musterstädten³ (Alternative für nicht in ihre Heimatländer abschiebbare Migranten, zeitweiliger Aufenthaltsort für laufende Asylverfahren);

3 Mit dem Konzept einer Musterstadt für 2-3 Millionen Menschen, verwaltet durch Frontex oder ein Joint-Venture europäischer Staaten, greift Sellner auf rechtslibertäre Projekte der Errichtung von Privatstädten zurück (vgl. Kemper 2022, Slobodian 2023). Der Aufenthalt soll auf

- temporäre Schutzzonen in der Nähe von Konfliktherden;
- Abschaffung des Familiennachzugs, Zusammenführungen nur noch im Herkunftsland der Migrant*innen;
- Streichung der sog. Duldung;
- Ausreisepflichtige kommen in Abschiebehaft (bis zu ihrer Ausreise, freiwillig, sonst Abschiebung auf eigene Kosten). Wenn das Herkunftsland die Aufnahme verweigert, folgt die Abschiebung in Ankerzentren und Musterstädte in Nordafrika (s. oben);
- Bekämpfung der Asylindustrie (gemeint sind vor allem NGO's).

GRUPPE B: AUSLÄNDER

Betroffen sind Nichtstaatsbürger, die dem Staat *nicht nutzen* und „deren Assimilationsgrad gering ist und der Gesellschaft hohe Kosten verursachen“ (65). Sie haben kein Recht auf Daueraufenthalt, das Ausländerrecht sei in diesem Sinne zu ‚reformieren‘. Wahllose Masseneinbürgerungen sind obsolet. Bei Straftaten droht der Entzug der Aufenthaltsgenehmigung, ähnlich bei Dauerarbeitslosigkeit. Scheinehen und Schwarzarbeit müssen unterbunden werden. Visafristen sind einzuhalten. Illegale werden wie die Asylanten behandelt (Abschiebung in Ankerzentren und Musterstädte). Menschen mit „fehlgeleitetem“ Lebensstil, was auch immer das heißen mag, sollen ausgewiesen werden. Vergünstigungen wie (kommunales) Wahlrecht und Sozialhilfe werden gestrichen. Auch über höhere Steuern sollte nachgedacht werden.

Weitere Maßnahmen:

- Ausweisung straffälliger Ausländer, Einreiseverbote, extraterritoriale Haftanstalten;
- getrennte Sozialsysteme, Vorrang von Inländern bei Sozialleistungen;
- Sozialleistungen als Sachleistungen, Anpassung an das Niveau der Heimatländer;
- Entzug des Aufenthaltstitels bei mangelndem wirtschaftlichen Nutzen, sprich Arbeitslosigkeit;
- Lohnüberweisung auf Treuhandkonten für Saison- und Fremdarbeiter im Heimatland;
- Hohe Steuern auf Rücküberweisungen;
- Bestrafung von Konzernen wegen Schwarzarbeit; Aufhebung von Diskriminierungsverboten;
- politische Betätigung (wider die Interessen des deutschen Volkes) wird verboten, das Versammlungs- und Demonstrationsrecht gilt nur für Deutsche
- das öffentliche Zeigen ausländischer Flaggen ist zu verbieten.

Insgesamt, so Sellner, „entsteht durch ein Bündel an ökonomischen und sozialpolitischen Maßnahmen ein Abwanderungsdruck für kulturell und wirtschaftlich belastende und kriminelle Ausländergruppen. Ziel ist es, jeden unverhältnismäßigen ökonomischen Vorteil, den die Einreise nach und der Aufenthalt in Deutschland bringen, drastisch zu reduzieren. Nur so offenbart sich nämlich, welche Migrant*innen wirklich eine persönliche Beziehung zu und Identifikation mit unserem Land aufweisen.“ (65) Selbstverständlich werde auch hier nur rechtsstaatlich vorgegangen.

GRUPPE C: NICHTASSIMILIERTEN STAATSBÜRGER

Der Begriff des nichtassimilierten Staatsbürgers ist ein juristischer Nonsense-Begriff. Jeder Staatsbürger, ob eingewandert oder nicht, kann den von Sellner aufgestellten Be-

drei Jahre befristet und bei anschließender Einstufung als ‚Produktiver Bewohner‘ bis zum unbegrenzten Aufenthalt verlängert werden können. In der gewonnenen Zeit soll mit den Herkunftsstaaten verhandelt werden. Mittelfristig soll die Kontrolle den Bewohnern selbst überlassen werden. Ein Verlassen ist jederzeit möglich. Der Versuch der Wiedereinreise nach Europa soll durch Verbringung in ein weniger attraktives Ankerzentrum sanktioniert werden, das ebenfalls jederzeit verlassen werden kann. Bei Erreichen der Kapazitätsgrenze ist das Projekt auf andere Staaten auszuweiten. Privatwirtschaftliche Investoren sollen zwecks Bewirtschaftung einbezogen werden.

Ordnen und Regieren

Das Konzept ›Zivilgesellschaft‹ in der deutschen Entwicklungspolitik. Eine postkoloniale Diskursanalyse



Sara Madjlessi-Roudi

EDITION
DISS

Sara Madjlessi-Roudi
Ordnen und Regieren
Eine postkoloniale Diskursanalyse des Konzepts ›Zivilgesellschaft‹ in der deutschen Entwicklungspolitik

ISBN 978-3-89771-777-0

Seiten: 476

Reihe: Edition DISS Band: 48

Sara Madjlessi-Roudi wirft einen kritischen Blick auf das Konzept der ›zivilgesellschaftlichen Beteiligung‹, das seit den 1990er Jahren den entwicklungspolitischen Diskurs im Globalen Norden bestimmt.

Unter spezifischer Bezugnahme auf Afrika und unter Rückgriff auf die Kritische Diskursanalyse (KDA) und auf postkoloniale Theorie arbeitet sie anhand von Strategiepapieren zur Entwicklungspolitik des BMZ sowie der Bundesregierung heraus, wie sich die Idee der ›Einbindung von Zivilgesellschaft‹ innerhalb von fünfzehn Jahren zu einer Regierungstechnologie entwickelt hat. Darin wird Afrika als tendenziell defizitäres Umfeld für zivilgesellschaftliche Teilhabe konstruiert und werden Differenzlinien insbesondere zu sogenannten ›Gewaltakturen‹ und zur Bevölkerung hervorgehoben.

Sara Madjlessi-Roudi zeichnet nach, wie die deutsche Entwicklungspolitik über Jahre hinweg am Konzept ›Zivilgesellschaft‹ festhält, das auf eigenverantwortliche Subjekte verweist, von denen bestimmte Handlungen eingefordert werden können. Im Ergebnis werden so nicht nur politische und ökonomische Machtverhältnisse ausgeblendet, sondern auch koloniale Differenzsetzungen reproduziert, in denen sich das BMZ als handelnder Akteur begreift. Die diskursiven Effekte, die die Autorin ausmacht, zeigen sich entweder in Bezug auf die Legitimation des deutschen entwicklungspolitischen Handelns in Afrika oder in der Zurückweisung von Kritik an entwicklungspolitischem Paternalismus.



Entfremdung Identität Utopie



Marvin Chlada, Peter Höhmann,
Wolfgang Kastrop & Helmut Kellersohn (Hg.)



ISBN 978-3-89771-774-9
200 Seiten, Oktober 2020
Reihe: Edition DISS Band: 45

Der Entfremdungsbegriff (bzw. ein verwandter Begriff wie Verdinglichung) hat Konjunktur. Die Debatte reflektiert zum einen das neue Interesse an der Marx-Lektüre, das seit der Jahrtausendwende Ausdruck der Krisenprozesse ist, die die kapitalistische »Welt« durchziehen und nach Erklärungsmustern suchen lassen. In diesem Zusammenhang wird auch das Verhältnis zwischen dem »frühen« Marx und dem Marx der »Kritik der Politischen Ökonomie«, zwischen Entfremdungskritik und der Kritik des Warenfetischismus erneut thematisiert. Zum anderen verweist der Entfremdungsdiskurs auf die individuellen Leidenserfahrungen, die den Alltag der Menschen bestimmen.

Korrespondierend zum Entfremdungsbegriff nimmt der Identitätsbegriff einen immer breiteren Raum ein in der Debatte um die Gestaltung von nichtentfremdeten Lebensverhältnissen. »Identität« (bzw. »kollektive Identität«) ist zur Chiffre geworden, unter der sich unterschiedliche Gruppen formen, denen es um eine Änderung vorherrschender Lebens- und Denkweisen geht, die sich unter den gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen herausgebildet haben.

Besondere Beachtung verdienen rechtspopulistische und extrem rechte Bewegungen. Auch sie operieren identitätspolitisch, indem sie das »Deutsch-Sein« (im völkischen Sinne) und das volksgemeinschaftliche Wir zum allein bestimmenden Identitätsmerkmal erheben. Identität ist aus dieser Sicht immer national- und volksbezogen. Entfremdung dagegen bedeutet stets Verlust des Nationalen und des »Volkschaften«. Auch die Vorstellungen von einer anderen, besseren Welt haben Konjunktur.

lastungskriterien entsprechen. Auch »Einheimische« können kriminell werden oder auf Sozialhilfe angewiesen sein. Keiner würde in diesem Fall von mangelnder Assimilation bzw. fehlender Identifikation sprechen, es sei denn, ein völkisch-autoritäres Regime würde auch die »Einheimischen« nach Kriterien wie »deutsch« oder »undeutsch« (= asozial) klassifizieren. Bekanntlich hat der Nationalsozialismus genau dies zum Instrument seiner Bevölkerungspolitik erklärt. Insofern ist klar: Der Begriff des nichtassimilierten Staatsbürgers beruht auf einer willkürlichen Konstruktion und einer systematischen Verdachtsklärung, die dazu dient, zugewanderte Staatsbürger einem permanenten Remigrationsdruck auszusetzen. Zwar versichert Sellner: »Eine alternative Migrationspolitik schlägt nicht vor, Staatsbürger willkürlich ungleich zu behandeln. Keinesfalls sollen auf kultureller, religiöser oder ethnischer Basis Staatsbürgerschaften entzogen werden. Es darf und wird auch keine Staatsbürger zweiter Klasse geben. Solche Maßnahmen sind nicht nur juristisch untragbar, da sie mit dem Grundgesetz nicht vereinbar sind.« (66f.) Aber: Aufgrund fehlender Identifikation empfinden sie »ihre »neue Heimat« emotional immer noch als »Gastland« und fallen ihm darüber hinaus oft wirtschaftlich zur Last. Bei einem echten Interessenkonflikt und im Ernstfall würden sie eher zur alten Heimat stehen, nicht zur neuen. In einem vernünftigen und nachhaltigen Migrationssystem hätten sie niemals eine Staatsbürgerschaft erhalten dürfen.« (66) Sellner spricht von einer Verschleuderung der Staatsbürgerschaft in Zeiten von Multikulti, wozu auch die jüngsten Bestimmungen zum Staatsbürgerschaftsrecht beitragen.

Sellner schlägt zwei Herangehensweisen vor

1. Erweiterung der Möglichkeiten des Verlusts der deutschen Staatsbürgerschaft (d.h. Zurückstufung in Gruppe B) durch eine Reform des Staatsbürgerrechts, auch um den massenhaften Wechsel von Gruppe B in Gruppe C zu verhindern, Aberkennung der Staatsbürgerschaft aufgrund diverser Vergehen und, langfristig gesehen, Beseitigung der Doppelstaatsbürgerschaft.

2. Maßnahmen zur Erhöhung des Assimilations- und Remigrationsdrucks: »Ziel der Remigrationspolitik für die Gruppe C ist der langfristige Abbau der Parallelgesellschaften durch Assimilation in die Mehrheitsgesellschaft und Rückwanderung in das Herkunftsland.« (77) Im Einzelnen empfiehlt Sellner Folgendes:

a) *Assimilationsdruck durch eine patriotische Leitkultur:* Sellner orientiert den Begriff der Leitkultur am Beispiel der ungarischen Osterverfassung von 2010 und überträgt ihre tragenden Elemente auf die deutschen Verhältnisse. Sinn und Zweck des Ganzen beschreibt er wie folgt:

»Die Remigrationspolitik macht es für nichtassimilierte Migranten, gleich welchen Aufenthaltstitel sie haben, unattraktiv, in diesem Land zu leben, gleichzeitig aber geistig an ihrer Fremdidentität festzuhalten und ihre Parallelgesellschaft auszubauen. Damit leistet die alternative Identitätspolitik ebenfalls einen Beitrag zu Remigrations- und Assimilationsdruck.« (74)

Interessanterweise spricht Sellner in diesem Zusammenhang auch von »antideutsch« eingestellten Deutschen. Diesen empfiehlt er, die Remigrationsprogramme für eine Auswanderung in Anspruch zu nehmen.

b) *Strukturelle Sozialpolitik:* In dieser Hinsicht geht es vor allem um »Sozialmissbrauch« und Kriminalität eingebürgerter Clans, bei denen politischer Druck angebracht sei. Die Maßnahmen umfassen die Bekämpfung des Sozialmissbrauchs, Verfolgung der Schattenwirtschaft, Sozialleistungen in Form von Sachleistungen, eventuell Arbeitspflicht, Steuererleichterungen statt Kindergeld, staatliche Familienförderung nur für mittelgroße Familien. »Problemzonen« werden zu Ghettos erklärt, verbunden mit Kontrolle und schärferen Gesetzen (Vorbild: Dänemark).

c) *Deislamisierung:* Gemeint ist die Zurückdrängung des politischen Islams und zielt nicht nur auf die Gruppe C, sondern auf alle Gruppen. »Bestimmte Formen des Islams und der Religionsausübung, die mit unserer Kultur und Gesetzen nicht vereinbar sind, werden [...] mit scharfen Restriktionen belegt.« (76) Dazu gehören: Förderung eines angepassten

„Euroislam“ (76) in Schulen und Moscheen, Verbote für radikalislamische Vereine, Restriktionen beim Bau von Moscheen (nicht vom Ausland finanziert, Bauvorschriften), Einschränkung von Schächtings- und Beschneidungspraxen, Verbot von Mehr- und Verwandtenehen, Kopftücherverbot in öffentlichen Institutionen, keine Rücksicht auf Speisevorschriften im öffentlichen Raum.

d) *Anreize zur Heimkehr*: Für den Fall, dass der Entzug der Staatsbürgerschaft nicht möglich sein sollte, fordert Sellner für diese Zielgruppe die Erhöhung des Assimilationsdruck durch die patriotische Leitkultur einerseits, während Deislamisierung und sozialpolitische Maßnahmen Remigrationsdruck erzeugen sollten. „Dazu greifen hier attraktive und umfassende, freiwillige Heimkehrprogramme.“ (69) Sellner schlägt die Bildung eines „Remigrationsfonds“⁴ vor, den Bau von „Heimkehrzentren“ in Brennpunkten der Parallelgesellschaften und die Aufstellung von „Remigrationsprogrammen“ in Absprache mit den Herkunftsländern gegen Gewährung von Entwicklungshilfe. Von solchen Programmen und Anreizen könnten auch die beiden anderen Gruppen ‚profitieren‘.

FAZIT

Der von Sellner entwickelte Maßnahmenkatalog lässt sich folgendermaßen zusammenfassen: erstens weitgehende Aushebelung des bisherigen Asylrechts im Sinne einer zeitlich begrenzten, nur noch, wenn überhaupt, Wenigen geltenden Ausnahmeregelung; zweitens durch die Unterscheidung von ‚nützlichen‘ und ‚unnützen‘ Arbeitsmigranten Bildung eines umfangreichen Pools von abschiebefähigen Nichtstaatsbürgern; drittens durch die mehr oder weniger willkürliche Konstruktion von angeblich nichtassimilierten Staatsbürgern (Stichwort: Parallelgesellschaften) Bereitstellung einer Legitimationsbasis für den Entzug der Staatsbürgerschaft und die Erhöhung des Assimilations- und Remigrationsdrucks für diese Gruppe. Sellner behauptet, dass etwa 8 bis 9,5 Millionen Menschen für eine Remigrationspolitik infrage kommen könnten, betont jedoch, dass die vorgeschlagenen Zahlen weniger wichtig seien als die Dreiteilung und Staffellung der Maßnahmen über einen längeren Zeitraum. Gegner der Remigration werden mit dem Argument zitiert, dass ein solches Projekt juristisch, logistisch und moralisch unmöglich sei. Sellner begegnet diesen Einwänden, indem er in den weiteren Kapiteln seines Buches erklärt, dass eine maßgeschneiderte Remigrationspolitik juristisch möglich, mit der Verfassung vereinbar, logistisch und ökonomisch problemlos durchführbar sei und langfristig sogar wirtschaftliche Vorteile bringe. Sie sei „unsere nationale und ethische Pflicht“ (82).

Was Sellner hier als „ethische Pflicht“ deklariert, ist allerdings nichts anderes als das, was das berühmt-berüchtigte Heidelberger Manifest 1982 im Geiste des völkischen Nationalismus als Invektive gegen die drohende „Ethnomorphose“ des deutschen

Volkes zum Ausdruck brachte: „Mit großer Sorge betrachten wir die Unterwanderung des deutschen Volkes durch Zuzug von vielen Millionen von Ausländern und ihren Familien, die Überfremdung unserer Sprache, unserer Kultur und unseres Volkstums. [...] Die Integration großer Massen nichtdeutscher Ausländer ist [...] bei gleichzeitiger Erhaltung unseres Volkes nicht möglich und führt zu den bekannten ethnischen Katastrophen multikultureller Gesellschaften.“⁵ Der Identitäre Sellner fügt dem, mit dem Bezug auf die historische Reconquista, die europäische Dimension hinzu, indem er vor allem „nichteuropäische, afroarabische und islamische“ Zuwanderer (= Invasoren!) zum rassifizierten Objekt seiner Remigrationspolitik erhebt, nicht ohne gleichzeitig Dekadenz und Liberalismus sowie die „ethnomasochistischen“ Eliten zum eigentlichen Hauptfeind zu erklären. Remigrationspolitik als Kern der Reconquista dient also einerseits als metapolitischer Hebel im Kampf gegen die bestehende Gesellschafts- und Staatsordnung, andererseits vermittelt sie eine Vorstellung von dem, was Sellner als Hauptaufgabe eines Systemumbaus von Staat und Gesellschaft bestimmt – natürlich alles im rechtsstaatlichen Rahmen, wie Sellner treuherzig versichert. Diesbezüglich ist Björn Höcke um einiges ehrlicher, wenn er in seinem Interviewband „Nie zweimal in denselben Fluss“ (2018) von „wohltemperierter Grausamkeit“ (ebd., 254) spricht, die mit dem Remigrationsprojekt verbunden sein werde.

LITERATUR

- Boehm, Max Hildebert (1936): ABC der Volkstumskunde. Der Begriffsschatz der deutschen Volkslehre für jedermann, Potsdam: Verlag Volk und Heimat.
- Bruns, Julian/Lösel, Kathrin/Strobl, Natascha (2016): Die Identitären. Der modernisierte Rassismus einer Jugendbewegung der Neuen Rechten, in: Kellershohn, Helmut/Kastrup, Wolfgang (Hg.): Kulturkampf von rechts. AfD, Pegida und die Neue Rechte. Münster: Unrast, 82-91.
- Camus, Renaud (2016): Revolte gegen den Großen Austausch. Zusammengestellt und übersetzt von Martin Lichtmesz, Schnellroda: Antaios.
- Höcke, Björn/Hennig, Sebastian (2018): Nie zweimal in denselben Fluss. Björn Höcke im Gespräch mit Sebastian Hennig, Lüdinghausen/Berlin: Manuscriptum.
- Kemper, Andreas (2022): Privatstädte. Labore für einen neuen Manchesterkapitalismus, Münster: Unrast.
- Slobodian, Quinn (2023): Kapitalismus ohne Demokratie. Wie Marktradikale die Welt in Mikronationen, Privatstädte und Steueroasen zerlegen wollen, Berlin: Suhrkamp.

Helmut Kellershohn ist Mitarbeiter im Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung

4 Dieser Fond sollte sich u.a. aus „ersparten Kosten für Integration, Sozialleistungen und Unterbringung sowie aus Besteuerung der Rücküberweisungen“ (69) speisen.

5 Heidelberger Manifest. Unterzeichner-e.V. Fassung, in: Frankfurter Rundschau vom 4.3.1982. Abgedruckt in: VIA, Verband der Initiativgruppen in der Ausländerarbeit – Regionalverband Nord (Hg.): S.O.S. Rassismus. Biographie einer Aktion, Berlin 1985, 43.



Sozialstaat von rechts

IDENTITÄRE SOLIDARITÄT UND EXKLUDIERENDE SOZIALSTAATLICHKEIT

Von Martin Hauff

Die AfD tritt in ihrer politischen Praxis im Bundestag mit neo-liberalen und sozialstaatskritischen Positionen¹ auf. Zugleich bestehen innerhalb der AfD Flügelkämpfe, die sich vor allem um Fragen nach einer wirtschafts- und sozialpolitischen Positionierung der Partei konstituieren.² Dabei ist der grundlegende Konflikt zwischen einer autoritär-liberalen und einer völkisch national-sozialen Richtung auszumachen.³ Das national-soziale Hegemonieprojekt wird nicht nur von Björn Höcke und seinen Mitstreitern in der AfD verbreitet, sondern erfährt zugleich durch Publikationen und Vorträgen aus dem sogenannten Vorfeld der Partei um Götz Kubitschek eine theoretische Rechtfertigung. Vor allem Benedikt Kaiser hat sich in Verwendung des Schlagwortes „Solidarischer Patriotismus“ um eine systematische Ausarbeitung dieses Ansatzes bemüht.

In Abgrenzung zum autoritär-liberalen Hegemonieprojekt und dem in der AfD verbreiteten rechten Libertarismus erscheint der solidarische Patriotismus als ein Ansatz, der den Sozialstaat zu verteidigen scheint. Doch der solidarische Patriotismus ist durch mehrere exkludierende Mechanismen charakterisiert. Er zeichnet sich nicht nur durch einen Sozialchauvinismus aus, sondern auch durch das, was in der Forschung als Produzismus⁴ bezeichnet wird, also der Betonung des Leistungsprinzips in der Weise, dass dies den Ausschluss von angeblich nicht Leistungswilligen und denen, die nicht ins System des Sozialstaates eingezahlt haben, zur Folge hat. Dadurch erhält das rechte Sozialstaatskonzept eine dualistische Fassung, indem es Protektionismus gegenüber denen, die es verdienen, und Neoliberalismus gegen denen, die es nicht verdienen, ausübt.⁵

In diesem Aufsatz soll der Frage nachgegangen werden, inwiefern der solidarische Patriotismus durch Sozialchauvinismus und Produktivismus charakterisiert ist und wie dies bei dessen Vertretern begründet und gerechtfertigt wird. Bei dieser Rekonstruktion zeigt sich, dass sie zum einen einem identitären Solidaritätsbegriff und zum anderen einem autoritären Leistungsprinzip folgen. Dabei ignorieren sie, dass es auch alternative Solidaritätskonzepte gibt.

In diesem Aufsatz soll daher, nachdem das Konzept des solidarischen Patriotismus rekonstruiert worden ist (1), der identitäre Solidaritätsbegriff herausgearbeitet und diesem alternative So-

lidaritätsbegriffe entgegengestellt werden (2). Danach soll das mit dem Solidaritätsbegriff der Rechten verflochtene autoritäre bzw. „preußische“ Leistungsprinzip dargestellt werden (3). Aus diesen beiden Grundprinzipien leitet sich ein bestimmtes Sozialstaatskonzept ab, das als spezifisch rechts charakterisiert werden kann (4).

1) SOLIDARISCHER PATRIOTISMUS

Solidarischer Patriotismus ist ein Schlagwort, das von Björn Höcke und Maximilian Krah explizit verwendet und von Benedikt Kaiser am ausführlichsten theoretisch ausgearbeitet worden ist. Höcke meint mit solidarischem Patriotismus⁶ eine Politik, die sich auszeichnet durch die „politische Forderung gegen Lohndumping, den Abbau sozialer Standards und die Benachteiligung der deutschen Hilfs- und Sozialbedürftigen gegenüber den Migranten, sowie unsere grundsätzliche Kritik am Raubtierkapitalismus und Globalisierung“.⁷ Doch weiter expliziert Höcke seine sozialpolitischen Überlegungen nicht.⁸

Maximilian Krah erwähnt das Schlagwort an einer Stelle in seinem Buch „Politik von rechts“ im Zusammenhang mit seiner Kritik am Sozialstaat, der eher Ausländer als Deutsche bevorzugen würde. „Rechte Politik will deshalb solidarischen Patriotismus statt eines administrativen Sozialstaats.“⁹ Zugleich betont Krah die soziale Verantwortung der Politik: „Die politische Rechte darf nicht unsozial sein, der Ausgleich von Lebenschancen, Teilhabe und Lebensrisiken ist ein rechtes Anliegen.“¹⁰ Zentral bei Krah ist die Idee einer sozialen und lokal verwurzelten Marktwirtschaft. „Es gibt die Marktwirtschaft der kleinen und mittleren Unternehmen, der Unternehmer und Familien, die lokal verwurzelt sind und deren Erfolg daher auch der lokalen Gemeinschaft dient. Und es gibt den globalen Kapitalismus einer kleinen Oligarchie, die zur eigenen Gewinnorientierung und Machtmaximierung die traditionelle Ordnung zerstören will, weil sie ihrem Streben Grenzen setzt.“¹¹

Benedikt Kaiser ist derjenige im Kreis um Götz Kubitschek, der sich am eingehendsten mit einer theoretischen Rechtfertigung eines dezidiert rechten sozialpolitischen Programms beschäftigt hat. 2020 hat er seine Überlegungen im Verlag Antónios in dem Buch „Solidarischer Patriotismus“ zusammengefasst,

1 Vgl. Pühringer / Beyer / Kronberger 2020.

2 Vgl. Becker / Eberhardt / Kellersohn 2019.

3 Vgl. Diss-Journal Sonderheft 6, April 2023.

4 Vgl. Abt et al. 2020.

5 Chueri, Juliana 2022.

6 Vgl. Höcke, Björn 2019, 246.

7 Ebd., 249.

8 Vgl. Veiglhuber / Weber 2022, 48f.

9 Krah, Maximilian 2023, 157.

10 Krah 2023, 154.

11 Krah 2023, 136.

das den Untertitel „Die soziale Frage von rechts“ trägt. Bemerkenswert ist dabei, dass Kaiser sich sehr bemüht, überhaupt zu zeigen, dass die soziale Frage relevant ist und ein Problem darstellt, dem sich die politische Rechte widmen müsse. Kaiser fühlt sich genötigt, sich an der autoritär-liberalen Richtung abzuwenden. Dies sei nötig, da seit den 1980ern die Rechte in Deutschland durch den neoliberalen Ideenkomplex und eine „volksferne Marktideologie“ geprägt sei.¹²

Die Relevanz der sozialen Frage rechtfertigt Kaiser in zwei Schritten. Zum einen zeigt Kaiser in einem historischen Abriss, dass die politische Rechte in Deutschland nicht immer autoritär-liberal geprägt war, sondern dass rechte Kapitalismuskritik im 19. Jahrhundert, bei Adolph Wagner, und in der Zwischenkriegszeit, bei Werner Sombart und anderen, eine zentrale Rolle gespielt hatte.¹³

Zum zweiten zeigt Kaiser, dass sich die politische Rechte nicht nur kontingenterweise mit der sozialen Frage beschäftigt hatte, sondern dass dies vor allem inhaltlich begründet war. Wenn rechte Politik die Bewahrung von Tradition, Volk und Nation zum Ziel habe, läge darin schon ein kritischer Impuls gegen den Marktliberalismus und den kulturellen Individualismus begründet. Die immer größer werdende Schere zwischen Arm und Reich bedrohe den sozialen Frieden und den Zusammenhalt der Volksgemeinschaft. Außerdem würde der *Homo oeconomicus* ein falsches Menschenbild darstellen, da dieses die Eingebundenheit des Menschen in Kultur und Volk ignoriere.¹⁴ An dieser Stelle kritisiert Kaiser explizit das AfD-Programm. „Das unverändert bestehende AfD-Programm will in vielerlei Hinsicht nur die materiellen Lebensbedingungen des *Homo oeconomicus* verbessern, greift aber nicht dessen falsche, auch in immaterielle hineinwirkende Logik an, die den Menschen eben konsequent aus tradierten Verhältnissen ‚emanzipiert‘ und damit als atomisiertes Individuum den Markt überstellt.“¹⁵

Kaiser sieht sogar eine ideologische Parallele zwischen – wie er sie nennt – liberalen Rechten und der liberalen Linken. Er fordert eine doppelte Frontstellung gegen die Illusion des globalen Marktes und des Kosmopolitismus.¹⁶ Daraus entwickelt er eine Position, die er selbst in der Tradition der sogenannten Querfront verortet.¹⁷ „Solidarischer Patriotismus“ kann als ‚rechter‘ Ansatz ‚linke‘ Elemente integrieren, wo es zielführend erscheint. Sein Ziel ist klar: ‚Solidarischer Patriotismus‘ strebt nach einem konstruktiven, zukunftsfähigen Verständnis einer gehegten sozialen Marktwirtschaft im Zeichen einer solidarischen und patriotisch rückgebundenen Leistungsgemeinschaft.“¹⁸ Kaiser verwendet mit „Leistungsgemeinschaft“ ein Schlagwort, das 1934 von der Deutschen Arbeitsfront verwendet worden ist.

In der Tradition rechter Kapitalismuskritik stehend ist Kaiser kritisch einer zentralen Planwirtschaft gegenüber. Die Marktwirtschaft soll aber zugleich sittlich eingehegt und soziale Ungerechtigkeiten reduziert werden. Dabei spielt der Staat eine wesentliche Rolle. Kaiser spricht von einem Primat der Politik¹⁹ und auch bei Krah fällt das Schlagwort vom Primat des Politischen.²⁰ Die Politik soll eine Verantwortung gegenüber kleinen und großen Unternehmen übernehmen: „Kleine frei gewähren lassen, die Mitte beobachten (und nötigenfalls intervenieren), die Großen kontrollieren (durch Staatsbeteiligungen und korporatistische Modelle).“²¹



2) SOLIDARITÄT UND IDENTITÄT

Solidarischer Patriotismus bezeichnet die Idee einer solidarisch und patriotisch eingehegten Marktwirtschaft. Der Solidaritätsbegriff steht also im Zentrum dieser Konzeption. Was verstehen die Vertreter der Neuen Rechten unter Solidarität? In einem Aufsatz in der Zeitschrift „Sezession“ behauptet Kaiser, dass Solidarität und Identität untrennbar zusammengehörten.²² Mit Identität meint er eine kollektive Identität einer konkreten Gemeinschaft, die die Grundlage für die Entwicklung von Solidarität darstellen würde.

Um seine Annahme zu begründen, bezieht sich Kaiser auf einen Aufsatz des Philosophen Kurt Bayertz. Dieser grenzt den Begriff der Solidarität mithilfe von zwei Kriterien von einer universellen Moral ab. Zum einen ist Solidarität klassischerweise auf eine konkrete Solidargemeinschaft beschränkt und ihr Geltungsbereich ist nicht – wie beim Konzept der Menschenwürde – auf die gesamte Menschheit ausgeweitet.²³ Zum anderen sind mit der Solidarität positive Verpflichtungen und weniger individuelle Schutzrechte gemeint. Bei Bayertz sind dies aber heuristische Abgrenzungskriterien zwischen verschiedenen Konzepten der Moralphilosophie. Es spräche nichts dagegen, das Konzept der Solidarität zu erweitern oder zu ergänzen.

Kaiser stattdessen substanzialisiert diesen Solidaritätsbegriff. Aus Bayertz problemorientierter Reflexion über den Solidaritätsbegriff nimmt Kaiser ein Zitat heraus: „Kurt Bayertz hat dies auf den Punkt gebracht, als er definierte, daß ‚wir unter ‚Solidarität‘ ein wechselseitiges Entstehen von Personen füreinander (verstehen), die durch spezifische Gemeinsamkeiten miteinander verbunden sind. Man ist ‚solidarisch‘ mit Menschen, deren Geschichte, deren Überzeugungen oder Interessen man

12 Kaiser, Benedikt 2020, 25.

13 Vgl. ebd., 23ff.

14 Vgl. ebd., 235.

15 Ebd. (Hervorh. im Original).

16 Vgl. ebd., 256f.

17 Vgl. Kaiser 2017.

18 Ebd., 10.

19 Vgl. ebd., 218.

20 Krah 2023, 162.

21 Kaiser 2020, 198.

22 Vgl. Sezession 98, 28

23 Vgl. Bayertz 2002, 11ff.



teilt – im Unterschied zu den Menschen, deren Geschichte, Überzeugungen oder Interessen man nicht teilt. ‚Wir benutzen, so der Münsteraner Philosoph weiter in unserem Sinne, ‚den Begriff der Solidarität daher in einem partikularen und exklusiven Sinne.‘ Denn es sei eine Tatsache, daß positive Hilfeleistungen, also Handlungen praktischer Solidarität, nicht immer aber doch meistens durch partikulare, besondere Bindungen motiviert sind.“²⁴

Kaiser betont beim Solidaritätsbegriff die Rolle der Motivation, die bei positiven Hilfeleistungen noch stärker gefordert ist, und die Rolle einer Gemeinschaft, die Werte, Interessen und Überzeugungen teilt und die eine Quelle für diese Motivation sein kann. Kaiser geht sogar so weit – irritierenderweise in Kontrast zu seinen Polemiken gegen den Homo oeconomicus – Solidarität als ökonomisch verstandene Ressource zu verstehen: „Da aber jede Ressource naturgemäß beschränkt ist und nicht beliebig vermehrt werden kann, ergibt sich auch hier wiederum die Notwendigkeit, mit ihr so hauszuhalten, daß ihre Existenz organisch bleibt ...“²⁵

Solidarität ist nach Kaiser also eine knappe Ressource, die von gemeinsamen Wertevorstellungen und der kollektiven Identität einer konkreten Gemeinschaft zehrt. Dabei handelt es sich um eine konservative Position, die – wie Bayertz zeigt – auch von einigen Vertretern des amerikanischen Kommunitarismus begründet wurde.²⁶ Kaiser geht darüber hinaus, indem er die Solidargemeinschaft biologisiert und in ethnischen Kategorien fasst.

A) ETHNISIERUNG DER SOLIDARGEMEINSCHAFT

Kaiser schreibt: „Solidarität trägt damit einen Doppelcharakter. Sie ist organisch *und* exklusiv; dadurch bedarf sie der Verortung in einer gegenständlichen Gemeinschaft und liegt zugleich in ihr begründet. [...] Solidarität ist folglich ursächlich ein organischer Wir-Begriff – keineswegs aber eine linke Eingebung oder eine von der Realität losgetrennte politische Floskel.“²⁷

Beim Versuch zu klären, was er mit Identität meint, bezieht sich Kaiser in seinem Aufsatz auf Henning Eichberg, der Anfang der 1970er den Begriff Ethnopluralismus geprägt hatte. Seinen Ursprung hat dieses Schlagwort in der metapolitischen Strategie, durch Nutzung des positiv konnotierten Begriffs „Pluralismus“

diesem eine Aura der Harmlosigkeit zu verleihen. Wie das einschlägige Buch von Martin Lichtmesz zu diesem Konzept zeigt, steht aber der Ethnopluralismus in der Tradition des klassischen Rassismus.

Lichtmesz versucht, das Konzept des Ethnopluralismus mit Bezug auf die pseudowissenschaftliche Strömung des sogenannten Rassenrealismus zu begründen. Zu dieser Strömung werden umstrittene Wissenschaftler, wie Hans Jürgen Eysenck, Arthur Jensen oder Richard Lynn gerechnet, die mithilfe von Zwilling-Studien den Zusammenhang zwischen Intelligenzquotienten und Menschengruppen nachzuweisen versucht hatten.²⁸ Dem 2023 verstorbenen Rychard Lynn widmet die rechts-ökologische Zeitschrift „Die Kehre“ einen Nachruf.²⁹ Diesen Forschungen, auf die sich ebenfalls Thilo Sarrazin bezieht, wurden

erhebliche methodologische Mängel nachgewiesen.³⁰ Prominent hatte der Evolutionsbiologe Stephen Jay Gould bei diesen Forschungen Statistiktricks dokumentiert.³¹

Der Ethnopluralismus konzipiert also Ethnien nicht nur kulturell, sondern ebenso biologisch. Doch wie die Deutsche Zoologische Gesellschaft 2019 in der „Jenauer Erklärung“ erklärt, ist das Konzept der Rasse selbst in

der Biologie nicht haltbar, weil jegliche Grenzziehung zwischen angeblichen Rassen letztlich willkürlich ist.

Rechtes Denken zeichnet sich besonders dadurch aus, dass es den konstruktiven Charakter dieser Kategorien ignoriert und sie stattdessen naturalisiert. Maximilian Krah spricht davon, dass Volk eine Realität darstellen würde und dass das ethnische Substrat und die Homogenität von Völkern geschützt werden müssten.³² Und auch Kaiser betont, dass eine relative ethnische Homogenität eine rechte Konstante des Solidarischen Patriotismus darstelle.³³

B) SOLIDARITÄT UNTER FREMDEN

Die Ethnisierung einer Menschengruppe oder einer Solidargemeinschaft, wie es im Zusammenhang mit dem Ethnopluralismus geschieht, ist pseudowissenschaftlich und steht in der Tradition einer rassistischen Weltanschauung. Aber auch unabhängig von dieser Ethnisierung der Solidargemeinschaft kann man die konservative bzw. kommunitaristische These hinter-

24 Vgl. Sezession 98, 30.

25 Vgl. Sezession 98, 33.

26 Vgl. Bayertz 2002, 29ff.

27 Vgl. Sezession 98, 31.

28 Vgl. Lichtmesz 2020, 171ff.

29 Vgl. Die Kehre 15/2023.

30 Vgl. Sesin 2012.

31 Vgl. ebd., 28.

32 Krah 2023, 54.

33 Kaiser 2020, 265.

fragen, dass Solidarität nur im Kontext einer kulturell verstandenen kollektiven Identität funktioniert.

Im Aufsatz von Bayertz, den Kaiser selektiv rezipiert, diskutiert der Autor das Konzept der organischen Solidarität von Emil Durkheim.³⁴ Durkheim hatte in seinem Buch „Über soziale Arbeitsteilung“ von 1893 die These entwickelt, dass sich zwar im Zuge der Modernisierung traditionelle Werte und überkommene Solidargemeinschaften (mechanische Solidarität) auflösten, aber zugleich neue Quellen der Solidarität entzündeten, die Durkheim organische Solidarität nennt. Moderne Gesellschaften sind durch funktionale Differenzierung charakterisiert. Ein funktionales Element in dieser arbeitsteiligen Gesellschaft kann aufgrund seiner Spezialisierung nicht alle Aufgaben übernehmen und ist gerade daher auf die Produkte und Ergebnisse anderer funktionaler Einheiten angewiesen. Durch diese Verflechtungen entsteht eine neue Form der Solidarität, die gerade nicht auf der Identität gemeinsamer Werte, sondern im Gegenteil auf die notwendige Verschiedenheit und Spezialisierung von anderen beruht.

Hauke Brunkhorst hatte diesen Gedanken von Durkheim weiterentwickelt und ihn als Solidarität unter Fremden bezeichnet. Brunkhorst differenziert Durkheims Ansatz der funktionalen Differenziertheit moderner Gesellschaften mithilfe von Talcott Parsons weiter aus. Mit Parsons entwickelt Brunkhorst das Konzept einer Solidarität unter Fremden anhand des Verhältnisses zwischen Arzt und Patient. Der Arzt ist nicht ein guter Freund; ganz im Gegenteil, gerade in seiner Distanziertheit und Professionalität gegenüber dem Patienten ist er ein guter Arzt.³⁵ Die Gesundheitsversorgung wird in modernen, arbeitsteiligen Gesellschaften über das Gesundheitssystem, mithilfe der professionellen Berufsrolle des Arztes oder der Ärztin, organisiert. Auch der Sozialstaat insgesamt stellt demnach die Institutionalisierung von Solidarität unter Fremden dar.

3) AUTORITÄRES LEISTUNGSPRINZIP

Das Sozialstaatskonzept der Neuen Rechten zeichnet sich nicht nur durch seine Grundlegung in einem identitären Solidaritätsbegriff aus, sondern auch durch dessen Verschränkung mit einer bestimmten Deutung des Leistungsprinzips. Dieses stellt die ideologische Grundlage für das produktivistische Verständnis von Sozialstaatlichkeit dar.

Wie gezeigt, steht der solidarische Patriotismus in einem Rechtfertigungsdruck gegenüber der autoritär-liberalen Strömung innerhalb der Neuen Rechten. Kaiser geht in seiner Argumentation autoritär-liberalen Vorurteilen entgegen, indem er ihrer Kritik an einem angeblich zu ausgedehntem Sozialstaat entgegenkommt. Kaiser kritisiert die angeblich exorbitante Belastung der Menschen durch Steuern und zugleich die Unfähigkeit des aktuellen Sozialstaates, diese sprudelnden Einnahmen sinnvoll auszuschütten. Explizit meint Kaiser damit die angeblich zu vielen Hartz-IV-Leistungen für Ausländer.³⁶ Kaiser warnt jedoch davor, dass man bei aller Kritik am aktuellen Staat nicht in einer fundamentalen Staatskritik verfallen dürfte.

Ähnlich wie bei den Autoritär-Liberalen spielt bei Kaiser auch das Leistungsprinzip eine zentrale Rolle. Doch anders als beim Libertarismus ist für Kaiser der freie Markt nicht der Garant dafür, dass das Leistungsprinzip Verwirklichung findet. Eine nicht regulierte Marktwirtschaft kann dazu führen, dass fälschlicherweise verantwortungslose Spekulation als Leistung angesehen wird und nicht wirklicher Nutzen für die Gemeinschaft. „Aus ‚rechter‘ und volksverbundener Sicht hingegen wäre es eher eine genuine Leistung, seine eigene Tätigkeit in den Dienst der Gemeinschaft zu stellen, beispielsweise als Pflegerin, Feuerwehrmann oder Polizist zu arbeiten, einen handwerklichen Betrieb mit zehn Mitarbeitern am Leben zu halten oder als Landwirt der großen Konkurrenz zu trotzen und nachhaltige ökologische

Zwischen Neoliberalismus und völkischem ›Antikapitalismus‹

Sozial- und wirtschaftspolitische Konzepte und Debatten innerhalb der AfD und der Neuen Rechten



Andrea Becker
Simon Eberhardt
Helmut Kellershohn (Hg.)

EDITION
DISS

Andrea Becker,
Simon Eberhardt,
Helmut Kellershohn (Hg.)

Zwischen Neoliberalismus und völkischem ›Antikapitalismus‹ – Sozial- und wirtschaftspolitische Konzepte und Debatten innerhalb der AfD

ISBN 978-3-89771-772-5, Unrast-Verlag, 2019,
Seiten: 272, Reihe: Edition DISS Band: 43, Ausstattung: Softcover

Das Buch ist eine Bestandsaufnahme der sozial- und wirtschaftspolitischen Konzepte und Debatten innerhalb der AfD und der Neuen Rechten und unterzieht diese einer kritischen Analyse. Die Beiträge berücksichtigen dabei drei Dimensionen: erstens die Ebene der Akteure, also der Kräfte, die die Debatte bestimmen; zweitens geht es um konkrete Themenfelder, in die mit Konzepten, -Thesepapieren etc. interveniert wird; und drittens geht es um die jeweiligen ideologienpolitischen Perspektiven und deren Verortung im Spannungsfeld zwischen Neoliberalismus und völkischem ›Antikapitalismus‹, sowohl unter dem Blickwinkel der innerparteilichen Auseinandersetzungen als auch unter dem der Relevanz für die von der AfD angesprochene Wählerkoalition. Darüber hinaus spannt das Buch einen ideengeschichtlichen Bogen zurück zur sogenannten ›Konservativen Revolution‹, die der Neuen Rechten als eine Art Steinbruch von Ideen und Argumenten dient, die je nach Lage und Intention aktualisiert und angepasst werden.

³⁴ Vgl. Bayertz 2002, 26f.

³⁵ Vgl. Brunkhorst 1997.

³⁶ Vgl. Kaiser 2020, 39.



Produktion zu pflegen.³⁷ Kaiser kritisiert – mit Bezug auf Sahara Wagenknecht und Alexander Rüstow – das von ihm sogenannte leistungslose Spitzeneinkommen.³⁸

Dieses Leistungsprinzip begründet bemerkenswerterweise Kaiser in Bezug auf preußische Tugenden. „Wer also wirklich Leistungsgerechtigkeit und die Belohnung von Fleiß und Arbeitsbereitschaft herstellen möchte, muß einige der derzeitigen Wirtschaftsverhältnisse und Reichtumsmechanismen als illegitim verwerfen. Denn sie schüren weiter wachsende Vermögensungleichheiten, die weder mit dem sozialkonservativ-„preußischen“ Prinzip des gerecht entlohnten ‚Dienstes‘ an der Gemeinschaft noch mit dem liberalkonservativ-„rheinischen“ Prinzip des schaffenden und risikotragenden Unternehmertums zu rechtfertigen sind, weil sie an ihrer Spitze nicht (mehr) auf Fleiß, Leistung, Tugend, Weiterbildung usw. zurückzuführen sind.“³⁹

Aus dem Hintergrund der an Spenglers „Preußentum und Sozialismus“ erinnernde Betonung von preußischen Tugenden, kommt Kaiser zu einer differenzierteren Definition von solidarischen Patriotismus: „Ein solidar-patriotisches Modell der Gesellschaft fördert Arbeit und ein positives Verständnis von ihr, gewichtet Leistung über Müßiggang und stellt ‚preußische‘ Vorstellungen von Dienst, Pflicht und Arbeitsbereitschaft für das große Ganze wieder in den Vordergrund.“⁴⁰ An anderer Stelle spricht er von einer „solidarischen Leistungsgemeinschaft“⁴¹.

Dieses preußisch verstandene Leistungsprinzip dient Kaiser jedoch nicht nur dazu, die ungerechte Verteilung von Einkommen und Vermögen in der Gesellschaft zu kritisieren, sondern daraus folgen Ressentiments gegenüber den sozial Schwachen. Angeblich Faule und Arbeitsverweigerer sollten notfalls zur Arbeit gezwungen werden. „Die derzeit punktuell auftretende, bereits angesprochene ‚soziale Hängematte‘ ist in einem so umrissenen Denken keine Option; entsprechende Abhilfen wären ein verpflichtender Gesellschaftsdienst als erbrachte Gegenleistung zu gewährten staatlichen Hilfen.“⁴² Auch bei Höcke spielen preußische Tugenden eine zentrale Rolle.⁴³

Dieses Leistungsprinzip bildet somit die ideologische Grundlage eines Populismus, der das hart arbeitende Volk gegen eine angeblich korrupte Elite abgrenzt. Das Leistungsprinzip dabei ist autoritär, da Leistung nicht als individueller Nutzen, sondern als Dienst für die Gemeinschaft verstanden wird. Somit ist auch das Leistungsprinzip ethnisch aufgeladen. Der sich daraus ableitende Populismus ist rechts, weil aus seiner Sicht nicht nur die Elite, sondern auch Migrant:innen und Arbeitsfaule keine Leistung für die nationale Gemeinschaft erbringen würden.

4) EXKLUDIERENDE SOZIALSTAATLICHKEIT

Aus den beiden Grundprämissen des identitären Solidaritätsbegriffs und des autoritären Leistungsprinzips folgt eine ganz bestimmte Konzeption von Sozialstaatlichkeit die als spezifisch „rechts“ charakterisiert werden kann.

Das Sozialstaatskonzept des solidarischen Patriotismus ist durch zwei exkludierende Mechanismen charakterisiert. Weil nach dem solidarischen Patriotismus der Sozialstaat auf einer – nicht nur kulturell, sondern auch ethnisch verstandenen – Solidargemeinschaft beruht, sollen Migrant:innen aus dem sozialen Leistungsbezug ausgeschlossen werden (Sozialchauvinismus). Und weil dieses identitäre Solidaritätskonzept mit einem autoritären Leistungsprinzip verwoben ist, werden auch angeblich Arbeitsunwillige sehr restriktiv behandelt (Produktivismus). Die beiden Charaktermerkmale verbinden sich darüber hinaus und stellen eine „Kulturalisierung des Produktivismus“ dar.⁴⁴ Migrant:innen gehören demnach nicht nur ethnisch nicht zur Solidargemeinschaft, sondern sie haben zusätzlich auch keine Leistungen eingebracht bzw. in die Sozialsysteme eingezahlt.

Aus rechter Perspektive ist der Sozialstaat an sich nicht nur durch diese exkludierenden Mechanismen bestimmt, sondern die Funktionsweise des Sozialstaates steht in einem größeren Zweck-Mittel-Zusammenhang. Gemeint damit ist, dass der spezifische Aufbau des Sozialstaates in Deutschland Wirkungen entfaltet. Zum einen der angebliche Pull-Effekt, der ein Anreiz für Migration nach Deutschland darstellt. Und zum anderen ein angeblicher Anreiz, dass sich Menschen eher für Bürgergeld als für Arbeit entscheiden würden.

Kaiser folgt dem Vorurteil, dass angeblich zu viel Geld über Hartz-IV-Leistungen an Ausländer ausgegeben werden würde. Daraus folgen, so die Behauptung von Kaiser, ohne es zu begründen, sogenannte Pull-Faktoren, die Migration nach Deutschland anregen würden.⁴⁵ Mit Bezug auf Rolf Peter Sieferle betont Kaiser, dass der Sozialstaat ein „Club mit definierter Mitgliedschaft“ sein müsse.⁴⁶ Ein funktionsfähiger Sozialstaat müsse nach Kaiser die Einwanderung begrenzen. „Masseneinwanderung und Sozialstaat sind auf Dauer unvereinbar; die Befürwortung einer relativen ethnischen Homogenität und die Absage an forcierte Zuwanderung ergeben sich als logische Folgen.“⁴⁷

Auch Maximilian Krah behauptet, dass der Sozialstaat zu viel für Ausländer ausgeben würde. Ohne es empirisch zu belegen, behauptet Krah, dass der Anteil der Ausländer an der Grundversicherung bei 50 % liegen würde.⁴⁸ Dies habe zur Folge, dass Pull-Faktoren entstünden. „Der Sozialstaat belastet überpro-

37 Kaiser 2020, 34f.

38 Vgl. ebd., 158.

39 Ebd., 162.

40 Ebd., 139f.

41 Ebd., 236.

42 Ebd., 140.

43 Vgl. Veiglhuber / Weber 2023, 78ff.

44 Abts et al. 2020, 23.

45 Vgl. Kaiser 2020, 39.

46 Ebd., 266.

47 Ebd.

48 Krah 2023, 154.

portional die deutsche Arbeitsbevölkerung und dient deutlich überproportional Einwanderern. Damit wirkt er als Einwanderungsmagnet.⁴⁹ Für Krah stellt der Sozialstaat nicht nur einen Wert an sich dar, sondern spielt eine zentrale Rolle in einer von ihm geforderten Migrationspolitik, in deren Zusammenhang Krah den Begriff Remigration benutzt: „Die Remigration der nicht Integrationswilligen und -fähigen kann nur in großer Zahl gelingen, wenn sie kooperieren. Hierzu müssen die richtigen Anreize gesetzt werden. Ökonomisch muß der Sozialstaat so umgebaut werden, daß er zielgenau die tatsächlich Bedürftigen schützt, aber nicht zur Hängematte Leistungsscheuer wird.“⁵⁰

Nach Krah soll der Sozialstaat grundlegend umgebaut⁵¹ und radikal eingeschränkt werden, indem Migrant:innen und angeblich Arbeitsscheue von sozialstaatlichen Leistungen ausgeschlossen werden. Aber Krah will den Sozialstaat nicht komplett abschaffen, sondern folgt den Grundüberlegungen des solidarischen Patriotismus. Gegen die autoritär-liberale Richtung betont Krah: „Die politische Rechte darf nicht unsozial sein, der Ausgleich von Lebenschancen, Teilhabe und Lebensrisiken ist ein rechtes Anliegen.“⁵²

Und auch Björn Höcke bringt seine Grundgedanken zu einer exkludierenden Sozialstaatlichkeit zum Ausdruck, wenn er schreibt: „Die soziale Frage der Gegenwart ist nicht primär die Verteilung des Volksvermögens von oben nach unten, unten nach oben, jung nach alt oder alt nach jung. Die neue deutsche Soziale Frage des 21. Jahrhunderts ist die Frage nach der Verteilung des Volksvermögens von innen nach außen.“⁵³

5) FAZIT

Der solidarische Patriotismus ist das Schlagwort für den sozialpolitischen Ansatz, der von der völkisch national-sozialen Richtung der Neuen Rechten vertreten wird. Der solidarische Patriotismus und dessen Sozialstaatskonzeption ist durch Sozialchauvinismus und Produktivismus geprägt. Diese Charakteristika erfahren ihre Rechtfertigung durch die Annahme einer kulturell und ethnisch homogenen Solidargemeinschaft und eines autoritären Leistungsprinzips. Es wurde kritisch aufgezeigt, dass dabei der dem zugrundeliegenden Ethnopluralismus als pseudowissenschaftlich zu bewerten ist und dass es Alternativen zu einem identitären Solidaritätsbegriff gibt.

Aus diesen Grundsätzen folgt ein Konzept einer exkludierenden Sozialstaatlichkeit. Aus dem Sozialstaat sollen Menschen, die nicht zur ethnisch verstandenen Solidargemeinschaft gehören, ausgeschlossen werden (Sozialchauvinismus). Und auch Menschen, die in die Sozialsysteme nicht eingezahlt haben (Migrant:innen) und welche, die Leistung verweigern (soziale Hängematte), sollen ausgeschlossen werden (Produktivismus).

Außerdem wird der Sozialstaat von rechts aus der Perspektive der Migrationspolitik betrachtet und die konkreten sozialstaatlichen Leistungen danach bewertet, ob sie Effekte auf die

Einwanderung nach Deutschland oder auf die Leistungsbereitschaft der Bevölkerung haben.

Trotz der starken Bewertung der sozialen Frage und der kapitalismuskritischen Rhetorik der Vertreter des solidarischen Patriotismus kommen sie der autoritär-liberalen Richtung innerhalb der Neuen Richtung entgegen, da sie für einen schlanken Sozialstaat werben. Trotz der explizit hervorgehobenen Abgrenzung zum autoritären Liberalismus teilt der solidarische Patriotismus doch einige Prämissen mit diesem.

LITERATUR

- Abt et al. (2020): The Welfare Agenda of the Populist Radical Right in Western Europe: Combining Welfare Chauvinism, Producerism and Populism, in: Swiss Political Science Review 27(1), 21-40.
- Bayertz, Kurt (2002): Begriff und Problem der Solidarität, in: Ders. (Hg.): Solidarität. Begriff und Problem, Frankfurt a.M., 11-53.
- Becker, Andrea/ Eberhardt, Simon/ Kellershohn (Hg.) (2019): Zwischen Neoliberalismus und völkischem ‚Antikapitalismus‘, Münster.
- Brunkhorst, Hauke (1997): Solidarität unter Fremden, Frankfurt a.M.
- Chueri, Juliana (2022): An emerging populist welfare paradigm? How populist radical right-wing parties are reshaping the welfare state, in: Scandinavian Political Studies 45, 383-409.
- Die Kehre 15/2023.
- Höcke, Björn (2019): Nie zweimal in denselben Fluss, Lüdinghausen/ Berlin.
- Kaiser, Benedikt (2017): Querfront, Schnellroda.
- Kaiser, Benedikt (2020): Solidarischer Patriotismus. Die soziale Frage von rechts, Schnellroda
- Krah, Maximilian (2023): Politik von rechts. Ein Manifest, Schnellroda.
- Lichtmesz, Martin (2020): Ethnopluralismus, Schnellroda.
- Pühringer, Stephan/ Beyer, Karl M./ Kronberger, Dominik (Hg.) (2021): Soziale Rhetorik, neoliberale Praxis. Eine Analyse der Wirtschafts- und Sozialpolitik der AfD, OBS-Arbeitspapier 52, Frankfurt a.M.: Otto-Brenner-Stiftung.
- Sesín, Claus-Peter (2012): Sarrazins dubiose US-Quellen, in: Haller, Michael (Hg.): Mythos vom Niedergang der Intelligenz. Von Galton zu Sarrazin. Die Denkmuster und Denkfehler der Eugenik, Wiesbaden, 27-48.
- Sezession 98 (2020).
- Veiglhuber, Wolfgang/ Weber, Klaus (Hg.) (2022), Höcke I – Deutsche Arbeit & preußischer Staat, Hamburg.

Martin Hauff, Dr. des., arbeitet am Lehrstuhl Politische Ökonomie und Wirtschaftssoziologie an der Goethe Universität Frankfurt

49 Ebd.

50 Ebd., 60.

51 Ebd., 155.

52 Ebd., 154.

53 Zitiert nach Veiglhuber / Weber 2022, 9.



Lützerath und die „Nebelwand“

ERGEBNISSE EINER KRITISCHEN DISKURSANALYSE RECHTER BERICHTERSTATTUNG ZUR POLIZEILICHEN RÄUMUNG IN LÜTZERATH

Von Nicolai Kary



COMPACT-Spezial Nr. 37 (März 2023)

Der Ort Lützerath am Rande des Tagebaus Garzweiler II wurde im Januar 2023 Austragungsort eines klimapolitischen Konflikts. Im Kern ging es um die Frage, ob Lützerath und weitere umliegende Dörfer dem Schaufelradbagger weichen müssen. Lützerath wurde von Klima-Aktivist*innen besetzt. Die polizeiliche Räumung im Januar wurde zum medialen Großereignis. Auch rechte Medien griffen das Thema in ihrer Berichter-

stattung auf. Sie nutzen es als Hintergrundfolie für Verschwörungsideologien und machen Stimmung gegen Klimaschutzprotest.

Bei weitem nicht alle Publikationsorgane am rechten Rand rechnen dem Geschehen in Lützerath einen Nachrichtenwert zu. Für Magazine und Zeitschriften wie *Blaue Narzisse*, *Zuerst!*, *Die Kehre* und auch für die *Deutsche Stimme* ist es kein Thema. Das rechtsextreme Magazin *Compact*, die Wochenzeitschriften *Tichys Einblick* (TE) und *Junge Freiheit* (JF) veröffentlichen hingegen teils tagesaktuelle Artikel zur Räumung in Lützerath. Auch die Online-Plattformen *Achse des Guten* und *Politically Incorrect* (PI-NEWS) veröffentlichen Artikel.

In der Diskursanalyse wurde der Zeitraum zwischen Januar und April 2023 untersucht. Leitend war die Fragestellung, welche diskursiven Strategien im rechten Diskurs zum Tragen kommen und welche sozialen Wirkungen diese entfalten können. Die Analyse erfolgte vor dem Hintergrund, dass rechte Akteur*innen versuchen, das Thema Ökologie neu zu besetzen. Bei der Verbreitung rechter Ideologie sind dafür Publikationskanäle ein entscheidender Faktor (Quent et al. 2022, 99). Dieser Artikel fasst die zentralen Ergebnisse zusammen.

In der Analyse der insgesamt 31 Artikel zur polizeilichen Räumung in Lützerath zeigt sich ein eindeutiger Trend. Für die Autor*innen bietet das mediale Großereignis rund um die Räumung eine Hintergrundfolie, um eine alternative Erzählung zum öffentlichen Diskurs virulent zu machen. Ein verzerrtes Bild des Protestgeschehens bildet die Grundlage zur Delegitimierung, für Verschwörungsideologien und klare Feindbilder.

DELEGITIMIERUNG – „BULLERBÜ“ DER „KLIMA-PSYCHOS“

In einem Artikel des Web-Blogs *Achse des Guten* beschreibt der Autor Claudio Casula Lützerath als ein „Aktivisten-Bullerbü“ (Casula 2023). Abgeleitet ist der Begriff von der Kinderbuchreihe *Wir Kinder aus Bullerbü* der schwedischen Autorin Astrid Lindgren. Wenn bei TE ein Autor den Protest der „Klimakids“ zum „infantilen Trotz“ (Mai 2023b) verklart und bei *pi-news* nicht von Aktivist*innen sondern von „verwöhnten Wohlstandskindern“ (Haferburg 2023) die Rede ist, wird den Aktivist*innen und Demonstrierenden ein kindlich verklartes Weltbild unterstellt. Die Aktivist*innen in Lützerath werden homogenisiert und ihr Protest delegitimiert, indem sie als das binäre Gegenstück zu Erwachsenen dargestellt werden. Dies verfolgt eine adultistische Logik. Bei *pi-news* fällt diese Homogenisierung besonders ins Auge. Hier wird Lützerath zum „Spielplatz der Systemjugend“. Autor Mario Thurnes von TE behauptet, Lützerath sei „halt Realpolitik pur“ (Thurnes 2023), wovon die Aktivist*innen jedoch keine Ahnung hätten.

Eine in den Publikationsorganen immer wieder auftauchende Pathologisierung der Klima-Aktivist*innen ähnelt diesem Verfahren. Ein Autor bei TE bringt Luisa Neubauer mit „Paranoia“ und „Halluzinationen“ in Verbindung (vgl. Mai 2023a / Mai 2023c). Bei *Compact* ist die Rede von „Klima-Psychotikern“ oder auch „Klima-Psychos“, ihren „irren Anhängern“ und von „psychotisch agierenden“ „Letzte-Generation-Krawallos“ (vgl. Pföhringer 2023; Pföhringer 2023a; Pföhringer / Reuth 2023). Das Magazin widmete auch seine Januar-Ausgabe 2023 dem Thema und kündigte sie im gleichen Duktus an: Man zeichne darin ein „aufschlussreiches Psychogramm von Thunberg und den Klimaterroristen“.

Die Pathologisierung und Infantilisierung der Aktivist*innen folgt dabei einer Strategie der Abwertung und zielt darauf ab, den Aktivist*innen die Glaubwürdigkeit zu entziehen und diese zu delegitimieren. In Artikeln von *pi-news*, TE, *Compact* und *Achse des Guten* wird Klimaschutz außerdem als Ideologie oder Religion bewertet.

ENTSACHLICHUNG DURCH BEDROHUNGSSZENARIEN

In allen Publikationsorganen fällt eine Überbetonung der von den Aktivist*innen ausgehenden Gewalt auf. Besonders die Autor*innen der JF und TE bedienen sich einer kriegsähnlichen Rhetorik: Für die JF drohe in Lützerath eine „langwierige Schlacht“ (fh 2023). Der Autor Paul Leonhard findet für die herannahende Räumung in Lützerath die Bezeichnung „Lütze-Gefecht“ (Leonhard 2023). Auch die Aktionen der



Aktivist*innen bekommen in den Artikeln einen martialischen Charakter zugeschrieben. In der *JF* heißt es, Lützerath sei zu einer „Festung“ ausgebaut worden (vgl. fh 2023). Laut *TE* würden sich die Aktivist*innen dabei „bürgerkriegsähnliche[r] Mitteln“ bedienen (Mai 2023a). Mario Thurnes sieht in Lützerath sinngemäß das Vietnam der Grünen (vgl. Thurnes 2023). Auch bei *Compact* wird der Vergleich zu Kriegsszenarien gezogen. Auffallend ist in allen Publikationsorganen, wenn auch in unterschiedlicher Ausprägung, die Herstellung eines Bedrohungsszenarios. Erzeugt wird dies durch die inhaltliche Zusammenführung von Klima-Aktivismus, Linksextremismus und Terrorismus. Dies verfolgt nicht nur das Ziel der Abwertung der Outgroup, sondern schafft Feindbilder. Nicht nur die Bezeichnung ‚Klima-Terrorist‘ findet in den Artikeln über Lützerath in allen Publikationsorganen Eingang. Zahlreiche Begriffe, die ähnliche Assoziationen hervorrufen, werden zur Bezeichnung der Aktivist*innen genutzt, wie „Klimaextremisten“ (Mai 2023a), „Öko-Extremisten“ (Pföhringer 2023) oder „Linksextremisten“ (st 2023).

VON DER GROßEN TRANSFORMATION, DEM WWF UND KULTURMARXISMUS

Die Berichterstattung rahmt das Protestgeschehen in eine weitaus größere Erzählung. Deutlich wird das unter anderem bei einem Autor von *TE*:

„Die Demonstration in Lützerath und die gesellschaftlichen Spannungen [...], zeigen, dass die Klimadebatte die Nebelwand bildet, hinter der die eigentliche Auseinandersetzung stattfindet“ (Mai 2023d)

Die Behauptung, hinter Lützerath und der Klimadebatte verberge sich etwas anderes, wird variantenreich in den Artikeln deutlich. Hinter der „Nebelwand“ vermuten die Autor*innen unter anderem die Durchsetzung eines „Wasserstoff-Utopie“ (Mai 2022d). Die Wasserstoff-Industrie sei Teil der „Großen Transformation“¹ (Mai 2023e) heißt es bei *TE*. In einem ähnlichen Duktus schließt ein Autor von *Achse des Guten* auf einen sich anbahnenden „Stromsozialismus“ (Haferburg 2023).

Wahlweise spielen dabei entweder staatliche Akteur*innen und Institutionen, Akteur*innen aus der Parteienlandschaft oder ‚die‘ Medien eine Rolle. Journalist*innen werden als „dienstfeindlich“ beschrieben und dem „Grün-Medialen-Komplex“ (vgl. Mai 2023a) oder auch den „Systemmedien“ (vgl. Hübner 2023) zugerechnet und tragen mit ihrer „wohlwollenden“ Berichterstattung zu Erreichung eines vermeintlichen dahinterliegenden Ziels bei. Auch die Aktivist*innen in und um Lützerath bekommen von den rechten Autor*innen hier die Funktion der durchsetzenden Kraft eines übergeordneten Plans zugesprochen. In den Worten eines Autors von *TE* werden die Aktivist*innen so zur „grüne[n] Vorfeldorganisation“ (vgl. Mai 2023).

Manchen Autor*innen unterstellen staatlichen Institutionen, den Protest zu unterstützen. Dabei sind einige Interpretationen offen für verschwörungsideologische Auslegungen. In einem Artikel des Magazins *Compact* wird das schon in der Überschrift deutlich. Daniell Pföhringer fragt: „Wer steckt dahinter?“ Im Artikel heißt es, der Präsident des Verfassungsschutz Thomas Haldenwang habe sich einige Wochen vor dem Protest „beinahe freundschaftlich an die Seite der Klimaextremisten gestellt“ (Pföhringer 2023). In einem anderen Artikel in *Compact* heißt es:

¹ Der Begriff „Große Transformation“ ist auch im AfD-Wahlprogramm zu finden und steht Andrea Becker zufolge im Zusammenhang mit der Verschwörungsideologie der *New World Order* und dem *Great Reset*. Mit dem Begriff der *Großen Transformation* schließt der Autor von *Tichys Einblick* an einen 2011 entstandenen Diskurs an. Der Begriff nimmt Bezug auf ein Gutachten des *Wissenschaftlichen Beirates der Bundesregierung Globale Umweltveränderung* (WGBU), welcher im Jahr 2011 eine Studie veröffentlichte, die sich mit notwendigen Transformationsprozessen bei Energiesystemen, Landnutzungssystemen und im urbanen Raum befasste. Becker stellte im DISS-Journal Nr. 42 fest, dass die Ergebnisse der Studie von Rechts zu einer klimapolitischen Verschwörungserzählung umgedeutet werden. Dabei befürchte man unter anderem eine sozialistische Planwirtschaft (vgl. Becker 2022).

Hier möglich Literatur Plakate Wissenschaft

Bücher, Musik, Postkarten,
Filme, Überraschungen.

Greifen Sie hinein!

Wir besorgen jedes
lieferbare Buch, wir
liefern jedes Buch an
jeden Ort.

Buchhandlung Weltbühne, eine gute Angewohnheit

Buchladen,
Antiquariat,
Versandbuchhandlung,
antiquarischer
Suchdienst.

Buchhandlung Weltbühne

47057 Duisburg
Gneisenastraße 226
Tel. 0203-375121

bestellungen@
buchhandlung-
weltbuehne.de

www.buchhandlung-weltbuehne.de

geht doch!



**Wer Bücher
woanders kauft ist
nicht gescheit.**



„Wer sich fragt, woher die ganze Kohle für die [...] Klimateroristen kommt, der sollte sich vor Augen führen, wohin Luisa Neubauer und Greta Thunberg entschwandten, nachdem sie in Lützerath mit ihrer Anwesenheit beehrt hatten [sic!]: Von der dreckigen Schlamm Schlacht ging es direkt ins piekfeine Davos – wo das Weltwirtschaftsforum wieder einmal tagte“ (Pfählinger/ Reuth 2023)

Im gleichen Atemzug machen die Autoren mit der Zwischenüberschrift „Millionen von Rockefeller“ (ebd.) deutlich, wo sie finanzielle Unterstützung für Greta Thunberg und die Klimabewegung außerdem vermuten.

Betrachtet man die in den Artikeln gezeichnete Rolle der Medien und Journalist*innen in Lützerath, ergibt sich das Bild einer von grün- und linkspolitischen Akteur*innen dominierten Medienlandschaft. Medienvertreter*innen kämpfen, überspitzt gesagt, Schulter an Schulter mit den Aktivist*innen oder unterstützen die „Klima-Propaganda“ von Staat und staatlichen Akteur*innen mit einer verzerrten Berichterstattung. Staatliche Akteur*innen werden nicht nur für eine vermeintliche Radikalisierung der Klimabewegung mitverantwortlich gemacht, es kursiert auch die Vorstellung, der klimapolitische Aktivismus sei Ausdruck einer von den „Machtgrünen“ eingehämmerten „Klima-Ideologie“ (Haferburg 2023). Ein Autor von *TE* behauptet, die Grünen hätten das Bild einer „Klimajugend“ erschaffen, „wie in früheren Zeiten die Bilder einer Staatsjugend“ (Mai 2023b). Bei *pi-news* werden die Aktivist*innen ähnlich als „Systemjugend“ markiert (vgl. Hübner 2023).

Die hier gezeichneten Szenarien eröffnen einen Interpretationshorizont, der für gängige verschwörungsideologische Erzählungen aus dem rechtspolitischen Spektrum Anschlusspunkte bietet. Auch die Vorstellung eines Kulturmarxismus findet Eingang in der Berichterstattung. Im Kern geht es in der Erzählung vom Kulturmarxismus darum, die Frankfurter Schule und die 1968er-Bewegung habe einen erfolgreichen Marsch durch die Institutionen vollzogen, welcher zum Ziel habe, das liberale System zu zerstören und einen Sozialismus bzw. Kommunismus zu etablieren. Besonders in der Neuen Rechten herrscht die Vorstellung vor, die 1968er-Proteste hätten politische Verhältnisse geschaffen, die zu einem gesellschaftlichen Werteverfall und zu Bedrohungsszenarien führen.

FAZIT & AUSBLICK

In der Rechtsextremismus-Forschung geht man davon aus, dass der Klimawandel zunehmend für die politische Rechte zum Thema werden wird. Rechte Akteur*innen fordern, das Thema Ökologie von rechts zu besetzen (vgl. Mehnert 2023, 521). Sam Moore und Alex Roberts (2022, 7) nehmen an, dass rechtspolitische Strömungen die Klimakatastrophe zunehmend affirmieren, anstatt sie zu leugnen. Quent et al. (2022, 104) gehen davon aus, dass sich rechte Politik im Hinblick auf klimapolitische Themen stärker auf Sozialverträglichkeit konzentrieren wird. Dies äußert sich auch in der Berichterstattung zu Lützerath, die auf die vermeintlichen Gefahren von Klima-Aktivismus und Klima-Politik konzentriert ist.

In der aktuell laufenden Studie *Von der ‚Corona-Diktatur‘ zur ‚Klima-Diktatur‘?* für das Forschungsinstitut *Gesellschaftlicher Zusammenhalt* gehen Salheiser et al. (2022, 1) zudem davon aus, dass mit der Klimafrage die Gefahr einer gesellschaftlichen Polarisierung einhergehe. Dabei ziele rechte Ideologie im Kern darauf ab, „Abwehrreflexe und politische Einstellungen gegen die ökologische Wende zu verstärken“ (Quent et al. 2022, 99). Auch hierzu trägt die Berichterstattung über Lützerath bei. Die Autor*innen zeichnen das Bild einer sich radikalisierenden Klimabewegung, die hinter der „Nebelwand“ eine ‚Ökodiktatur‘ vorbereite.

Die extreme Rechte versucht durch ständige Wiederholungen eine alternative Erzählung im öffentlichen Diskurs virulent zu machen (vgl. Fielitz/Marcks 2021, 12). Mit der Berichterstattung knüpfen die Autor*innen daran nahtlos an und mobilisieren so auch gegen die ökologische Wende. Dazu werden Begriffe wie „Gutmensch-Fassade“, „Klima-Propaganda“, die „Machtgrünen“, der „Grün-Mediale-Komplex“ oder „Systemmedien“ bereitgestellt, die Kritik an einem vermeintlich grün- oder linkspolitisch hegemonialen Diskurs üben und an rechte verschwörungsideologische Diskurse von der Lügenpresse und vom Kulturmarxismus anschließen. Die gleichzeitige Betonung eines gewaltorientierten Bedrohungspotentials von Seiten der Klimaschutz-Bewegung verstärkt die Erzählung eines Bedrohungsszenarios. Für die rechten Autor*innen eröffnet sich mit dem medialen Großereignis die Möglichkeit, den Protest mit bekannten rechten Strategien zu delegitimieren und dabei das Feindbild Links und Grün zu stärken.

Nicolai Kary studiert Interdisziplinäre Antisemitismusforschung an der TU Berlin und hat sich im Bachelor Soziologie an der Uni Freiburg vor allem mit Ideologien und Strategien der extremen Rechten befasset.

QUELLEN & LITERATUR

- Becker, A. (2022): „Der Reset der großen Transformation“, in: DISS-Journal #42 (2021), <https://www.diss-duisburg.de/2022/01/der-reset-der-grossen-transformation/>
- Casula, C. (2023): „Kurzkommentar: Die dpa hört leise Töne in Lützerath“, in: Achse des Guten Online, 11. Januar 2023, https://www.achgut.com/artikel/kurzkommentar_die_dpa_hoert_leise_toene_in_luetzerath [09.05.2023].
- Fielitz, M./ H. Marcks (2021): Digitaler Faschismus. Die sozialen Medien als Motor des Rechtsextremismus, Berlin.
- fh (2023): „Anwohner verzweifelt: Lützerath-Besetzer verwüsten Nachbardörfer“, in: jungfreiheit.de, 23.01.2023, <https://jungfreiheit.de/politik/deutschland/2023/luetzerath-besetzer-verwuesten/> [02.06.2023].
- Haferburg, M. (2023): „Gründer Absturz am Tagebau“, in: Achse des Guten Online, 11.01.2023, https://www.achgut.com/artikel/gruener_absturz_am_tagebau [09.05.2023].
- Hübner, W. (2023): „Lützerath ist nur ein Spielplatz der Systemjugend“, in: pi-news.net, 09.01.2023, <https://www.pi-news.net/2023/01/luetzerath-ist-nur-ein-spielplatz-der-systemjugend/> [25.04.2023].
- Leonhard, P. (2023): „Auf zum Lütze-Gefecht“, in: Junge Freiheit Nr. 3/23, 13.01.2023.
- Mai, K. (2023a): „In Lützerath heißt Grüne Randalie ziviler Ungehorsam“, in: Tichys Einblick Online, 08.01.2023,

<https://www.tichyseinblick.de/meinungen/luetzerath-raeumung-radikalisierung/> [26.04.2023].

- Mai, K. (2023b): „Greta Thunberg in Lützerath: Sie kam, sah nichts und empörte sich“, in: Tichys Einblick Online, 14.01.2023, <https://www.tichyseinblick.de/meinungen/greta-thunberg-in-luetzerath-sie-kam-sah-nichts-und-hetzte/> [26.04.2023].
- Mai, K. (2023d): „Ein Resümee. Klimabewegte wollen Lützerath zum Symbol machen“, in: Tichys Einblick Online, 15.01.2023, <https://www.tichyseinblick.de/meinungen/luetzerath-resuemee/amp> [25.04.2023].
- Mai, K. (2023e): „Lützerath zwischen Farce und Komödie: Die Grünen sind schon weiter“, in: Tichys Einblick Online, 11.01.2023, <https://www.tichyseinblick.de/meinungen/luetzerath-zwischen-farce-und-komoedie/> [25.04.2023].
- Mehnert, A. (2023): „Rechte Zeitschriften am Beispiel des COMPACT-Magazins“, in: Oliver Scheiding / Sabina Fazli (Hg.): Handbuch Zeitschriftenforschung, Marburg.
- Pföhringer, D. (2023): „Klima-Terroristen: Mollis und Steine in Lützerath“, in: Compact-Online, 11.01.2023, <https://www.compact-online.de/klima-terroristen-mollis-und-steine-in-luetzerath/> [02.06.2023].
- Pföhringer, D. (2023a): „Lützerath: Greta nervt die Polizei“, in: Compact-Online, 18.01.2023, <https://www.compact-online.de/luetzerath-greta-nervt-die-polizei/> [02.06.2023].
- Pföhringer, D./ Reuth, S. (2023): „Kleber, Knete und Killer“, in: Compact Spezial. Klima-Terroristen. Was sie denken – und wer sie bezahlt, Sonderausgabe 37.
- Quent, M./ Richter C./ Salheiser, A. (2022): Klimarassismus – Der Kampf der Rechten gegen die ökologische Wende, München.
- Salheiser, A./ Richter C./ Quent, M. (2022): Von der ‚Corona-Diktatur‘ zur ‚Klima-Diktatur‘? Einstellungen zu Klimawandel und Klimaschutzmaßnahmen – Befunde einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung, Working Paper.
- Moore, S./ Roberts, A. (2022): Außen grün, innen braun – Wie Rechtsextreme Klimakrise und Naturschutz für ihre Zwecke benutzen, München.
- st (2023): „Klima-Terrorismus. Über 1.000 Polizisten: Videos zeigen linksextreme Gewalt in Lützerath“, in: jung-efreiheit.de, 11.01.2023, <https://jungfreiheit.de/politik/deutschland/2023/gewalt-in-luetzerath/> [02.06.2023].
- Thurnes, M. (2023): „Grüne offenbaren in Lützerath ihre Lügen, Fehler und Widersprüche“, in: Tichys Einblick Online, 12.01.2023, <https://www.tichyseinblick.de/meinungen/gruene-offenbaren-in-luetzerath-ihre-luegen-fehler-und-widersprueche/> [26.04.2023].

Die Zeitschrift N.S. Heute und der Stand des Neonazismus

Seit 2017 erscheint im Dortmunder Sturmzeichen Verlag das neonazistische Magazin N.S. Heute (NSH).¹ Herausgegeben wird die NSH vom Inhaber des Verlages, Sascha Krolzig, der zeitweise einer der beiden Bundesvorsitzenden der Partei Die Rechte war. Die Autor:innenschaft liest sich wie ein who is who der Neonaziszene. Sowohl Mitglieder der Parteien Die Rechte, NPD (jetzt Die Heimat) und Der III. Weg sind vertreten, als auch ehemalige Mitglieder zahlreicher inzwischen verbotener Parteien und Organisationen. Das Magazin richtet sich ‚nach innen‘ – an eine aktivistische Leser:innenschaft. Die NSH erschien bisher i.d.R. zweimonatlich, laut Eigenangabe mit einer Auflage von 1000 bis 1500 Exemplaren.

STRATEGIEDEBATTEN IN DER NSH

Entsprechend der adressierten Leser:innenschaft ist die NSH ein Ort für Strategiedebatten des ‚nationalen Widerstands‘. Hierbei fällt auf, dass auf eine Einigkeit innerhalb des Neonazismus hingewirkt wird. In Organisierungsfragen geht der Trend klar zur Bewegungs-Partei, zur Sammlung, zur Überwindung von Differenzen. Historische

¹ Dieser Artikel wurde erstveröffentlicht im Antifaschistische Infoblatt #142. Eine ausführliche Studie zu N.S. Heute findet sich unter <http://www.diss-duisburg.de/wp-content/uploads/2024/02/DISS-Sonderheft7web.pdf>

Neonazismus zwischen Bürgerkrieg & Bürgernähe

Themen, Positionen und Strategien in der Zeitschrift N.S. Heute





Streitigkeiten werden zurückgestellt, inhaltliche Differenzen ausgehalten und die Führungsfrage wird nicht explizit gestellt. Insbesondere mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts im NPD-Verbotsverfahren gilt die Organisationsform Partei in neonazistischen Kreisen als repressionsicher.

In Hinblick auf ethnische und organisatorische Sammlungsbewegungen, die im Osten Deutschlands stattfinden sollen, werden auch positive Bezüge auf das Konzept der ‚national befreiten Zonen‘ hergestellt. Dieses wird im Sinne der ursprünglichen Idee von lokaler Hegemonie interpretiert, u.a. durch die Etablierung exklusiver neonazistischer Projekt- und Wirtschaftsnetzwerke.

Die *NSH* ist ebenfalls ein Forum, in dem sich verschiedene Vorfeldorganisationen, Medienprojekte und (soziale) Initiativen des Neonazismus vorstellen. Dazu zählen auch Akteure des Rechtsrock, der innerhalb der Szene einerseits als wichtiger wirtschaftlicher Faktor für den Neonazismus gilt, andererseits durch weitreichende auch internationale Vernetzung ein organisatorischer Grundpfeiler ist. Die neonazistische Musikszene wird weiter als zentrales Rekrutierungsfeld wahrgenommen.

Auf europäischer Ebene strebt man eine Sammlung bzw. Vernetzung an. Die Zusammenarbeit mit faschistischen Organisationen anderer europäischer Länder wird in der *NSH* regelmäßig porträtiert. Diese Kooperationen erschweren den sonst in der neonazistischen Szene üblichen Revanchismus und Revisionismus, erscheinen aber notwendig zur Bekämpfung äußerer Feinde. So entstehen neue Sagbarkeiten jenseits von ‚(Gebiets-) Verzicht ist Verrat‘.

Kontroversen gibt es in der *NSH* vor allem im Zusammenhang mit der Außenwirkung des ‚Nationalen Widerstands‘. Einerseits gelten der Skandal und die Provokation mit NS-Symbolik weiterhin als eine wichtige Ausdrucksform – nur so könne man als glaubwürdige Fundamentalopposition wahrgenommen werden. Andererseits gibt es in der *NSH* auch Stimmen, die dieses Auftreten kritisieren und auf eine Modernisierung der

öffentlichen Selbstinszenierung zugunsten einer größeren Anschlussfähigkeit drängen.

DAS VERHÄLTNIS ZUR AfD UND ANDEREN SPEKTREN

Im Verhältnis zu anderen Spektren der extremen Rechten wird das Konzept der ‚Mosaik-Rechten‘² aufgegriffen, das eine gewisse Heterogenität als vorteilhaft für eine arbeitsteilige, aber gemeinsame Verschiebung des Diskurses begreift. Das Verhältnis zur *AfD* bewegt sich in der *NSH* in einem Spektrum von radikaler Ablehnung bis hin zur Hoffnung, dass diese Partei Wegbereiter für die eigene Politik sein könnte. Von Einigen wird die Partei in einen opportunistischen Rechtspopulismus eingeordnet, der keine wahre Systemalternative darstelle. Kritikpunkte sind dabei die Abgrenzung der *AfD* vom NS, ein staatstragendes Auftreten und insbesondere ein vorgeblich positives Verhältnis zu Judentum und Israel.³ Am anderen Ende des Sagbarkeitsfeldes erscheint die *AfD* als nützlich, denn sie trage zur Normalisierung extrem rechter Positionen bei.

Das Auftreten rechter und rechtsoffener Protestmilieus angefangen bei *PEGIDA*, rassistischen Mobilisierungen wie etwa in Chemnitz oder im Zuge der Corona-Krise und des Krieges in der Ukraine wird in der *NSH* aufmerksam verfolgt und als vielversprechend begrüßt. Angehörige dieser Milieus gelten als Adressaten für Agitation, die Protestbewegungen als Rekrutierungsfeld. Es wird konstatiert, dass der Anschluss an rechte Protestmilieus zunehmend besser gelänge. In diesem Zusammenhang nehme auch die Mobilisierungsfähigkeit von Neonazis über ihre eigenen Kreise hinaus zu.

EINE NEUES SELBSTBEWUSSTSEIN VON DER SZENE ZUR BEWEGUNG

Deutsche Neonazis haben die letzten Jahre als stärkend erlebt. Sahen sie sich selbst 2017 noch marginalisiert und ihre Positionen tabuisiert, so sehen sie sich heute als Gewinner der multiplen Krisen der letzten Jahre. Auch ein gesellschaftliches Klima in Deutschland kommt ihnen zugute, in dem laut Umfragen die *AfD* zweitstärkste Partei bei den Bundestagswahlen wird. Gleichwohl ist die Gegenwartsanalyse in der *NSH* geradezu apokalyptisch. Das ‚Volk‘ sei nahezu ‚zersetzt‘, die ‚demografische Katastrophe‘ fast vollzogen, der ‚Volkstod‘ nahe. Um mit diesen ‚Katastrophen‘ umzugehen, gelte es von der Szene zur Bewegung zu werden. Um dem Kommenden etwas entgegenzusetzen zu können, reiche eine subkulturelle und gesellschaftlich marginale Szene nicht aus, vielmehr brauche es eine verschworene Kampfgemeinschaft „politischer Soldaten“. Es müsse ein politischer Alltag geprägt werden, sowie exklusive gegenseitige Hilfe und (klandestine) Vernetzung sollen auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Dafür werden mit großem Nachdruck die Herstellung von Wehrhaftigkeit gefordert und in diesem Kontext etwa neonazistische Kampfsportprojekte porträtiert. Angriffe auf migrantisierte Personen sind implizit Thema, wird doch das Szenario eines bereits laufenden ‚Rassenkriegs‘ heraufbeschworen. Be-

² Vgl. zu diesem Konzept DISS-Journal 44/2022, 11-14.

³ Vgl. dazu in diesem Heft den Artikel von Jessica Hösel.

Antifaschistisches
Info Blatt
Nr. 142 / Frühjahr 2024 / 3,50 EUR / Ausland 4,50 EUR

- Drohende Auslieferung von Antifas nach Ungarn
- Verbot der Artgemeinschaft
- Geheimgespräche in Potsdam
- Stiftungsarbeit von rechts
- Eine neue Ära der Überwachung
- Früher Straßenterror, heute Hardtekk

UNGARN?
UNGARN.

AIB 142
Frühjahr 2024
OUT NOW!
JETZT BESTELLEN

www.antifainfoblatt.de

waffnung wird im Zusammenhang mit Waffengesetzen auf legalistischer Ebene thematisiert und Angriffe auf politische Gegner:innen werden erwogen, vorgeblich stets nur in Situationen der Selbstverteidigung. Auch ‚Anti-Antifa‘-Konzepte, bereits seit den 90er Jahren mit unterschiedlicher Intensität betrieben, werden in der *NSH* erneut aufgegriffen.

Demonstrationen als politische Ausdrucksform werden kontrovers diskutiert: Allgemein wird eine Abkehr von einer ressourcenaufwändigen großen Zahl kleiner Demonstrationen gefordert, stattdessen fokussiert man auf einzelne gut mobilisierte Großevents. Bei diesen teils international beworbenen Veranstaltungen verspricht man sich, ein Zeichen der Stärke nach innen wie außen senden zu können. Ebenfalls ist die eigene Teilnahme an einem Demonstrationsgeschehen in Europa relevant. Treffen am Rande dieser Demonstrationen dienen der europäischen Vernetzung.

METASTRATEGIEN: DER WEG ZUR MACHT

Um die politische Macht zu übernehmen, werden in der *NSH* maßgeblich drei Strategien diskutiert, wobei der parlamentarische Weg nur von wenigen als realistische Option wahrgenommen wird: Im katastrophischen Diskurs des Neonazismus, der eine absolute Dringlichkeit vermittelt und sich mitten im Bürgerkrieg wähnt, werden stattdessen ‚Tag X‘-Szenarien diskutiert. Ausgelöst werde dieser durch eine Krise oder ein

konkretes Ereignis, das man auch selbst herbeiführen könnte. Die strategische Option ist hier ein bewaffneter Umsturz, ein Putsch, eine Erlösung von der verhassten Demokratie hin zu einer faschistischen Neugeburt. Als weitere Option wird die Metapolitik diskutiert. Mit einer Strategie des Kulturkampfes sollen die Mythen von ‚Rasse‘, ‚Volk‘ und ‚Nation‘ im kollektiven gesellschaftlichen Bewusstsein verankert werden. Als dritte Option werden die Sammlung und Ansiedelung vor allem in Sachsen oder Thüringen gesehen, um sich dort den ‚ethnokulturellen Fortbestand‘ des homogenisierten ‚Volkes‘ zu sichern. Dabei herrscht das Primat des Volkskonstruktes gegenüber der Idee des angestammten Territoriums vor. Von der Sammlung aus, wird an eine Sezession gedacht (‚Säxit‘), um von dort zu einer ‚Reconquista‘, einer Rückeroberung der zuvor taktisch aufgegebenen Gebiete, kommen zu können.⁴

Für den Zeitpunkt nach der Machtübernahme wird eine ‚Remigration‘ als absolute Notwendigkeit betrachtet. Ethnische Säuberungen gehen dabei einher mit einer Bestrafung politischer Gegner:innen.

In der *NSH* laufen viele Fäden des (militanten) Neonazismus zusammen. Die Zeitschrift weiterhin im Blick zu behalten, lohnt sich zweifellos, nirgendwo sonst findet sich momentan eine solche Breite an neonazistischer Ideologie und Strategie.

Populismus und seine ausgrenzenden Effekte als gesellschaftliche Entwicklung

BERICHT ÜBER EINEN WORKSHOP IM DISS

Von Margarete Jäger & Iris Tonks

Populistische Politikansätze sind nicht nur in Europa, sondern weltweit auf dem Vormarsch. Vor diesem Hintergrund fand Anfang November in Kooperation mit der Radboud Universität Nijmegen in unserem Institut ein Workshop unter dem Titel Populismus und seine ausgrenzenden Effekte als gesellschaftliche Entwicklung statt.⁵

Populistische Ansätze zeichnen sich dadurch aus, dass sie scheinbar einfache Lösungen für komplizierte Sachverhalte bieten. Doch ziehen sie zumeist neue gesellschaftliche Probleme wie etwa Ausgrenzungen bestimmter Personengruppen nach sich. Nicht nur in Deutschland, sondern auch in den Nie-

derlanden – das hat die jüngste Parlamentswahl in den Niederlanden unmissverständlich deutlich gemacht – rückt das Thema Populismus immer mehr in den Vordergrund und wird die politische Zukunft unserer Länder mitbestimmen. Erwartbar wird Populismus auch bei den bei den Europawahlen 2024 eine Rolle spielen.

Im Workshop wurde ein Bogen gespannt von der Theorie und Anwendung der Kritischen Diskursanalyse auf populistische Fragestellungen (Dr. Margarete Jäger; Iris Tonks), über grundlegende Konzepte populistischer Bewegungen (Helmut Kellershohn) sowie über den Populismus niederländischer Politiker

⁴ Vgl. zu diesen Strategien den Artikel von Helmut Kellershohn in diesem Heft.

⁵ Der Workshop wurde unterstützt und ermöglicht durch den EUREGIO-Kleinprojektfond, Interreg Deutschland-Niederland.



und Parteien angesichts der Wahlen zur 2. Kammer im November 2023 (Dr. Koen Vossen) bis zu den Ausprägungen des Populismus in den politischen Systemen Lateinamerikas und in Europa (Dr. Saskia Lovell-Ruth).

Im Anschluss daran fand eine Diskussion über mögliche grenzüberschreitende Forschungs- und Kooperationsmöglichkeiten statt. Dabei wurden der Bedarf an wissenschaftlicher Analyse über Populismus, die Aufklärung der Bevölkerung über seine Gefahren und die politische Bildung, vor allem der Jugend, im Hinblick auf Demokratiebildung herausgestellt und als ein wichtiges Ziel von Politik, Medien und Zivilgesellschaft in der Europäischen Union beschrieben.

Vor allem Im Hinblick auf die politische Bildung fand ein Projekt Beachtung, das von Dr. Saskia Lovell-Ruth in den letzten vier Jahren durchgeführt wurde: Das Erasmus+-Projekt DEMOGAMES zur Demokratiebildung. Dabei wurden wissen-

schaftlich basierte Spiele für die Jugendarbeit entwickelt, die sich mit dem Thema Demokratie auseinandersetzen. Diese Spiele eignen sich aber auch für den Einsatz in der Lehre (vgl. <https://saskiaruth.com/gamification/>). Die Entwickler*innen gehen davon aus, dass sich Spiele besser eignen, um demokratische Werte und Kenntnisse über demokratische Institutionen zu vermitteln, als das Lesen wissenschaftlicher Texte. Spiele sind narrativbasiert; es geht um Reden über Demokratie in Fokusgruppen, um Interviews und Analysen sowie um die Anwendung in der Gesellschaft.

Insgesamt machte die Diskussion im Workshop deutlich, dass ein großes Interesse an einer grenzübergreifenden Zusammenarbeit mit Partner*innen in Deutschland besteht. Im Hinblick darauf soll im nächsten Jahr erneut ein Projekt bei der Euregio Rhein-Waal beantragt werden, in dem vor allem das Thema der Demokratiebildung im Mittelpunkt steht.

Tausend feine Risse

DER FORSCHUNGSBERICHT ZUM DISS-PROJEKT ‚JUDENTUM‘ IN DER DEUTSCHEN ALLTAGSPRESSE LIEGT VOR

Von Jobst Paul

Mit ihrer Förderbekanntmachung *Aktuelle Dynamiken und Herausforderungen des Antisemitismus* verband die Bundesregierung im April 2020¹ zwei große Gesten: Zum einen wandte sie sich mit einem 700 Millionen-Forschungsprogramm ausdrücklich an die deutschen Geistes- und Sozialwissenschaften. Und zum andern rief sie zu einer bundesweiten wissenschaftlichen Vernetzung auf, um dem Kampf gegen Antisemitismus ein nachhaltiges institutionelles Instrument an die Seite zu stellen. Ergebnis war die Bildung von zehn Forschungsverbünden, die sich mit einer Fülle von Einzelprojekten am *Forschungsnetzwerk Antisemitismus im 21. Jahrhundert* (FoNA21) beteiligen.

Im Verbund *Jüdische Reaktionen auf Antisemitismus. Die Entgrenzung des Sag- und Machbaren in der jüdischen Ritualpraxis* (2021 – 2024) haben sich die Hochschule für Jüdische Studien Heidelberg (Frau Rabbinerin Prof. Birgit Klein) und das DISS (Dr. Jobst Paul) zusammengeschlossen.

In der Heidelberger Projektgruppe mit Frau Rabbinerin Ulrike Offenbergh und der Wissenschaftlerin Jessica Hösel steht die Frage im Mittelpunkt, „ob und in welchem Ausmaß Juden und Jüdinnen durch die christlich konnotierten, ablehnenden Haltungen in ihrer eigenen religiösen Praxis beeinflusst werden.“

Wie schränken negative Reaktionen, feindselige Äußerungen oder sogar körperliche Übergriffe die jüdische Religionsausübung ein und – vor allem – welche Effekte hat das auf die Betroffenen und ihr Alltagsleben? Ziel des Projekts sind nicht nur Aussagen- und Tiefenanalysen von Interviews von Betroffenen, sondern auch das Empowerment von Jüdinnen und Juden: Sie werden mit ihren Erfahrungen und Sichtweisen auf jüdische Religion und jüdische Religionspraxis an die Öffentlichkeit treten – in Form von audio-visuellen Materialien.

Ziel des Projektes ist zum einen ein Empowerment von Juden und Jüdinnen in Bezug auf die öffentliche Sichtbarmachung jüdischer Rituale und Traditionen, zum anderen die Vermittlung jüdischer Praxis und Religiosität an nichtjüdische Akteure, um Praktiken der Abwertung in christlicher Theologie, Lehre und in öffentlichen Diskursen entgegenzuwirken.

Der Duisburger Projektteil beleuchtet die andere Seite, den Mehrheitsdiskurs. In Form einer diskursanalytischen Medienanalyse zu ‚Judentum‘ in der deutschen Alltagspresse sollten jene Strukturelemente im Diskurs ermittelt werden, „die nach wie vor für das ‚othering‘ verantwortlich sind, obwohl der politische und mediale Diskurs in großer Breite nunmehr den ‚Kampf ge-

1 https://www.bmbf.de/bmbf/shareddocs/bekanntmachungen/de/2020/04/2924_bekanntmachung.html.

gen Antisemitismus‘ thematisiert.“ Da das der Analyse zugrunde gelegte Textarchiv zwischen Januar und März 2021 erhoben wurde, stellte sich insbesondere die Frage, ob und in welcher Form sich das Festjahr *1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland*, das im März 2021 eröffnet wurde, im aktuellen Mediendiskurs niederschlägt.

Die Analyse konnte auf Vergleichsdaten aus einer historischen Diskursanalyse zurückgreifen, die das DISS vor einigen Jahren zum deutsch-jüdischen Diskurs im 19. Jahrhundert durchführte, der vom Widerstand gegen Antisemitismus und gesellschaftlicher Marginalisierung geprägt war.² Den Kern der anti-jüdischen Rhetorik bildete während des gesamten Jahrhunderts die ethische Diskreditierung des Judentums. In Fortsetzung der christlich-antijüdischen Tradition in den Jahrhunderten davor und der Kirchenväter sprach man dem Judentum insbesondere das Ethos der Nächstenliebe ab (das in Wirklichkeit die Mitte der Tora bildet) und reklamierte dieses Ethos in einem Akt der ‚ethischen Enteignung‘ nun als eigenen Wert, womit das Christentum das Judentum als maßgebliche Religion seit 2000 Jahren abgelöst habe. Von daher wurde auch der jüdische Ritus als ‚leer‘ diskreditiert.

Aus der Diagnose des Antisemitismus als ‚ethischer Enteignung‘ des Judentums und als Diskreditierung des jüdischen Ritus (als ‚leer‘ und fremd) konnten ganz konkrete Fragestellungen entwickelt werden, die im Rahmen einer aktuellen Diskursanalyse an den heutigen Medien-Diskurs herangetragen wurden. So sollte geklärt werden, wie im aktuellen Mediendiskurs auf der einen Seite über die jüdische Religionsausübung berichtet wird, welcher Stellenwert auf der anderen Seite dem Judentum als Träger von ethischen Werten zukommt und wie jüdischer Ritus und jüdische Ethik im Wechselverhältnis gesehen werden.

Der soeben veröffentlichte Forschungsbericht³ kommt dabei aufgrund detaillierter Analysen zu sehr eindeutigen Ergebnissen:

Danach finden sich in den untersuchten Medienberichten aus über 120 unterschiedlichen Medien praktisch keine frontal antisemitischen Zuschreibungen. Überraschend ist auch, dass nahezu ein Drittel des Mediendiskurses über Judentum der Berichterstattung über die jüdische Religionspraxis gewidmet ist.

Dieses vermeintlich positive Bild verändert sich aber fast ins Gegenteil, wenn man die Ergebnisse hinsichtlich der Berichterstattung über das Judentum als Träger von ethischen Werten dagegen hält. Danach wird diese ethische Dimension lediglich in 4% des Mediendiskurses (zumeist nur kurz) thematisiert. Noch dramatischer erscheint der Befund angesichts der weiteren Tatsache, dass diese 4% vollständig auf jüdische SprecherInnen zurückgehen.

Daraus ergibt sich, dass nicht-jüdische SprecherInnen im Mediendiskurs des Untersuchungszeitraums keine ethische Dimen-

sion des Judentums thematisiert haben, dass diese Dimension daher kulturell also offenbar nicht präsent ist. Dieser Befund ist von besonderem Gewicht, als im Mediendiskurs des Untersuchungszeitraums anlässlich der Eröffnung des Festjahrs *1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland* im März 2021 eine Fülle politisch, kulturell und kirchlich relevanter (nicht-jüdischer) SprecherInnen zu Wort kam, über deren Stellungnahmen ausführlich berichtet wurde.

Setzt man diesen Befund ins Verhältnis zu den Ergebnissen der oben erwähnten historischen Diskursanalyse, so ist aus diskursanalytischer Sicht der Raum, in dem über viele Jahrhunderte eine antisemitische Diskreditierung der ethischen Grundlagen des Judentums, bzw. eine ‚ethische Enteignung‘ des Judentums stattgefunden hat, aktuell durch einen Bereich der Nicht-Sagbarkeit ersetzt worden. Von daher kann auch die Frage beantwortet werden, warum und wie vom nicht-jüdischen Mehrheitsdiskurs für jüdische Betroffene nach wie vor massive Signale der Fremdheit und des ‚othering‘ ausgehen, obwohl sich doch der politische und mediale Diskurs in großer Breite dem ‚Kampf gegen Antisemitismus‘ verschrieben hat.

Vor diesem Hintergrund wirft der jetzt veröffentlichte Forschungsbericht zumindest zwei dringliche Fragen auf: Könnte unter bestimmten Umständen jener Bereich der Nicht-Sagbarkeit, in dem das Judentum als Träger ethischer Werte zwar aktuell nicht mehr diskreditiert, aber auch noch immer nicht anerkannt wird, nicht doch wieder antisemitisch ‚reaktiviert‘ werden? Die Nicht-Sagbarkeit in Sagbarkeit zu verändern, d.h. die ethische Dimension des Judentums u.a. über Lehrpläne, den Journalismus und den Kulturbereich – unter Einbezug jüdischer SprecherInnen – zum selbstverständlichen Teil auch des nicht-jüdischen Mehrheitsdiskurses zu machen, erscheint daher die dringlichste Konsequenz aus dem jetzt veröffentlichten Forschungsbericht zu sein.

Zuvor aber erhebt sich die Frage, wie sich der einzigartige Kontrast im Mediendiskurs, den der Bericht beschreibt, aktuell in konkreten diskursiven Details niederschlägt, nämlich zwischen der intensiven Zuwendung zum jüdischen Ritus, der Ausblendung des Judentums als ethischer Kategorie und der Abwesenheit frontaler Antisemitismen: Wie wird ‚Fremdheit‘ im Detail produziert? Dazu zeichnet der Bericht in seinem Hauptteil auf nahezu 200 Seiten anhand einer Fülle von Einzelthemen, die feinen Bruchlinien die vielen schiefen rhetorischen Wendungen, Auslassungen oder Formeln nach, die sich schließlich zu einer noch immer nicht gelingenden Kommunikation der Mehrheitsgesellschaft gegenüber Juden und Judentum verdichtet und die sich vielleicht grob mit den beiden Begriffen des *Paternalismus* und des *Exotismus* charakterisieren lässt.

Louisa Venhoff (Universität Wien, vgl. das nachfolgende Interview) hat es dankenswerter Weise übernommen, zur besseren Orientierung eine Zusammenfassung dieser Hauptteils zu verfassen. Somit umfasst der Forschungsbericht eine inhaltliche und methodische Einführung, eine kompakte Zusammenfas-

2 https://www.diss-duisburg.de/Arbeitsbereiche/staat_gesellschaft_nation.htm; <http://www.deutsch-juedische-publizistik.de/>; <https://www.diss-duisburg.de/edition-deutsch-judische-autoren/>. Vgl. auch: Michael Brocke, Margarete Jäger, Siegfried Jäger, Jobst Paul, Iris Tonks: Visionen der gerechten Gesellschaft. Der Diskurs der deutsch-jüdischen Publizistik im 19. Jahrhunderts, Köln: Böhlau 2009.

3 <https://www.diss-duisburg.de/forschungsnetzwerk-antisemitismus-april-2024/>. Erste Teilergebnisse wurden im Februar und März 2022 veröffentlicht: Vgl. <https://www.diss-duisburg.de/forschungsnetzwerk-feb2022/>



sung der Befunde und – im Hauptteil – die detaillierten Befunde selbst. In einem Anhang folgen sowohl die Zusammenstellung und Erschließung aller verwendeten Medientexte als auch die Bestandteile der entstandenen Datenbank.

*

Angesichts der Ereignisse vom 7. Oktober 2023 und der dramatischen Zunahme antisemitischer Angriffe und antisemitischer

Rhetorik auch in Deutschland erfolgte eine Verlängerung des Projekts bis März 2024, um eine Sondierung im Mediendiskurs zwischen dem 7.10. und dem 7.12.2023 zu ermöglichen. Die Ergebnisse der Sondierung werden im Verlauf des Jahres 2024 als Teil II des Forschungsberichts veröffentlicht werden.

Forschungsbericht: <https://www.diss-duisburg.de/forschungsnetzwerk-antisemitismus-april-2024/>

Textarbeit und Erkenntnisgewinn

Louisa Venhoff (Universität Wien) im Gespräch mit Jobst Paul

J.P.: Du hast die Ergebnisse der Medienanalyse zum Thema „Judentum in der deutschen Alltagspresse“ sehr intensiv gelesen. Was sind Deine Gedanken nach dieser Lektüre, im Vergleich zum Beginn, als Du noch nicht wusstest, was auch Dich zukommt?

Louisa Venhoff: Die Lektüre der Ergebnisse der Medienanalyse hat mich sehr für sprachliche Herabsetzungen, die auf den ersten Blick nicht klar erkennbar sind, sensibilisiert. In der Analyse ist immer wieder deutlich geworden, wie der mehrheitsgesellschaftliche Blick auf das Judentum durch Vergleiche zum Christentum und eine exotistische Darstellung geprägt ist. Außerdem ist mir klar geworden, dass mein Wissen über das Judentum selbst stark geprägt vom (ultra-)orthodoxen Stereotyp und einem oberflächlichen Verständnis einiger Festtage war. Auch wurde Judentum in meiner Umgebung meist in Bezug zu Antisemitismus und Nationalsozialismus thematisiert. Aufgrund dieses Wissensstands war ich besonders von der Darstellung fasziniert, dass im Judentum neben einer religiösen Perspektive insbesondere Werte und Ethiken im Fokus stehen, die eine freie und individuelle Lebensart zulassen.

Könntest Du vielleicht noch näher erläutern, wie und bei welchen Gelegenheiten dieses Wissen, das Du als stark prägend beschreibst, vermittelt wird? Oder wird es vielleicht gar nicht direkt vermittelt? Aber wie entsteht es sonst?

In meiner Erinnerung wurde das Thema Judentum im Schulkontext besonders im Fach Politik besprochen. Dabei lag der Fokus auf den geschichtlichen Ereignissen, also auf Nationalsozialismus und damit einhergehendem Antisemitismus. Eine Vermittlung der Inhalte des Judentums aus dem Judentum heraus, wie es vielleicht im Religionsunterricht möglich gewesen wäre, hat kaum stattgefunden. Eine Ausnahme stellte eine Exkursion auf einen jüdischen Friedhof dar, bei dem allerdings eher eine exotistische Perspektive vermittelt wurde und, genau wie in der Analyse beschrieben, nicht auf Werte und Ethiken im Judentum eingegangen wurde. Die Perspektive der Vermittlung war klar: Christentum und deutsche Geschichte als Fokus.

So habe ich kaum über Wissen, was die tatsächlichen Inhalte der Religion betroffen hätte, verfügt. Verschärft wurde das so oberflächlich und dadurch stereotyp gezeichnete Bild mit Sicherheit über die Art der Berichterstattung, wie mir nun bei der Lektüre der Ergebnisse der Medienanalyse bewusst wurde.

Zu diesen Ergebnissen gleich noch weitere Fragen – zuvor würde mich noch interessieren, wie Du bei der Wissensvermittlung, die Du beschreibst, das Thema Antisemitismus aufgenommen hast. Das heißt, was waren die Schwerpunkte, was sollte gelernt werden? Du betonst sehr, dass die Vermittlung zumeist mit dem Stichwort Nationalsozialismus verknüpft war.

Genau, ich erinnere mich nicht an eine tiefgreifende Analyse oder Darstellung von Antisemitismus abseits des Politik- und Geschichtsunterrichtes. Der Schwerpunkt lag also auf der Vermittlung der deutschen Geschichte, nicht auf Inhalten des Judentums oder einer Darstellung der jüdischen Perspektive auf Antisemitismus und wie Juden diesen im Alltag erfahren. Genau das hätte aber unter Umständen, wie auch durch mehrere jüdische Sprecher*innen in Texten, die in der Medienanalyse enthalten waren, vermutet, einen präventiven Charakter gehabt.

Welche Themen oder Kapitel der Medienanalyse waren für Dich besonders interessant? Oder welche haben Dich besonders beschäftigt?

Zunächst habe ich sehr interessiert den ersten Abschnitt zur Identität des Judentums gelesen, besonders weil mir diese Inhalte bisher vollkommen unbekannt waren. Darin speziell das Konzept der Nicht-Binarität, was eine Vielfalt an Lebensentwürfen erlaubt, die mir im Religionskontext bisher nie begegnet sind. Die detailreichen Einzelinterpretationen der sechs medialen Stellungnahmen haben mir einen Einblick in linguistische Analysen eröffnet, der mir geholfen hat, die restlichen dargestellten Ergebnisse einzuordnen. Aufgrund meines großen Interesses an feministischen Themen fand ich außerdem



die Darstellung der Rolle der Frau im Judentum aus jüdischer Perspektive im Kontrast zur medialen Darstellung besonders interessant.

Ich finde Deinen Hinweis, dass Dir das Konzept der Nicht-Binarität im Religionskontext bisher nie begegnet sei, natürlich besonders interessant. Darf ich dann gleich weiterfragen – warum und inwiefern in Deiner (oder allgemeiner) Erfahrung Binarität und Religion einen so engen Zusammenhang bilden?

Bisher hatte ich häufig den Eindruck, dass Religion Verhaltensweisen in „richtig“ versus „falsch“, „positiv“ versus „negativ“ einordnet. In meiner Lehre in der Schule zum Christentum betraf das zum Beispiel Themen wie Sexualität, Ehe, Umgang mit Mitmenschen. Ich hatte dadurch das Gefühl, dass eine Wertung stattfindet, die auf der dargestellten Binarität beruht. Der Bericht hat im Kontrast dazu dargestellt, dass es im Judentum zum Beispiel verboten ist darüber zu urteilen, wer ein „richtiger Jude“ sei, sich die Nicht-Binarität also sogar auf den Religionsbegriff selbst bezieht. Weshalb der Zusammenhang in meiner bisherigen Erfahrung so eng war, weiß ich selbst nicht. Ich habe aber Religion häufig als „Verhaltensrichtlinie“ für Menschen erlebt, was meist auf einer binären Darstellung fußte.

Du hast zuvor auch angesprochen, dass einige der detaillierten linguistischen Einzelanalysen im Bericht für Dich hilfreich waren, um dann die Ergebnisse insgesamt einzuordnen. Kannst Du vielleicht Beispiele geben? Beziehungsweise, inwiefern sind solche ‚Feinanalysen‘ für ein umfassenderes Verständnis hilfreich?

Da ich selbst nur Grundkenntnisse in Linguistik und linguistischen Methoden habe, war es für mich sehr hilfreich zu verstehen, wie Einzelaussagen im Detail analysiert werden können. Dass man zum Beispiel ermitteln kann, was verschiedene Sprecher*innen unter dem Begriff „jüdisches Leben“ verstehen, obwohl sie gerade vermeiden wollen, allzu konkret zu werden, war sehr instruktiv, etwa wenn allein der Aspekt der Sicherheit im

Vordergrund steht. Wie man dies doch sehr konkret aus dem Kontext erschließen kann, überraschte mich. Auch die häufig betonte exotistische Darstellung des Judentums, die durch die Aussagen entsteht, hat für mich zunächst nicht so auf der Hand gelegen, wurde aber nach dem Lesen der Einzelanalysen plausibel. Da im gesamten weiteren Bericht häufig ein Rückschluss aus den Zitaten auf die zugrundeliegenden Haltungen und Sichtweisen gegenüber dem Judentum gezogen werden, war es sehr hilfreich, diese Vorgehensweise einige Male im Detail zu lesen und zu verstehen, um den restlichen Interpretationen besser folgen zu können.

Hast Du – seitdem Du mit diesen Feinanalysen zu tun hattest – Momente im öffentlichen und Mediendiskurs erlebt, als Dir die Themen oder Details der Analysen in irgendeiner Form in den Sinn kamen?

Definitiv, ich habe Medienartikel und Interviews teils ganz anders gelesen. Der Bezug auf den Kontext einer Aussage und eine Analyse, welche zugrundeliegende Haltung dahintersteckt, war plötzlich viel leichter zu greifen. In Bezug auf die Berichterstattung zum Judentum ist mir dabei immer wieder die in den Feinanalysen herausgearbeitete exotistische Darstellung aufgefallen, also eine Reduzierung der Inhalte des Judentums auf Rituale und Feste und eine „wir Deutschen“ versus „die Juden“ Haltung, die ebenfalls innerhalb der Analysen einzelner Zitate klar geworden war.

Danke wirklich sehr für diese positiven Rückmeldungen und Antworten und natürlich für Deine Mitarbeit am Projekt! Für mich bestätigt sich durch Deine Erfahrungen, dass intensive Textkritik auch im Bereich der antisemitismuskritischen Arbeit ein wichtiges, vielleicht sogar ein unverzichtbares Tool ist, und vor allem (zumindest aus meiner Sicht), dass diese Arbeit ohne ‚Perspektivwechsel‘, d.h. die Hinwendung zu jüdischen Positionen, letztlich keinen erkenntnisbezogenen Rahmen hat.

Warum Antisemiten Alibi-Juden brauchen

EINE KURZE ANALYSE DER JUDEN IN DER AfD (JAfD)

Von Jessica Hösel (Jüdische Hochschule Heidelberg)

Die JAfD ist ein Instrument, um das Jüdische aus dem öffentlichen Diskurs zu verdrängen – auf den ersten Blick eine paradoxe Behauptung, denn eigentlich erwartet man das Gegenteil: dass nämlich eine jüdische Gruppe dabei hilft, jüdische Perspektiven deutlicher zu vertreten. Am Beispiel der JAfD möchte ich dagegen aufzeigen, dass Antisemiten Alibi-Juden benötigen, um die eigene Ideologie zu legitimieren.

Die AfD als Teil der extremen Rechten distanziert sich vordergründig vom Nationalsozialismus und Antisemitismus, pflegt aber ideologisch eine Dichotomie zwischen dem Phantasma eines homogenen Volkes und einer ‚globalistischen Elite‘ aus Medien, Regierung, Gewerkschaften, Kirchen und sonstige Institutionen. Ihr wird unterstellt, die deutsche Gesellschaft mittels Globalismus und Liberalismus, kurz durch einen „Großen Austausch“ zerstören zu wollen (Ayyadi 2023). Da aber Libera-



lismus bzw. Globalismus, wie Volker Weiß (Weiß 2019) gezeigt hat, als antisemitische Chiffren dienen, bleibt die AfD im Kern eine antisemitische Partei, auch wenn sie mithilfe der JAfD versucht hat, sich als ‚pro-jüdisch‘ zu geben. Sehen wir uns genauer an, wie sich die JAfD seit ihrer Gründung 2018 entwickelte und welche Standpunkte sie dabei vertreten hat.

Die JAfD wurde am 07.10.2018 in Wiesbaden gegründet. Vorsitzende der zunächst 24 Mitglieder wurde die Ärztin Dr. Vera Kosova, ihr Stellvertreter aber Wolfgang Fuhl. Er war einst nicht nur Vorstand der Israelitischen Gemeinde Lörrach und Vorsitzender des Oberrates der Israelitischen Religionsgemeinschaft Baden, sondern auch Direktoriumsmitglied des Zentralrats der Juden (ZDJ) (Botsch 2000). 2011 erhielt er den Verdienstorden des Landes Baden-Württemberg und setzte sich für den Neubau der Lörracher Synagoge ein, die 2008 eröffnet wurde (Land Baden-Württemberg 2023). Fuhl ist seit 2013 AfD-Mitglied und Kreisvorsitzender in Lörrach. Sowohl bei der Landtagswahl 2016 als auch bei der Bundestagswahl 2017 scheiterte er als Kandidat, wurde jedoch 2019 ins Kuratorium der AfD-nahen Desiderius-Erasmus-Stiftung berufen (Botsch 2000). Zweiter stellv. Vorsitzender der JAfD wurde Artur Abramovych aus Emmendingen (Jüdische Gemeinde Emmendingen 2023), mittlerweile Mitglied der Israelitischen Kulturgemeinde Bamberg und bei Chabad Freiburg (Botsch 2000). In Bamberg studierte er Literaturwissenschaften.

Ein weiteres Gründungsmitglied ist die Freiburgerin Simone Schermann, die zwar die Partei schon zwei Monate später wieder verließ (Jewiki 2023), jedoch Vorsitzende des Deutsch-Israelischen Arbeitskreises in Ettenheim wurde. Wegen ihres politischen Engagements wurde – erfolglos – ihr Rücktritt gefordert (Bender 2023). Im Jahr 2021 veranstaltete sie in der Synagogengemeinde Bonn eine Diskussionsveranstaltung mit Chaim Noll und Vertretern der WerteUnion, darunter Prof. Dr. Max Otte (WerteUnion 2023) und organisierte im Mai 2023 eine Film-Vorführung mit der JAfD (JAfD 2023). In einem Interview mit *Tichys Einblick* im Jahr 2023 zeigte sie sich sowohl von der WerteUnion als auch von der AfD enttäuscht: Es gäbe keinen Konservatismus in Deutschland (Thurnes 2023).

STRATEGIEN

Die Grundsatzerklärung (Juden in der AfD 2022) der JAfD spiegelt das Ziel der Schaffung eines gemeinsamen Wir-Gefühls zwischen JAfD und AfD als Teil der neurechten Bewegung. Als vermeintlich legitime Vertretung der jüdischen Mehrheit strebt sie eine Delegitimierung des Zentralrats der Juden an, den man – zusammen mit ‚Islam‘ und der ‚Linken‘ – der ‚Elite‘, d.h. den ‚Feinden des Volkes‘, zurechnet und damit auch den Feinden von AfD und JAfD. Der ‚Linken‘ wird unterstellt, sie wolle mittels Migration, „Gender-Mainstreaming und Frühsexualisierung“, „Vergangenheitsbewältigung“ und gar durch Rundfunkgebühren Deutschland zerstören, während AfD und JAfD die einzigen Kräfte seien, die „die besagten Vorgänge konsequent“ anprangerten.

Die JAfD definieren rechtsextreme Ideologeme wie Militarismus, Traditionalismus, autoritäre Strukturen, Nationalismus, das sog. ‚traditionelle‘ Familienmodell als Eigenschaften des Ju-

dentums und subsumieren diese Aspekte teilweise sogar unter dem Begriff „jüdische Ethik“:

„Als Volk des Buches erzieht das Judentum seinen Kindern naturgemäß Achtung vor der Autorität des eigenen Meisters (Rabbi) an, der dem Nachwuchs Selbstkontrolle beibringt. [...] Angesichts des gegenüber Westeuropa bestehenden und zunehmend bedrohlicher werdenden Vorsprungs der Volksrepublik China auf den Gebieten des Handlungswissens scheint eine solche auf Achtung vor Autorität fußende Lernkultur außerhalb des Judentums Not zu tun, wo Lernkultur als Leistungszwang stigmatisiert und jegliche Autorität als faschistoid denunziert wird. Wir glauben, als Juden nur dann eine Zukunft in Deutschland zu haben, wenn eine Wiedererweckung dieses geschichtsvergessenen und seinen eigenen Traditionen entfremdeten Abendlands gelingt, und setzen uns daher für dieses Gelingen ein.“

Das Judentum mit seiner „Heimstätte“ Israel wird als ‚Volk‘ par excellence und somit vorbildhaft für Deutschland bewertet: „Es mangelt den Deutschen daher an dem, was dem Juden selbstverständlich ist: die Pflege der eigenen Tradition, Geschichte und Herkunft.“ Die JAfD versuchen Deutungshoheit darüber erlangen, was als antisemitisch gilt und wodurch sich das Judentum auszeichnet. Antisemitismus verorten sie einzig bei den sog. ‚Linken‘ und beim ‚Islam‘. Ferner konstruieren sie eine völkische Vorstellung vom Judentum und die ‚jüdische Ethik‘ wird insofern umgewertet, als darunter rechtsextreme Ideologeme gefasst werden.

Typisch für JAfD ist also – parallel zur und in der Tradition der extremen Rechten – der Versuch, über den Anspruch der ‚Volksvertretung‘ Deutungshoheit zu erreichen, d.h. hier die Mehrheit deutscher Juden zu vertreten und „eine bislang in der Öffentlichkeit sträflich vernachlässigte und teilweise sogar unterdrückte Haltung [zu] artikulieren, mit der sich ein bedeutender und zunehmend größer werdender Teil der deutschen Judenheit identifiziert.“ Der Zentralrat der Juden wird als ‚Elite‘ herabgesetzt und als jüdische Stimme mit jüdischer Identität delegitimiert. So wird eine antisemitische Strategie verfolgt, die dem Vorwurf des Antisemitismus entgehen soll. Vom rechten Antisemitismus wird zudem mit dem Hinweis auf linken und muslimischen Antisemitismus abgelenkt.

PERSONEN

Als zum Beispiel jüdische Akteure wie Shai Hoffmann nach dem Anschlag auf die Synagoge von Halle am 9.10.2019 von einem Zusammenhang mit den „ideologische(n) Glaubensbrüder(n) der AfD“ sprachen (Focus 2019), antwortete Artur Abramovych, seit 2021 Vorsitzender der JAfD, in der Zeitschrift *Blaue Narzisse*, indem er auf muslimischen und linken Antisemitismus zeigte. Dazu interpretierte er ein Treffen von Sawsan Chebli, Angela Merkel und der Berliner Rabbinerin Ederberg anlässlich des Halle-Attentats in einer Berliner Synagoge als Trick, um von deren Antisemitismus abzulenken. Der Rabbinerin spricht er (aufgrund ihrer Konversion) das Jüdischsein ab und die Kompetenz, für Juden sprechen zu dürfen:

„Während die AfD von den am zügigsten zur Waffe greifenden (zum Teil jüdischen) Amtsinhabern für den Hallenser

Anschlag verantwortlich gemacht wurde, traf sich noch am Tag des Anschlags die notorisch antiisraelische ‚Palästinenserin‘ Sawzan Chebli, in Begleitung jener Bundeskanzlerin, die Jerusalem nicht als Israels Hauptstadt anerkennen will [...] mit der Rabbinerin Gesa Ederberg, die ihnen bereitwillig den jüdischen Segen erteilte [...]. Bei Ederberg handelt es sich um eine konvertierte Jüdin, die weder etwas für die jüdische Orthodoxie (vonseiten derer sie nicht als geistliche Autorität und vermutlich nicht einmal als Jüdin anerkannt wird), noch für das Judentum als Abstammungsgemeinschaft (der sie schlichtweg nicht angehört) übrig hat. Henryk M. Broder fand einmal ein Bonmot, das Ederberg treffend beschreibt: ‚Es gibt Leute, die nur zu Juden werden, um das Judentum von innen heraus bekämpfen zu können.‘“ (Abramovych 2023)

Vera Kosova wiederum unterscheidet zwischen „guten“ und „schlechten“ Juden. In einem Facebook-Beitrag vom 13.08.2020 antwortet sie auf Thomas Haldenwangs AfD-Kritik mit einer Herabsetzung-Strategie:

„Haldenwangs Äußerungen zeigen, dass das deutsche Establishment die Juden missbraucht, indem es sie nur als Vehikel im ‚Kampf gegen rechts‘ einsetzt. [...] Bei ihrem Missbrauch des Judentums kann sich das Establishment aber nur auf einen ganz bestimmten Teil des Judentums berufen, der inzwischen zur Minderheit geworden ist: auf linke Globalisten, die Überzeugungstäter sind, und auf korruptierte Berufsjuden, die zwar keine Globalisten sind, aber so tun als ob, um weiterhin an Staatsgelder zu gelangen. Glücklicherweise verlieren diese beiden Gruppen zunehmend an Einfluss und werden nicht mehr lange begünstigen können, dass solches Schindluder am Judentum getrieben wird.“ (Kosova 2023)

Während sie mit Chiffren wie „Globalist“ und „Establishment“ ein antisemitisch-verschwörungserzählerisches Narrativ bedient, wird die Invektive der „korruptierten Berufsjuden“ benutzt, um im Gegensatz dazu die AfD auf der ‚eigentlich‘ jüdischen Seite zu verorten, die noch dazu für die jüdische Mehrheit spreche. Allerdings ist es Kosova, die sich hier der AfD zur Verfügung stellt, um diese vom Vorwurf des Antisemitismus freizusprechen.

Dimitri Schulz, seit 2021 JAfD-Schatzmeister (JAfD 2024), profilierte sich während der Corona-Jahre als Querdenker und setzte in einem Facebook-Beitrag die Situation Nicht-Geimpfter mit der Verfolgung der Juden in der NS-Zeit gleich (rewiu 2023). Als einziges JAfD-Mitglied machte er Karriere in der AfD und wurde 2023 zum zweiten Mal hessischer Landtagsabgeordneter.

Marcel Goldhammer, seit 2021 stellv. JAfD-Vorsitzender, gehört zum Social Media Team der AfD-Bundestagsfraktion (Stand Januar 2023) und filmte z.B. „Querdenker“-Proteste (Potter 2023), während seine Kandidatur für ein Direktmandat in Berlin-Neukölln bei der Bundestagswahl 2021 scheiterte (Haarbach 2021), wobei Begriffe wie „Globalisten“, „Gendergaga“ und „Geburten-Jihad“ zu seinem Wahlkampf-Repertoire gehörten. Er trat auch als Autor für die rechtsextremen *Breitbart News* und *Philosophia Perennis* hervor (Potter 2023).

Nicht zuletzt aber führte er Wahlkampf gegen den Zentralrat der Juden mit Slogans wie: „Gegen regierungspolitisch finanzierte ‚Berufsjuden‘ in Deutschland“ (Goldhammer 2021). Dabei nutzte er seine jüdische Identität, etwa indem sein Name auf Plakaten auch in hebräischer Schrift erschien und er bei Wahlkampfveranstaltungen eine Kippah trug. Auch er bezeichnet den Zentralrat als Teil der ‚Elite‘, als käufliche „Berufsjuden“, denen er sich als ein ‚wehrhafte Jude‘ entgegenstellt. Der Grund: Goldhammer leistete einen (sehr kurzen) Wehrdienst in den *Israel Defence Forces* ab.

Von besonderer Bedeutung ist darüber hinaus Ekatarina Gutner, eine JAfD-Aktivistin, die bei der Landtagswahl in Bayern 2023 als Kandidatin scheiterte (Gutner 2023e). In St. Petersburg geboren, kam sie im Jahr 1990 nach Deutschland, arbeitet als Übersetzerin und Coach (Gutner 2023f), hat aber auch einen eigenen deutsch-russischen Verlag, der infolge der Russland-Sanktionen eingestellt werden musste (Gutner 2023c). Die Israelitische Kultusgemeinde Nürnberg geht davon aus, dass Gutner keine Jüdin ist, sondern dass „eine Instrumentalisierung von sich als jüdisch ausgebende Personen seitens der AfD betrieben wird“ (Miller 2023).

Besonders brisant ist ihr Fall, da sie als Anhängerin und Verteidigerin Björn Höckes auftritt und dessen antisemitische und rechtsextreme Aussagen relativiert. So nahm sie Höcke in einem Facebook-Eintrag vom 11.08.2020 gegen Kritik an seinem Antisemitismus in einem WELT-Artikel in Schutz, den sie als „klare Verleumdung“ bezeichnete. Sie selbst inszeniert sich dort als „ein jüdisches Fangirl“, das dies alles „nicht einfach so stehen lassen“ dürfe (Gutner 2023b). An anderer Stelle bezeichnete sie sich (gemeinsam mit Mirjam Lübke) als „Höcke-Fangirl“ (Gutner 2023d) und eröffnete eine Facebook-Gruppe, der sie den Namen des Höcke-Buchs „Nie zweimal in denselben Fluß“ gab (Gutner 2023a). Eingedenk des Holocaust-Gedenktags 2024 nahm Gutner Bezug auf ihren jüdischen Großonkel, der einer der ersten gewesen sei, „der im Winter 1945 Auschwitz betrat, als seine Kompanie vorrückte“:

„Seine Liebe zur deutschen Kultur und Sprache hat es jedoch nicht beeinflusst. [...] Diese heuchlerische Gedenkstunde der Altparteien, die massenhaft aggressive Antisemiten ins Land reingelassen [...] würde er als puren Hohn empfinden. Er wusste, dass am Holocaust nicht Deutschland allein, sondern die ganze Welt schuld war [...]“ (Gutner 2024).

Sie selbst habe in der Vergangenheit permanent Antisemitismus erlebt, bis sie in der AfD zum „ersten Mal, nach 27 Jahren in Deutschland“ eine Gemeinschaft gefunden habe, „wo ich nicht diskriminiert werde!“ Das von ihr (offenbar zu Unrecht) reklamierte Judentum dient hier dazu, die AfD vom Vorwurf des Antisemitismus freizusprechen, um umgekehrt die deutsche Erinnerungskultur als „heuchlerisch“ zu diffamieren und den demokratischen Parteien Antisemitismus zu unterstellen.

UKRAINEKRIEG UND 7. OKTOBER 2023

Im Februar 2022 griff Russland die Ukraine an. Der in der Ukraine geborene Artur Abramovych stellte sich auf die Seite der Ukraine und verurteilte den Angriffskrieg. Aber es war, wie Orit Arfa in einem Artikel vom 11.11.2022 (Arfa 2022) schrieb,



ein Wendepunkt für Abramovych, denn die Mehrheit der AfD nahm Partei für Russland. Abramovych selbst räumte ein, dass die Bundestagswahl 2021 die Kluft zwischen ihm und der AfD sogar noch vergrößert habe. Dennoch hat sich Abramovych in der neurechten Szene als Autor für die *Blaue Narzisse*, *Cato*, *Tichys Einblick* und gelegentlich für die *Junge Freiheit* etabliert. Nach dem Massaker vom 07.10.2023 trat Artur Abramovych als Vorstand der JAfD wieder auf einer AfD-Veranstaltung (Abramovych 2024) in Erscheinung und war auf der Frankfurter Buchmesse als Gast bei Dieter Stein von der *Jungen Freiheit* (Stein 2023).

Die Homepage der JAfD wurde in der Zwischenzeit abgeschaltet. Der Facebook-Account ist noch immer aktiv.

RESÜMEE

Die JAfD nutzt verschiedene Strategien, um allgemein die rechtsextreme Ideologie und Verschwörungsnarrative der AfD zu rechtfertigen und insbesondere die AfD gegen den Vorwurf des Antisemitismus abzuschirmen. Über ein völkisches Weltbild soll eine Übereinstimmung zwischen Judentum und AfD konstruiert werden, vor deren Hintergrund das tatsächlich existierende Judentum, nicht zuletzt dessen Vertretungen, diskreditiert werden kann. Dazu müssen auch teilweise nur konstruierte jüdische Identitäten erhalten. Die JAfD erweist sich daher weitgehend als Instrument der AfD, sich einerseits gegen den Vorwurf des Antisemitismus abzuschirmen und im selben Moment in einer langen rechten Tradition das Jüdische aus dem öffentlichen Raum zu verdrängen. Ähnliche antisemitische Verweisstrukturen finden sich auch anderswo: So verweisen antisemitische pro-palästinensische Aktivisten auf die „Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost“ und evangelikale Christen auf messianische Juden (YouTube 2024).

LITERATUR

- Abramovych, Artur (2023): Notizen zu Halle aus jüdischer Perspektive. Zuletzt geprüft am 08.11.2023. <https://www.facebook.com/JudeninderAfD/posts/pfbid02973o6KU-3bASqSPetqcNhavEufvhQn4ahdDcwndmnHMP2YpYeRskH666DDX9RXRL>.
- Abramovych, Artur (2024): Gastredner Artur Abramovych (Juden in der AfD e.V.) zum jüdischen Leben in Dresden: Top 3 Antrag Aktuelle Stunde: Jüdisches Leben gehört zu Dresden. Zuletzt geprüft am 23.02.2024. <https://www.youtube.com/watch?v=bHt44X4VvuY>.
- Arfa, Orit (2022): Jews in Germany's far-right party feeling buyer's remorse. [oritarfa.net](http://www.oritarfa.net/jews-in-germanys-far-right-party-feeling-buyers-remorse/), 11.11.2022. Zuletzt geprüft am 13.02.2023. <http://www.oritarfa.net/jews-in-germanys-far-right-party-feeling-buyers-remorse/>.
- Ayyadi, Kira (2023): Ideologie: „Der große Austausch“ oder die spinnerte ideologische Grundlage der Neuen Rechten. Zuletzt geprüft am 14.12.2023. <https://www.belltower.news/der-grosse-austausch-oder-die-spinner-te-ideologische-grundlage-der-neuen-rechten-45832/>.
- Bender, Felix (2019): Ettenheim - DIA: Auf den Protest folgt das Schweigen. Schwarzwälder Bote, 11.11.2019. Zuletzt geprüft am 16.02.2023. <https://www.schwarzwaelder-bote.de/inhalt.ettenheim-dia-auf-den-protest-folgt-das-schweigen.eb5eadbe-0b11-424c-bfec-8e17c318c89f.html>.
- Botsch, Gideon (2020): Die „Juden in der AfD“ und der Antisemitismus. Mitteilungen der Emil Julius Gumbel Forschungsstelle 7, Potsdam, April 2020.
- Focus Online (2019): Rechtsterror mit zwei Toten: Was Juden nach dem Anschlag in Halle bewegt. FOCUS online, 11.10.2019. Zuletzt geprüft am 15.03.2024. https://www.focus.de/politik/deutschland/rechtsterror-mit-zwei-toten-habe-angst-um-deutschland-was-juden-nach-dem-an-schlag-in-halle-bewegt_id_11226040.html.
- Goldhammer, Marcel (2021): Ich als Jude und AfD Kandidat für den Bundestag teile die Meinung des Zentralrat der Juden nicht. Twitter vom 10. Sep. 2021. Zuletzt geprüft am 15.03.2024. <https://twitter.com/MarcelBelmondo/status/1436249521231732736>.
- Gutner, Ekaterina (2023a): Öffentliche Gruppe: Nie zweimal in denselben Fluß. Zuletzt geprüft am 11.11.2023. <https://www.facebook.com/groups/555649218424752/about>.
- Gutner, Ekaterina (2023b): Tut mir leid, liebe Fans - girls/-boys. Zuletzt geprüft am 11.11.2023. <https://www.facebook.com/mirjam.luebke/posts/10224408850835305>.
- Gutner, Ekaterina (2023c): „Basilides-Verlag“. Zuletzt geprüft am 11.11.2023. <https://www.basilides-verlag.de/impressum.htm>.
- Gutner, Ekaterina (2023d): Nach einer anstrengenden Messe will man eine Belohnung. Zuletzt geprüft am 11.11.2023. <https://www.facebook.com/katharina.muellerguttner/posts/pfbid0UbQ785WWE8tguqLzAWfjhb-FLZVfUT6D8ZepU1mowxVtXVF6bftdnda4EQzjt1Efl>.
- Gutner, Ekaterina (2023e): Das ist mein letzter Flyer - an alle, für die es nur 2 Geschlechter gibt. Zuletzt geprüft am 11.11.2023. <https://www.facebook.com/katharina.muellerguttner/posts/pfbid033JpB4mjcSy-8RoxMXGgp6mQwFenZtMeEQYoqgctJihqn4zqwJZiyAGgYUXVtbVUxfl>.
- Gutner, Ekaterina (2023f): Dein Weg. Dein Programm. Deine Rüstung: Coaching mal anders. Zuletzt geprüft am 11.11.2023. <https://www.medienagentur-mueller.de/Home>.
- Gutner, Ekaterina (2024): Mein Großonkel, Hauptmann Naum Grigor'ewitsch Gutner war einer der ersten, der im Winter 1945 Auschwitz betrat. Zuletzt geprüft am 07.03.2024. <https://www.facebook.com/katharina.muellerguttner/posts/pfbid027fA4gqrs-PL6R8TRMRzDHSn2jwFeAQG2Rou35gyF79qEjm526vp-3VjkH7esGKQ4Xjl>.
- Haarbach, Madlen (2021): Vor der Berlin-Wahl im September: Das sind die Kandidierenden der AfD-Neukölln. Der Tagesspiegel, 28.07.2021. Zuletzt geprüft am 15.03.2024. <https://www.tagesspiegel.de/berlin/bezirke/das-sind-die-kandidierenden-der-afd-neukolln-4266679.html>.
- JAfD (2024): Neuer Vorstand gewählt. Zuletzt geprüft am 15.03.2024. <https://www.facebook.com/JudeninderAfD>.

rAfD/posts/pfbid02shuvzCmj8ZHm7gUWE5PMD9T-rZFP163X7Neds6y4iUq91wXmEXPzfHfa3w2DGTxg3l.

- JAfD (2023): Filmvorführung mit anschließender Diskussion. Zuletzt geprüft am 25.05.2023. <https://www.facebook.com/JudeninderAfD/photos/a.380644482766122/1507267643437128/>.
- Jewiki (2023): Simone Schermann. Zuletzt geprüft am 16.02.2023. https://www.jewiki.net/wiki/Simone_Schermann.
- Juden in der AfD (2022): Grundsatzerklärung. Zuletzt geprüft am 19.01.2022. <https://j-afd.org/grundsatzerklaerung>.
- Jüdische Gemeinde Emmendingen (2023): Geschichte. Zuletzt geprüft am 13.02.2023. <http://www.juedgemem.de/geschichte.html>.
- Kosova, Vera (2023): Haldenwangs Äußerungen. Zuletzt geprüft am 08.11.2023. <https://www.facebook.com/JudeninderAfD/posts/pfbid031G6s614Pdef4SrTc6auPGb9G7i-xUZrSYeo9s4vwDr7ohDe5Y9LMqi5AX3vinYSt1l>.
- Land Baden-Württemberg (2023): Verleihung des Verdienstordens des Landes Baden-Württemberg. Zuletzt geprüft am 11.11.2023. https://www.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/dateien/Altdateien/202/Verdienstorden_B-W_2011_Kurzwitas_der_Ordenspraetendente.pdf.
- Miller, Jonas (2023): „Juden in der AfD“: Provokation als politisches Kalkül? BR24, 04.11.2023. Zuletzt geprüft am 18.04.2023. <https://www.br.de/nachrichten/bayern/juden-in-der-afd-provokation-als-politisches-kalkuel,Tb2ZVPO>.
- Potter, Nicholas (2023): Marcel Goldhammer: Vom VIP-Escort zum AfD-Direktkandidaten. Zuletzt geprüft am 24.02.2023. <https://www.belltower.news/marcel-goldhammer-vom-vip-escort-zum-afd-direktkandidaten-144993/>.
- rewiu – Recherchegruppe Wiesbaden und Umgebung (2023): „Es reicht uns“: Hintergründe zur verschwörungs-ideologischen Kundgebung am 13.03.21 | rewiu – Recherchegruppe Wiesbaden und Umgebung. Zuletzt geprüft am 08.11.2023. <https://rewiu.noblogs.org/post/2021/03/11/es-reicht-uns-hintergrunde/>.
- Stein, Dieter (2023): Abramovych: Das Judentum ist ethnisch, patriotisch und nicht entgrenzt | „Juden in der AfD“. Zuletzt geprüft am 06.11.2023. <https://www.youtube.com/watch?v=onV5VzMXy8Y>.
- Thurnes, Mario (2023): Interview mit Simone Schermann: „Ich habe mich von Deutschland innerlich verabschiedet“. Tichys Einblick, 08.11.2023. Zuletzt geprüft am 11.11.2023. <https://www.tichyseinblick.de/interviews/hamas-massaker-israel-simone-schermann/>.
- Weiß, Volker (2017): Die autoritäre Revolte: Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes. Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für Politische Bildung. Schriftenreihe / Bundeszentrale für Politische Bildung Band 10094. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- WerteUnion (2023): Ist jüdischen Leben in Deutschland im Jahr 2051 noch möglich? – Statement von Chaim Noll. Zuletzt geprüft am 12.02.2023. <https://www.youtube.com/watch?v=7vsFj8nEcnw>.
- YouTube (2024): Jude glaubt an Jesus (1/2): Zev Porat ist messianischer Jude. Zuletzt geprüft am 29.02.2024. <https://www.youtube.com/watch?v=OaDOymdclKg>.

Wir halten
Euch auch im Netz auf
dem Laufenden.
www.wirfrauen.de
Folgt uns auf
**twitter.com/
Wir_Frauen**

Feminismus ist käuflich.

Linker Feminismus für 16 € im Abo.

WIR FRAUEN



Linien ziehen, aber wie?

EINDRÜCKE VOM FACHTAG ZUM PÄDAGOGISCHEN UMGANG MIT REAKTIONEN IN SCHULE UND PÄDAGOGIK IM RAHMEN DES PROJEKTS „KOMPETENZNETZWERK ANTISEMITISMUS“ DER BILDUNGSSTÄTTE ANNE FRANK AM 12. DEZEMBER 2023

Von Martin Gerner

Zum Thema Nahost-Krieg gehen die Emotionen seit dem 7. Oktober vergangenen Jahres nach wie vor auch in Schulen hoch. Nicht nur bei Schülern und Schülerinnen. Auch Lehrer:innen fühlen sich nach Umfragen und eigenen Angaben emotional und pädagogisch nicht selten überfordert. Zumal oft das nötige Fach- und Sachwissen fehlt. Hinzukommen Vorurteile, Diskriminierung, Hassgefühle und Hate Speech unter Schüler:innen. Islamisch-palästinensische Fluchtgeschichten, jüdische Holocaust-Erfahrungen und das Unwissen einer verunsicherten Mehrheit treffen dabei aufeinander.

Welche Erfahrungen machen Lehrer:innen und Pädagog:innen zum Thema 7. Oktober an den Schulen? Wie können sie damit besser umgehen? Wie kann man die täglich auf Bildschirmen und in Social Media ablaufenden Ereignisse angemessen thematisieren, die Bilder und das, was sie auslösen? Was meinen Schulsozialarbeiter:innen und Pädagog:innen zu Aussagen wie: „Emotionen nach dem 7. Oktober haben in der Schule keinen Platz.“ Oder aber: „Weinen ist ein politischer Akt.“

Gottfried Kössler, ehemaliger stellvertretender Direktor des Fritz-Bauer-Instituts und Lehrer für Geschichte, Politik und Deutsch, meint, die Herausforderung für Lehrkräfte sei groß wie selten. Dabei werden Emotionen gerade bei diesem Thema oft im Unterrichtsgespräch nicht zugelassen:

„Emotionen sind derzeit der Auslöser für alles. Die Jugendlichen kommen mit Emotionen in die Klasse, die Erzählungen oder Medienkonsum bei ihnen ausgelöst haben. Oft kennen sie die Fakten nicht. Und die Lehrer? Sie vermögen das Gespräch nicht zu steuern. Deshalb müssen sie lernen, Emotionen der Schüler aber auch ihre eigenen wahrzunehmen und zuzulassen. Das ist das Schwierigste von Allem: Denn unter Umständen muss die Lehrkraft zulassen, was sie persönlich vielleicht selbst ablehnt.“

In deutschen Lehrplänen spielt der Nahostkrieg in der Regel keine Rolle. Dabei ist er so alt wie der Zweite Weltkrieg oder das Thema Imperialismus und Kolonialisierung. Die Mehrheit der Lehrkräfte, so Gottfried Kössler, sei zudem nicht vorbereitet auf die Flut an Bildern, Informationen und Fake News, die täglich zum Kriegsgeschehen über Erwachsene und Schüler:innenschaft hereinbrechen:

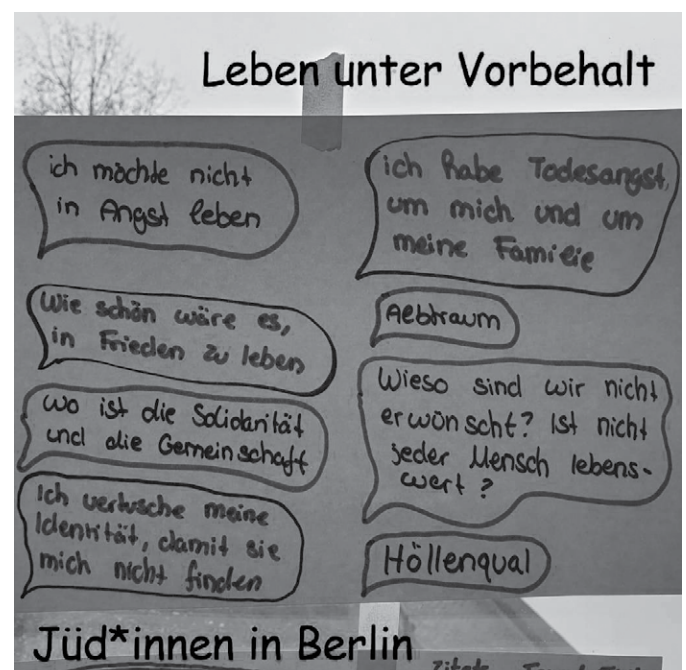
„Die Lehrer schaffen es unmöglich, das im Nu zu lösen. Ehrlicherweise muss man sagen: Die Lehrerbildung ist immer noch in der Tradition des 19. Jahrhunderts befangen und nicht fähig, pädagogische Prozesse zu steuern. Schon gar

nicht konflikt-beladene Prozesse, die nicht in den Curricula vorkommen.“

Ein scheinbarer Rettungsring in der Debatte sind Rote Linien. Sie sollen Grenzen setzen, um Schüler:innen zu zeigen, wie und warum extrem polarisierte, dämonisierende Bild- und Text-Narrative in Medien, Politik und Wissenschaft das Erlaubte überschreiten. Was darf nicht mehr gesagt werden? Und wer legt das fest?

„Bei vielen Worten weiß ich, was die Einen oder Anderen meinen, aber man spricht es nicht klar aus. Ich glaube auch, dass wir Tabus brauchen im Dialog, die als Grenzen wirken“, sagt Sabena Donath, Direktorin der Bildungsabteilung beim Zentralrat der Juden in Deutschland. Sie schaut von Berufs wegen täglich zahlreiche Bilder im Kontext des 7. Oktober. Mehr als viele sich zumuten würden.

„Was ist unsagbar? Und was müssen die Betroffenen sich trauen, mir zu sagen, nach Möglichkeit? Was kann im Lehrer-Kollegium besprochen werden und was nicht? Das würde helfen, damit man künftig Verschwörungstheorien trennen kann von Betroffenheitsperspektiven, die ihre Berechtigung haben und wo persönlicher Schmerz diskutiert werden kann. Daher muss man über rote Linien sprechen. Das vermisste ich sehr. Und die Lehrer müssen da gestützt werden.“





den Personen mit dem 7. Oktober einen Bruch erkennen, von dem sie nicht wissen, ob er jemals wieder heilbar ist. Sabena Donath hat konkret gelitten, erzählt sie:

„Ich stehe jetzt vor den Scherben meiner Arbeit. Ich habe 20 Jahre lang versucht, in Deutschland Judentum und Nahost zu erklären. Ich verstehe die Gefühle von Schülern und Schülerinnen. Was ich nicht verstehe, ist die mangelnde Empathie meiner nichtjüdischen Mitbürger. Die sich nicht melden. Oder relativieren.“

Wegschauen. Relativieren. Was ist antisemitisch? Wann ist der richtige Zeitpunkt für Worte? Am Ende bleibt jede Lehrer:in selbst aufgerufen, im Klassenraum Gespräch und Emotionen auszuloten und sich dafür ein Handwerkszeug zuzulegen. Das ist eine Herausforderung, aber auch eine Chance. Dabei sollte man nicht gleich verurteilen. Die Ultima Ratio für Lehrer, meint Gottfried Kößler, bestehe jedenfalls nicht darin, die Polizei oder einen Anwalt zu rufen.

„Als Lehrer muss ich mir klar werden, ob ich mit einer Äußerung ihre Strafbarkeit durchsetzen will oder nicht. Oder ob es mir wichtig ist, im Gespräch zu bleiben mit der Schulgruppe. Wenn ich sage: ‚Schluss, ich hole die Polizei‘ im Extremfall – dann ist der pädagogische Prozess sofort beendet. Und das wäre nicht meine Absicht als Lehrer.“

Rote Linien ziehen klingt gut. Wie ein Stift, mit dem man eine Grenze zieht. So einfach geht es aber nicht. Das dämmert Lehrkräften und Pädagog:innen, die deshalb in der Krise Austausch unter Kolleg:innen suchen und bei Expert:innen, sich ein größeres Angebot an Fortbildungen wünschen. Das soll sie in die Lage versetzen, mit dem Nachwuchs an unseren Schulen angemessen mit dem aktuellen Kriegsgeschehen umzugehen.

Martin Gerner ist ARD/DLF-Autor und Konfliktforscher. Zuletzt erschienen sind „Finding Afghanistan“ im modo Verlag (Buchtipps DISS-Journal #43, 75) und „Moria. System. Zeugen“ im Böhlau Verlag (Rezension DISS-Journal #42, 25 f.). Kontakt über www.martingerner.de oder mar.gerner@gmail.com.

Der Ukraine-Krieg – Waffenstillstandsverhandlungen oder weitere Eskalation?

Von Wolfgang Kastrup

Von vielen westlichen Politiker*innen und Medien wurde und wird eine atomare Eskalation von Seiten Russlands im Ukraine-Krieg als Panikmache, als Bluff und als bewusste russische Propaganda abgetan. Nun jedoch enthüllten die *New York Times* und CNN (vgl. *der Freitag* v. 14.03.2024), dass im Herbst 2022 die Welt am Rande eines Atomkriegs stand. Ranghohe russische Militärs erwogen infolge ukrainischer Geländegewinne in Richtung der Krim den Einsatz taktischer Atomwaffen. US-Präsident Biden wurde von seinen Geheimdiensten umgehend informiert und der Nationale Sicherheitsrat der USA trat zusammen. Auch Kanzler Scholz wurde von Biden unterrichtet. Mit der fehlgeschlagenen Offensive des ukrainischen Militärs endete die Krise. Auch im Februar 2024 wurden von US-Geheimdiensten erneut Gespräche russischer Militärs abgefangen, in denen wiederum über einen möglichen Atomwaffeneinsatz gesprochen wurde. Ausgangspunkt für diese Gespräche war die Forderung westlicher Politiker*innen nach Lieferung bunkerbrechender Raketen durch NATO-Staaten an die Ukraine und die Diskussion über NATO-Bodentruppen auf ukrainischem Gebiet, also die direkte Konfrontation der NATO mit Russland. Bezüglich der Bodentruppen bislang ein absolutes Tabu. Ein nukleares „Armageddon“ war und ist also im Bereich des Möglichen, kein Bluff und für die russische politische und militärische Führung im Falle der Gefahr einer möglichen Niederlage eine Option. Die sehr kontroverse Diskussion um die Taurus-Marschflugkörper und den möglichen Einsatz von NATO-Bodentruppen gewinnt auch deshalb an Fahrt, weil offensichtlich wird, dass die Ukraine diesen Krieg wohl nicht



mehr gewinnen kann und Russland Geländegewinne, wenn auch kleine, an der Front verzeichnen kann. Eine mögliche Niederlage der Ukraine muss unter westlichen Vorzeichen unter allen Umständen verhindert werden, denn es wäre gleichzeitig eine empfindsame Niederlage für die NATO-Staaten im Ringen um ihre westlich orientierte Weltordnung. Denn das mittelfristige wie langfristige Ziel ist es weiterhin, dass sich Russland als Weltmacht geschlagen gibt und somit nicht mehr in der Lage ist, die westliche Vorherrschaft in der Welt und in Europa speziell zu blockieren. Dieser Wille gehört quasi zur „Staatsräson der als NATO organisierten Mächte“ (*Gegenstandspunkt*, 1-24, 4).

WELCHE ZWISCHENBILANZ OFFENBART DER KRIEG IN DER UKRAINE NACH MEHR ALS ZWEI JAHREN?

1. FÜR RUSSLAND

Seit dem Überfall russischer Truppen auf die Ukraine am 24. Februar 2022 töten und sterben russische Soldaten im Auftrag ihrer Regierung, verwüsten große Teile der Ukraine und verursachen unendliches Leid unter der Zivilbevölkerung. Der Abnutzungs- und Stellungskrieg hat trotz der immensen Waffenlieferungen der NATO-Staaten die vielbeschworene Offensive der ukrainischen Militärmacht verhindert, und die russische Armee befindet sich seit Anfang des Jahres ihrerseits in der Offensive. Russland reklamiert für sich als Weltmacht legitime Sicherheitsinteressen und will einer weiteren NATO-Osterweiterung Einhalt gebieten. Ihren Status als ernst zu nehmende militärische Weltmacht will sie respektiert sehen und setzt auf Gegenabschreckung gegen das militärische Bündnis aus den Vereinigten Staaten, westlichem Europa und der Ukraine. In dem ruinösen und stumpfsinnigen Abnutzungskrieg spielt Russland seine größeren Ressourcen an Soldaten und Waffen gegenüber der Ukraine aus. Hunderttausende tote russische Soldaten und Verwundete sind der Preis für diesen Krieg, der so nun auch vom Kreml offiziell als Krieg bezeichnet wird. „Das hat wie eine militärische Spezialoperation begonnen, aber sobald die Clique da entstanden ist, als der kollektive Westen aufseiten der Ukraine zum Beteiligten wurde, da wurde es für uns zum Krieg“, so der Kremlsprecher Dmitrij Peskow. (Zit. nach *Süddeutsche Zeitung* v. 23.03.2024) Soldaten als Manövriermasse für ihre Staatsmacht, um als Helden gefeiert zu werden, denn in Kriegszeiten boomt der Ruf nach Helden, auch auf ukrainischer Seite. Eine neue Mobilmachung ist vorerst in Russland aus innenpolitischen Gründen wohl nicht zu erwarten, auch um die Zahl der Militärdienstflüchtlinge nicht wieder in die Höhe zu treiben. Denn seit Februar 2022 sind nach Schätzungen mehr als 250.000 russische Militärflüchtlinge (Zivilisten, die sich ihrer Einberufung entziehen, indem sie untertauchen oder sich ins Ausland absetzen) im dienstpflichtigen Alter mehrheitlich ins Ausland geflohen, vor allem nach Kasachstan, Georgien, Armenien, Türkei, Serbien und Israel (vgl. Ulrich Bröckling in: *der Freitag* v. 14.03.2024). Der ursprüngliche Plan Moskaus, mit dem Überfall auf die Ukraine einen „Regime Change“ in Kiew zu erreichen, ist durch die Stärke der ukrainischen Armee, basierend auf westlichen Waffenlieferungen und Geheimdienstunterstützungen, vereitelt worden. Allerdings nutzt Russland seine derzeitige Übermacht an Soldaten und Waffennachschub, um in den östlichen annektierten Gebieten in die Offensive zu gehen und den Stellungskrieg zu überwinden. Damit kann der russische Präsident der NATO mit einer Position der Stärke gegenüberreten, um deutlich zu machen: Russlands Militärmacht ist trotz modernster westlicher Waffenlieferungen an die Ukraine nicht zu zerstören und beansprucht militärische Weltmachtgeltung. Russlands Anspruch ist weiterhin, Teil der Weltordnung zu sein, als Weltmacht respektiert zu werden und seinen Sicherheitsbedarf selbst zu bestimmen und auch selbst durchzusetzen. Die westliche Kriegsallianz will genau das verhindern. Der russische Präsident Wladimir Putin rechtfertigt den Krieg bzw. die Spezialoperation mit Angriffen gegen die westlichen Länder: „Die sogenannten Freunde der Ukraine haben die Lage so weit getrieben, dass sie für Russland gefährlich und für das ukrainische Volk selbstmörderisch wurde.“ Ziel der westlichen Allianz sei die „Schwächung, Teilung, Zerstörung Russlands“. Er führte weiter aus: „Wir werden das niemals zulassen.“ (Zit. nach *Westdeutsche Allgemeine Zeitung* v. 05.11.2022) Für Putin und seine Regierung sind die militärisch zunehmende Einflussnahme des Westens bzw. der NATO unter Führung der USA in Osteuropa, die fehlenden Sicherheitsgarantien gegenüber Russland und der fehlende Respekt gegenüber der russischen Ordnungsmacht wesentlich für den Angriffskrieg. Wenn aus russischer Sicht kollektiv vom ‚Westen‘ gesprochen wird, dann, so Katharina Bluhm, sind „weder die Länder Europas noch die USA [gemeint], sondern die sie verknüpfende komplexe transnationale Struktur, die es der USA erlaubt, als globaler Hegemon zu agieren. Die Europäische Union wie die NATO gehören zu dieser Struktur.“ Allerdings habe der Begriff des ‚Westens‘ nicht nur eine Fremdzuschreibung, so Bluhm weiter, sondern auch im Westen eine „positive Selbstbezeichnung und -abgrenzung.“

Der Krieg in der Ukraine Weltordnungskrieg und „Zeitenwende“



Wolfgang Kastrup & Helmut Kellershohn (Hg.)



Der Krieg in der Ukraine
Weltordnungskrieg und »Zeitenwende«
ISBN: 978-3-89771-780-0
Edition DISS 52

Helmut Kellershohn, Wolfgang Kastrup (Hg.)

Erscheinungsdatum November 2023
196 Seiten | 19,80 €

Der Krieg in der Ukraine evoziert binäre Deutungsstrategien, die in Schwarz/Weiß- bzw. Gut/Schlecht-Zuweisungen münden. Vor allem die »westlich« orientierten Länder betrachten ihr Wertesystem als angegriffen. Auch wenn sie offiziell nicht Kriegspartei sein wollen, de facto sind sie es: Sie haben den Krieg zu ihrer Sache gemacht. Die Ziele der ehemals betriebenen Entspannungs- und Friedenspolitik lösen sich in einer weitreichenden »Zeitenwende« auf. Doch kritische Analysen zu diesem Krieg und dem diesbezüglich herrschenden Diskurs sind bisher wenig präsent und vielfach unerwünscht.

Mit dieser Problematik setzt sich der jüngste Band des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung (DISS) kritisch auseinander: Die Beiträge unterschiedlicher Provenienz analysieren den Einmarsch Russlands in die Ukraine vor dem Hintergrund hegemonialer Weltordnungspositionen und untersuchen, inwieweit er tatsächlich als weltpolitische Zäsur gesehen werden muss. Neben der Rolle und Verantwortlichkeit der drei Kriegsparteien wird nicht zuletzt vor dem Hintergrund des eskalierenden Konkurrenzkampfes zwischen den USA und China darüber hinaus untersucht, welche Rolle China im Ukraine-Krieg einnimmt und wie sie von westlicher Politik und westlichen Medien gedeutet wird.



Er ist ein asymmetrischer Gegenbegriff zum ‚Osten‘, asymmetrisch deshalb, weil in ihm eine historisch tiefsitzende Überlegenheitsattitüde eingebaut ist.“ (Bluhm 2024, 8f.) Die Gründe für die aktuelle Überlegenheit des russischen Militärs zeigen sich in einem größeren Raketenvorrat, in der auf Hochtouren laufenden russischen Kriegswirtschaft mit der entsprechenden Produktion an Munition, in der weit überlegenen Anzahl von Soldaten, trotz hoher Verluste, und in den nicht so wie erhofft wirkenden westlichen Sanktionen. (Vgl. *Westdeutsche Allgemeine Zeitung* v. 06.12. 2023)

Die Vorstellung, Russlands Krieg gegen die Ukraine sei bei einem Sieg Russlands oder „nur“ bei einem „Einfrieren“ des Krieges der Auftakt zur Eroberung der baltischen Staaten und später dann auch Polens, ein Narrativ, dass der „russische Imperialismus“ das demokratische und freie Europa bedrohe, ist wohl Bestandteil der westlichen Propaganda, da Moskau weder über die Mittel verfügt, die NATO zu bedrohen, noch den Willen hat, sein Herrschaftsgebiet nach Westen auszudehnen. Ein neuer Weltkrieg wäre die Folge, einschließlich des atomaren Vernichtungspotenzials. Ein solches Narrativ bezweckt die weitere Aufrüstung nicht nur der Ukraine, sondern auch speziell der europäischen NATO-Staaten, um deren Armeen kriegsfähig bzw. kriegstüchtig zu machen. In seiner Rede zur Lage der Nation erklärte der russische Präsident Putin, dass er bereit sei zu einem Dialog mit den USA über „strategische Stabilität“, kritisiert aber, dass die Gegner eine „strategische Niederlage“ Russlands „auf dem Schlachtfeld“ anstrebten. Dass der Westen erkläre, Russland habe vor „Europa anzugreifen“, sei „Quatsch“, die Gegner suchten doch selbst Ziele für Angriffe „auf unser Gebiet“ aus. (Zit. nach *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 01.03.2024)

DER WIRTSCHAFTSKRIEG GEGEN RUSSLAND WIRKT NICHT WIE ERHOFFT

Die russische Ökonomie ist trotz der vielen westlichen Sanktionen nicht zusammengebrochen und erfolgreich auf Kriegswirtschaft umgestellt worden. Nach zwei Jahren mit Strafmaßnahmen schwächelt die europäische Wirtschaft, und hier vor allem die deutsche, mehr als die russische. Trotz des mittlerweile 13. Sanktionspakets der EU erwartet in Brüssel kaum jemand spürbare Auswirkungen für Russland. Im Gegenteil, die schlechten Nachrichten häufen sich:

„Russlands Gewinne aus Rohölverkäufen bleiben auf hohem Niveau. Neue Studien zeichnen akribisch nach, wie das Putin-Regime die Sanktionen vor allem über Zentralasien und die Türkei umgeht. Die Prognose des Internationalen Währungsfonds (IWF) sagt Russland in diesem Jahr ein ordentliches Wachstum von 2,6 Prozent voraus, nach drei Prozent im Vorjahr – deutlich stärker als die schwächelnde Wirtschaft in Deutschland und anderen großen EU-Staaten. ‚Es geht der russischen Wirtschaft definitiv besser, als wir und viele andere erwartet hatten‘, sagt IWF-Chefökonom Pierre-Olivier Gourinchas. Putins Kriegswirtschaft mit massiv gesteigerter Rüstungsproduktion trägt ebenso dazu bei wie die Einnahmen aus Energieexporten.“ (*Westdeutsche Allgemeine Zeitung* v. 23.02.2024)

Der Westen hat sich bezüglich des Wirtschaftskriegs gegen Russland erheblich verkalkuliert und dieser schadet den Ökonomien der europäisch westlichen Staaten mehr als Russland. Von den hochtönenden Reden aus Brüssel, Paris und Berlin, dass die Wirtschaftssanktionen die russische Wirtschaft ruinieren und einen wirtschaftlichen Kollaps herbeiführen sollten, hat man sich längst kleinlaut verabschiedet. Russland hat bis Ende 2023 fast sein gesamtes Öl nach China und Indien verkauft. Der Anteil Chinas liegt bei ca. 45 bis 50 Prozent und der von Indien ist innerhalb von zwei Jahre von fast null auf 40 Prozent gestiegen. (Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 28.12. 2023) Über Indien gelangt russisches Öl auch nach Deutschland, denn Indien verkauft Teile seines Ölimports aus Russland an westliche Staaten. Und noch immer fließt auch russisches Gas über Umwege nach Westeuropa. „Was an den Flüssiggas-Terminals an der belgischen und niederländischen Nordseeküste ankommt, wird zu großen Teilen weitergeleitet – auch nach Deutschland. [...] Doch anders als bei Öl wurde ein Embargo gegen Erdgas aus dem Land nie verhängt.“ (*Westdeutsche Allgemeine Zeitung* v. 20.02.2024) Nach EU-Angaben waren es an Gas-Einfuhren aus Russland in die Europäische Union immerhin knapp 15 Prozent der gesamten Gas-Importen; ein Teil davon fließt nach Deutschland. (Ebd.) Auch dass westliche Unternehmen massenweise in Russland ihre Geschäfte wegen des russischen Angriffskriegs eingestellt haben, entspricht nicht der Realität. Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (23.02.2024) berichtet, dass noch „zwei Drittel oder 277 aller deutschen Betriebe, die zu Beginn der Invasion in Russland waren, dort weiterhin aktiv“ sind. „Alles in allem hätten sich seit dem Überfall nur 358 ausländische Unternehmen durch Verkauf oder Liquidation aus Russland zurückgezogen, während 2138 oder 58 Prozent im Land geblieben“ sind. „Nach amerikanischen seien deutsche Unternehmen die größten ausländischen Steuerzahler. Im Jahr 2022 hätten die Amerikaner 690 Millionen Euro Gewinnsteuern an den Kreml überwiesen, die deutschen knapp 400 Millionen Euro.“ Die größten deutschen Steuerzahler waren Bayer, Metro, Adidas, Knauf und Siemens. Wutentbrannt formuliert die *Bild*-Zeitung (04.07.2023): „Deutsche Firmen machen immer noch Reibach in Russland! ... und füllen indirekt die Kriegskasse.“ Solidarität hin oder her – bei Geschäften hört bekanntlich die Moral auf.

POLITISCHE REPRESSION

Mit dem Angriff auf die Ukraine hat sich in Russland die politische Repression erheblich verschärft. Oppositionelle Kräfte und Medien, die den Autokraten Putin, seine Regierung und den russischen Krieg kritisieren, werden oftmals mit brutalen Mitteln unterdrückt, was u.a. auch die jüngste Präsidentenwahl deutlich machte. Durch ein Klima der Angst, der Einschüchterung und Verfolgung sind die Möglichkeiten progressiver Kräfte, politisch Einfluss zu nehmen gering. Für Alex Demirović verfolgt Putin das Ziel, „die imperiale Größe und Bedeutung Russlands wiederherzustellen. Deswegen unterstützt seine Regierung autoritäre Tendenzen in vielen Regionen, fördert den Regierungsterrorismus gegen Bevölkerungsgruppen, sabotiert demokratische Prozesse und sucht Allianzen mit rechtsradikalen Parteien in Europa.“ (Demirović 2023, 133)

2. FÜR DIE UKRAINE

Auch ukrainische Soldaten töten und sterben für ihr Land, das angegriffen wurde und dessen annektierte Gebiete durch Russland wieder unter die Herrschaft von Kiew gebracht werden sollen. Für die Ukraine hat der Krieg den Charakter einer *nationalen Selbstverteidigung* und für die NATO, ohne die die Ukraine diesen Krieg nicht führen könnte, den Charakter eines *Stellvertreterkriegs* gegen Russland. Denn ohne die Milliarden Dollar bzw. Euro für Waffenlieferungen, für den nationalen Haushalt und für humanitäre Zwecke, für die Ausbildung ukrainischer Soldaten an westlichem Militärgerät und für die wichtige Unterstützung westlicher Geheimdienste wäre das Land zu diesem Krieg überhaupt nicht in der Lage. Offensichtlich wird dies durch die immer wieder laut werdenden Forderungen von Präsident Selenskyj und seinen Regierungsmitgliedern bei allen nur erdenklichen Gelegenheiten an das westliche Militärbündnis nach mehr und effektiveren Waffen und Waffensystemen. Selenskyj verbindet das mit einem unerschütterlichen Bekenntnis zum Sieg gegenüber Russland, der ganz im westlichen Interesse liegt.

„Damit leistet er ein doppeltes Eingeständnis. Nämlich erstens, dass sein Land zu dem Krieg, dem er es vollständig unterwirft, für den und von dem allein es überhaupt noch lebt, von sich aus gar nicht fähig ist. Dass es ihn führt, ist eine nationale Auftragsarbeit. Für welchen externen Zweck die Ukrainer aufgerufen werden, wenn sie für ihr heiliges Vaterland töten, sterben und leiden, bringt der Präsident bei seinen Auslandsbesuchen – und den Besuchen des wohlgesonnenen Auslands in Kiew – mit dem stereotypen Appell an den strategischen Eigennutz der freien Welt im Allgemeinen, den Sicherheitsbedarf der Europäer im Besonderen in Erinnerung. Das tut er mit zunehmender Dringlichkeit; und darin liegt das zweite Eingeständnis: Sein Land hält diesen Krieg immer weniger aus.“ (*Gegenstandspunkt* 1-24, 10)

Aus der viel beschworenen Offensive der ukrainischen Armee zur Rückeroberung der durch Russland annektierten Gebiete ist nichts geworden. Im Gegenteil: Im Frontverlauf befindet man sich in der Defensive, russische Geländegewinne sind zu verzeichnen und durch die immensen Bombardierungen mit Raketen und Drohnen seitens der russischen Armee auf die zentrale Energieinfrastruktur in der ganzen Ukraine wird die Versorgungslage für die Bevölkerung und für die Industrie sehr prekär. Der Ukraine fehlen militärisch geschultes Personal und Waffen. Zudem wird von einer Ermüdung der Soldaten berichtet, die sich seit mehr als zwei Jahren in einem brutalen Abnutzungs- und Stellungskrieg befinden. Der Waffennachschub aus den NATO-Staaten stockt aufgrund nicht ausreichender eigener Kapazitäten. Zudem musste die Regierung der USA, bisher der größte und mächtigste Unterstützer der Ukraine, aus innenpolitischen Gründen des näher rückenden Präsidentschaftswahlkampfes – hier das Veto der republikanischen Partei – die finanzielle und militärische Unterstützung monatelang aussetzen. Durch die Entscheidung im Repräsentantenhaus – gegen die Mehrheit der Republikaner aber mit den Stimmen der Minderheitsfraktion der Demokraten – können die von der Regierung vorgesehenen 61 Milliarden US-Dollar für die Ukraine ausgegeben werden. Die Zustimmung des Senats, dort haben Bidens Demokraten die Mehrheit, ist ebenfalls erfolgt.



„Wir sind im Überlebenskampf“, so der ukrainische Botschafter Oleksii Makeiev im Interview mit der *Westdeutschen Allgemeinen Zeitung* vom 21.02.2024. Dass der Ton in den offiziellen Aussagen immer verzweifelter wird, zeigt auch das Interview, das Selenskyj in einem Interview mit dem US-Fernsehsender CBS einräumte, „dass sein Land einer möglichen neuen russischen Bodenoffensive nicht gewachsen sein könnte. Als Zeitraum nannte Selenskyj die zweite Maihälfte oder den Juni – wenn der Boden nach der Schlammperiode wieder trocken sei und schwere Waffen sich im Gelände bewegen könnten.“ (*junge Welt* v. 30.03.2024) Mit diesem Szenario einer möglichen Niederlage bezweckt der ukrainische Präsident natürlich die Forderung an die US-Politik, und hier im Besonderen an die republikanische Partei, ihr Veto gegen die von der Biden-Regierung geplante umfassende militärische Unterstützung an die Ukraine von ca. 60 Milliarden US-Dollar aufzugeben. Denn eine Niederlage der Ukraine wäre gleichbedeutend mit einer Niederlage der USA als Hegemon und des westlichen Militärbündnisses. In diesem Zusammenhang betont Selenskyj immer wieder, dass es falsch sei zu glauben, die Lieferung westlicher Waffen an sein Land würde Russland zu einer Eskalation mit taktischen Atomwaffen veranlassen. Die Zurückhaltung von Waffen, dies ist vor allem an die deutsche Adresse gerichtet, endlich die Taurus-Marschflugkörper zu liefern, helfe Russland und schwäche sein eigenes Land. Das verbindet er ebenfalls mit der Warnung, dass es Putin nicht nur um die Ukraine gehe, sondern weitere ehemalige Sowjet-Republiken, hier die baltischen Staaten, gefährdet seien. Die aktuelle militärische Überlegenheit Russlands in diesem Krieg verstärkt in der NATO und bei westlichen Regierungen die Diskussion, die der französische Präsident entfacht hat, französische Bodentruppen in die Ukraine zu entsenden, versehen mit dem Hinweis, diese nicht in Kampfgeschehen an der Front einzusetzen, sondern zur Ausbildung von ukrainischen Soldaten im Hinterland und zur Sicherung der ukrainisch-belarussischen Grenze. Somit könnten die dort eingesetzten ukrainischen Soldaten ersetzt und als Verstärkung an die Front geschickt werden. Dies wäre von Seiten der NATO ein Eskalationsschritt, den man in der Vergangenheit unter allen Umständen vermeiden wollte. Die NATO wäre somit eine direkte Kriegspartei gegen Russland, was sie ja indirekt schon lange ist. Kanzler Scholz warnt vor einer solchen Situation und bekräftigte, dass kein Bundeswehrsoldat in der Ukraine stationiert werde.



(Post-)Pandemische Normalitäten

Zu den gesellschaftlichen Auswirkungen der Corona-Krise



Guido Arnold | Margret Jäger
Helmut Kellershohn (Hg.)



(Post-)Pandemische Normalitäten
Zu den gesellschaftlichen Auswirkungen
der Corona-Krise

Guido Arnold | Margret Jäger | Helmut
Kellershohn (Hg.): Unrast-Verlag
Edition DISS Band 50 | ISBN 978-3-89771-7
Dezember 2022 | 160 Seiten | 19,80 €

Das Buch versammelt Beiträge, die unter der leitenden Fragestellung stehen, welche »neuen Normalitäten« durch die Corona-Krise generiert werden. Worin besteht ihre bestimmte Qualität und in welcher Relation stehen sie zu den vorpandemischen gesellschaftlichen Verhältnissen?

Die Autorinnen und Autoren sind nicht einem gemeinsamen theoretischen Konzept verpflichtet, sondern bearbeiten die von ihnen gewählte Thematik aus dem ihnen eigenen theoretischen und politischen Blickwinkel. Sie gehen rassistischen und nationalistischen Entsolidarisierungsprozessen nach oder analysieren, wie ein technokratisch geleiteter »Solutionismus« im automatisierten Bevölkerungsmanagement eine Ungleichbehandlung festschreibt – ja sogar zur neuen Gerechtigkeitsvorstellung sich vertiefen könnte.

Sie fragen: Welchen Einfluss hat die Corona-Krise auf die weitere Entwicklung der Geschlechterverhältnisse? Wie verändert die durch Corona induzierte bzw. maßgeblich beschleunigte Digitalisierung den Bildungs- und Arbeitsbereich? Wie lässt sich die vertiefte Entwicklung von sozialen Ungleichheitsverhältnissen beschreiben? Wie erklärt sich die zunehmende Bedeutung von Verschwörungsmythen? Wie reagiert die politische Rechte auf die veränderten Konstellationen?

PROPAGANDAAPPARAT AUF HOCHTOUREN

Dass in Kriegszeiten die Wahrheit auf der Strecke bleibt und die Propaganda hochgefahren wird, ist keine neue Erkenntnis. So sind laut dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj bislang 31.000 ukrainische Soldaten im Krieg gegen Russland gefallen. Damit wurden auf einer Pressekonferenz erstmals offizielle Opferzahlen genannt. Die Zahl der Verwundeten wollte er nicht nennen. Verlustzahlen von amerikanischer und russischer Seite, die von 100.000 bis 300.000 getöteten ukrainischen Soldaten sprechen, wies Selenskyj zurück. „Das ist alles Unsinn.“ (Zit. nach *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 26.02.2024). Von amerikanischen Stellen sind diese hohen Verlustzahlen schon häufig genannt worden. Dass in Kriegszeiten oppositionelle Stimmen unterdrückt werden, betrifft nicht nur Russland. So berichtet Robert Putzbach von der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, dass der Inlandsgeheimdienst SBU systematisch investigative Journalisten bespitzelt, die regelmäßig Dokumente und Verträge veröffentlichen, um Misswirtschaft und Korruption aufzudecken. (07.02.2024) Korruption ist selbst nach EU-Angaben in der Ukraine ein sehr großes Problem, das vor allem hochrangige Personen und Institutionen betrifft. Für Kriegsgegner ist es in der Ukraine äußerst schwierig und gefährlich, ihre Meinung zu äußern. Die Regierung hat sämtliche Fernsehkanäle unter staatliche Kontrolle gestellt. Zudem sind elf oppositionelle Parteien strikt verboten worden. (Vgl. *der Freitag* v. 11.01.2024) Eine andere Position als die regierungsamtliche ist nicht erwünscht. Der Abschuss eines russischen Flugzeugs am 24.01.2024 mit über 60 zum Austausch vorgesehenen ukrainischen Soldaten gegen russische Kriegsgefangene in der Ukraine ist anfänglich strikt geleugnet und als russische Propaganda bezeichnet worden. Russland selbst wurde für den Abschuss verantwortlich gemacht. Von westlichen Medien ist das sofort ungeprüft übernommen worden. Erst nach mehrtägiger Verzögerung hat die Ukraine eingeräumt, dass die russische Darstellung des Flugzeugabsturzes von Belgorod zutreffend ist. Auch die Echtheit der von Moskau veröffentlichten Namensliste der auszutauschenden Gefangenen wurde eingeräumt. (Vgl. *junge Welt* v. 30.01.2024) Westliche Regierungen und Medien schenkten der Tatsache des Abschusses des Flugzeugs mit vielen Toten durch ukrainisches Militär keine weitere Bedeutung, da solche Meldungen nicht in das Narrativ des ukrainischen Opfers passen.

„DAS UKRAINE-PARADOX“

So titelt die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 30.12.2023, wonach die Ukraine einerseits neue Männer für die Front dringend benötigt, andererseits nach Angaben der europäischen Statistikbehörde seit Kriegsbeginn etwa 650.000 Männer im wehrpflichtigen Alter die Ukraine verlassen und in der EU Zuflucht gefunden haben. Von dieser Zahl beziehen derzeit mehr als 220.000 Männer Bürgergeld von der Bundesregierung. Die Zahl der nichtregistrierten Ukrainer in Deutschland beträgt nach Schätzungen bis zu 100.000 Männer. Nach ukrainischem Recht handelt es sich bei den aus der Ukraine geflüchteten Männern um Straftäter, weil sie sich unter dem Kriegsrecht der Wehrpflicht entzogen haben, denn seit der russischen Invasion gilt in der Ukraine das Kriegsrecht und damit eine Generalmobilmachung. Männer zwischen 18 und 60 Jahren dürfen das Land nur in absoluten Ausnahmefällen verlassen. Die Bundesregierung lehnt es nach Auskunft von Justizminister Marco Buschmann (FDP) ab, diese Männer zu einer Rückkehr in die Ukraine zu zwingen. „Dass wir nun Menschen gegen ihren Willen zu einer Wehrpflicht oder zu einem Kriegsdienst zwingen, das wird nicht der Fall sein.“ (FAZ v. 30.12.2023) Die sehr hohe Anzahl geflüchteter Männer aus der Ukraine zeigt, dass sie sich nicht als Manövriermasse einer Staatsführung verheizen lassen wollen und den Kriegsdienst ablehnen.



3. FÜR DIE WESTLICHE KRIEGSALLIANZ: USA UND EUROPA

Der eigentliche Gegner Russlands ist die westliche Kriegsallianz. Deren „Engagement – ohne das es, wie jeder weiß, den Krieg gar nicht gäbe – nimmt den russischen Einspruch gegen ihre Politik der fortschreitenden Dezimierung russischer Weltmacht ernst, nämlich als Angriff auf ihr Weltordnungs- und strategisches Gewaltmonopol. Sie beantwortet Russlands gewaltsame Selbstbehauptung dort und auf dem Niveau, auf dem Russland sie sucht: im Kampf um die Ukraine, den Moskau als Entscheidungsfall für den eigentlichen großen Konflikt definiert und durchführt.“ (*Gegenstandspunkt* 1-24, 10) Ohne eigene Soldaten zu opfern, wird die schrankenlose Opferbereitschaft des ukrainischen Militärs in Kauf genommen, um mit vielen Milliarden Dollar/Euro an Waffenlieferungen an die Ukraine Russlands konventionelle Armee so entscheidend zu schädigen, dass Russlands Ambitionen als Weltmacht zunichte gemacht werden. Das ist, trotz aktueller militärischer Rückschläge in der Ukraine, erklärtes Ziel der Regierungen der westlichen Kriegsallianz.

Dieses gemeinsame Ziel bekommt allerdings in den **USA** einige Risse, da durch den politischen Streit zwischen den Republikanern und den Demokraten weitere milliarden schwere Unterstützungen monatelang an der Blockade der Republikaner scheiterten. Für etliche Hardliner dieser Partei wird diese Hilfe für die Ukraine nicht nur in Frage gestellt, sondern auch als unnötig bezeichnet. Marjorie Taylor Greene, vom äußersten rechten Flügel, sieht sich mit vielen anderen Parteikollegen*innen als ausgesprochene Gegnerin der Ukrainehilfe. Der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* (22.04.2024) zufolge kritisiert sie die Biden-Regierung, weil sie der Ukraine Geld gebe, damit diese wiederum Menschen umbringe. Die amerikanische Grenze zu Mexiko zu schützen, dies sei die Aufgabe der US-Regierung. Statt fremden Staaten Geld zu geben, um andere Völker zu töten, müsse man Frieden fordern. Aber Frieden sei das Letzte, was Washington wolle, weil es nicht dem Geschäftsmodell entspreche.

China wird dagegen als eigentlicher und viel gefährlicherer Feind angesehen, da es die Rolle der USA als Hegemon ernsthaft gefährden könnte. Hierin sind sich beide politischen Lager in den USA einig. Allerdings scheint sich in der US-Politik eine Umorientierung anzubahnen, die für die Ukraine eine andere Kriegsführung beinhaltet, nämlich eine Umstellung auf Defensive an der Front. Die Rückeroberung der besetzten Gebiete scheint nur noch in der Rhetorik des ukrainischen Präsidenten eine Rolle zu spielen. Daraufhin deuten die Aussagen von Matthew Miller, Sprecher des US-Außenministeriums am 04.01.2024 hin:

„Wir werden die Ukraine weiterhin unterstützen. [...] Das bedeutet nicht, dass wir sie weiterhin mit der gleichen militärischen Finanzierung unterstützen werden wie in den Jahren 2022 und 2023. Wir glauben nicht, dass das notwendig sein sollte, denn das Ziel besteht letztlich darin, die Ukraine umzustellen, dass sie auf eigenen Füßen steht, und der Ukraine dabei zu helfen, eine eigene Industriebasis und eine eigene militärisch-industrielle Basis aufzubauen, damit sie selbst Waffen finanzieren, bauen und erwerben kann. Aber wir sind noch nicht so weit, und deshalb ist es so wichtig, dass der Kongress

das Gesetz zur zusätzlichen Finanzierung verabschiedet, denn wir sind noch nicht an dem Punkt angelangt, an dem die Ukraine sich allein aus eigener Kraft verteidigen kann.“ (Zit. nach *Gegenstandspunkt* 1-24, 12)

Es geht also um den Aufbau einer eigenen militärisch-industriellen Basis, um in der Lage zu sein, die für den weiteren Abnutzungskrieg gegen Russland benötigten Waffen selbst herzustellen. Das beinhaltet auch die Entwicklung einer Ökonomie, die für den ukrainischen Staat als Quelle zur Finanzierung des Staatshaushalts in der Lage ist.

DIE USA PROFITIEREN VOM UKRAINE-KRIEG

Während die deutsche Wirtschaft unter den Folgen des Ukraine-Kriegs leidet und hinsichtlich des Wachstums das Schlusslicht in der EU bildet, sieht die wirtschaftliche Lage in den USA anders aus. So berichtet die *Frankfurter Rundschau* (24.02.2024), dass die US-Industrieproduktion des Verteidigungssektors mit 17 Prozent Wachstum in zwei Jahren Profit aus dem Ukraine-Krieg zieht. Die *FR* bezieht sich dabei auf einen Bericht des *Wall Street Journal*, wonach der Krieg zwischen Russland, der Ukraine und dem Westen der amerikanischen Industrie zu einem enormen Aufschwung verholfen hat. Besonders die US-Rüstungsunternehmen profitieren von dem Krieg, da europäische Verbündete wie Deutschland mit Milliarden-Aufträgen bei US-Konzernen wie Lockheed-Martin, Raytheon und Co. ihre militärischen Bestände modernisieren und aufrüsten. Konkret bedeutet das, dass seit Beginn des Ukraine-Krieges 63 Prozent aller EU-Rüstungsimporte in den USA beschafft wurden, nur 22 Prozent in EU-Ländern (vgl. *junge Welt* v. 06.03.2024). Hinzu kommen dann ja noch die Gewinne aus der Flüssiggas-Lieferung der USA an Europa und speziell an Deutschland zu einem wesentlich höheren Preis als die früheren Gaslieferungen aus Russland.

Für die **europäischen NATO-Staaten** wächst die Befürchtung, dass der Krieg für die Ukraine nicht zu gewinnen ist. Ein russischer Erfolg würde Putin ermutigen, Mitglieder der NATO, hier die baltischen Staaten als ehemalige Sowjetrepubliken, anzugreifen. Zudem sichere die Ukraine unsere Freiheit und unseren Frieden. So die Außenministerin Annalena Baerbock in einem Interview mit der *Westdeutschen Allgemeinen Zeitung* (30.03.2024) über den „brutalen Angriffskrieg gegen die Ukraine und die europäische Friedensordnung“: „Denn wenn die Ukraine sich nicht mehr verteidigen kann, weil wir nicht genug Waffen liefern, stehen Putins Truppen morgen an der ukrainisch-polnischen Grenze – nur acht Autostunden von Berlin entfernt. Die Ukraine sichert auch unseren Frieden.“ Entsprechend häufen sich die Appelle zur Geschlossenheit und zur intensiveren Unterstützung mit Waffen. So ist auch der Vorschlag von NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg zu verstehen, die NATO-Staaten sollten in den nächsten fünf Jahren 100 Milliarden Euro aufbringen, um die Ukraine militärisch zu unterstützen. „Wir müssen der Ukraine auf lange Sicht verlässliche und vorhersehbare Unterstützung für ihre Sicherheit leisten [...].“ (Zit. nach *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 04.04.2024) Das Geld sollen die Mitgliedsstaaten im Verhältnis zu ihrer Wirtschaftsstärke aufbringen. Dieser Vorschlag ist auch vor dem Hintergrund zu verstehen, dass die Unterstützung der Ukraine angesichts einer möglichen Wiederwahl Donald Trumps zum



amerikanischen Präsidenten in den Strukturen der Allianz abgesichert wird. (Ebd.) Das bedeutet im Klartext, Regelungen gegen Trump vorsichtshalber zu treffen, da dieser ja nach eigenem Bekunden in der Lage ist, den Ukraine-Krieg binnen eines Tages zu beenden. Zudem will er nur noch Verbündete im Kriegsfall verteidigen, die auch ihre NATO-Rechnungen bezahlt haben. Auch würden die USA überproportional viel für die NATO einzahlen. Stoltenbergs Vorschlag, die Koordination der Waffenhilfe in die NATO-Kommandostruktur zu überführen, ist neu, da bisher jedes NATO-Land selbst über die Waffenunterstützung entscheidet. Ein Schritt, der die NATO immer mehr zur Kriegspartei werden lässt, was offiziell jedoch verneint wird. Ungeteilte Zustimmung auf dem Außenministertreffen erfolgte jedoch nicht. So wurde u.a. von dem ungarischen Vertreter die Ansicht vertreten, Ungarn sei einem Verteidigungspakt beigetreten, keinem Angriffspakt. Der Ukraine-Krieg sei „nicht Ungarns Krieg und auch nicht der der NATO“ (*junge Welt* v. 05.04.2024).

Das Kieler Institut für Weltwirtschaft (IfW) hat neue Zahlen über die enormen Hilfszusagen an die Ukraine veröffentlicht. Danach haben, Stand 15.01.2024, seit Kriegsbeginn die USA 42,22 Milliarden Euro an militärischen Hilfszusagen ausgegeben, Deutschland 17,7 Milliarden, Großbritannien 9,12, Dänemark 8,40 und die EU (Kommission und Rat) 5,6 Milliarden Euro. Frankreich belegt laut IfW mit 0,64 Milliarden einen hinteren Platz. Die kumulierten Hilfszusagen (militärisch, finanziell und humanitär) in Milliarden Euro belaufen sich bis Januar 2024 für die EU auf 142,03, für die USA auf 67,71. Allerdings muss bei diesen Zahlen laut IfW beachtet werden, dass es „unter den Unterstützern einen großen Unterschied [gebe] zwischen der zugesagten und der tatsächlichen bereitgestellten militärischen Hilfe“. (Zit. nach *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 17.02.2024) Bundeskanzler Scholz weist immer wieder darauf hin, dass Deutschland nach den USA der zweitgrößte Unterstützer der Ukraine ist und andere europäische Staaten größere Anstrengungen der Unterstützung leisten sollten. Innereuropäische Rivalitäten, hier vor allem zwischen Deutschland und Frankreich, sind die Folgen.

Die europäischen NATO-Staaten stehen vor der Notwendigkeit, die eigenen Geld- und Waffenlieferungen intensiver zu erhöhen. Das geht mit einem deutlichen Wunsch an die europäische Rüstungsindustrie einher, durch vermehrte Anstrengungen Waffen schneller und umfangreicher zu produzieren. So erhält als Beispiel der deutsche Rüstungskonzern Rheinmetall, trotz horrender eigener Profite, 130 Millionen Fördergelder der Europäischen Union zur Erhöhung der Munitionsproduktion (vgl. *Westdeutsche Allgemeine Zeitung* v. 27.03.2024).

EUROPÄISCHE NATO-BODENTRUPPEN FÜR DIE UKRAINE?

Auch die Diskussion um das beste und effizienteste Kriegsgerät beherrscht nicht nur die europäische, sondern vor allem auch die deutsche Debatte, die mit viel Wut und Kriegsgeschrei vorgetragen wird, was am Beispiel der Taurus-Marschflugkörper deutlich wird. „Das Drehbuch dafür gibt es längst. Es folgt dem bewährten Muster, dass die ‚rote Linie‘ von heute die akzeptierte Praxis von morgen ist: die fälligen Stationen sind mit ‚F-16‘, ‚Taurus‘, ‚Ausgleich des Personal mangels der ukrainischen

Armee durch westliche Soldaten in der Etappe‘, schließlich – wenn schon, denn schon – mit ‚Boots on the ground‘ schon mal in der Debatte.“ (*Gegenstandspunkt* 1-24, 14) Bezüglich der ‚roten Linien‘ bezieht sich die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (05.04.2024) auf den französischen Präsidenten Emmanuel Macron, für den es „keine roten Linien“ mehr gebe, da der Ausgang des Krieges für Europa „existenziell“ sei. Er schließe nichts aus, auch nicht den Einsatz von französischen Bodentruppen. Bundeskanzler Scholz will genau das vermeiden, da dies zu einer direkten Konfrontation mit russischen Truppen führen könnte. Das war bisher immer das absolute Tabu. Einem Bundeswehreininsatz in der Ukraine erteilt er eine Absage, auch mit Zustimmung der Opposition. Konsens besteht dagegen – allerdings nicht bezüglich der Lieferung der Taurus-Marschflugkörper – in der massiven Unterstützung der Ukraine bezüglich Waffen und Geld. Das Kriegselend will man allerdings den ukrainischen Soldaten überlassen, die man dafür als aufopfernde Freiheitshelden feiert. Aber vielleicht gilt diese deutsche Absage an Kampfverbänden der Bundeswehrsoldaten nur so lange, wie die Ukraine dem Vorrücken der russischen Armee noch einigermaßen Einhalt gebieten kann. Also dann doch NATO-Bodentruppen, einschließlich der Bundeswehr, eines Tages in der Ukraine? Und keine ‚roten Linien‘ mehr und für eine schrankenlose Eskalation des Krieges, damit Russland der westlichen Vorherrschaft in Europa keine Schranken mehr setzen kann?

JENSEITS DER KRIEGSLOGIK ODER „KANONEN OHNE BUTTER“?

Das Narrativ von den Guten und den Bösen und die ideologische Verengung auf ein „Ihr seid für uns“ oder „Ihr seid gegen uns“ in den meisten Parteien und Medien beherrscht nach wie vor den Diskurs in Europa, vor allem aber in Deutschland. Entsprechend groß waren Aufregung und Kritik bei den Worten von Papst Franziskus mit seiner indirekten Aufforderung an die Ukraine, Mut zu Verhandlungen zu haben und die weiße Fahne zu hissen. „Wenn man sieht, dass man besiegt ist, dass es nicht gut läuft, muss man den Mut haben, zu verhandeln.“ In dem Interview mit dem Schweizer Sender RSI wird der Papst auch zu Forderungen nach „Mut zur Kapitulation, zur weißen Fahne“ gefragt. „Das ist eine Frage der Sichtweise. Aber ich denke, dass derjenige stärker ist, der die Situation erkennt, der an sein Volk denkt, der den Mut der weißen Fahne hat, zu verhandeln.“ (Zit. nach *Rheinische Post* v. 12.03.2024) Es hagelte Kritik an dieser Aussage – international wie national – von der herrschenden Politik wie von den etablierten Medien. „Für Franziskus ist die Sache gelaufen: Die Ukraine hat den Krieg verloren, soll kapitulieren und einen von Erdoğan vermittelten Diktatfrieden Putins akzeptieren.“ (*Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 12.03.2024) Eine dauerhafte friedliche Lösung auf dem Verhandlungsweg kann nach vorherrschender westlicher Auffassung nur durch die massive militärische Unterstützung der Ukraine erfolgen. Eine vergleichbare Debatte gab es nach der Rede des Fraktionsvorsitzenden der SPD Rolf Mützenich vor dem Deutschen Bundestag, in der er die Diskussion über den Krieg nicht auf das Für und Wider von Waffenlieferungen beschränkt sehen will: „Ist es nicht an der Zeit, dass wir nicht nur darüber reden, wie man den Krieg führt, sondern auch darüber nachdenken, wie man einen Krieg einfrieren und später auch beenden kann?“ (Zit. nach *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v.

22.03.2024) Auch hier wütende Beschimpfungen, Hohn und Spott für einen, der es wagt, von einem Einfrieren des Krieges zu sprechen und für den eine solche Frage kein „Schandfleck“ ist. Für den herrschenden bellizistischen Zeitgeist ist der Sieg der Ukraine gegenüber Moskau, unter Zuhilfenahme der NATO, das einzige legitime Ziel. Tausende weitere tote Zivilisten und Soldaten werden dafür in Kauf genommen.

Begleitet wird diese herrschende Debatte mit der unbedingten Notwendigkeit um die „Kriegstüchtigkeit“ der Bundeswehr, die Verteidigungsminister Boris Pistorius vehement einfordert. Diese Kriegstüchtigkeit soll aber nicht nur beschränkt sein auf die Bundeswehr, sondern bezogen auch auf das ganze Land, auf Schulen, Universitäten, Gesundheitswesen und auf eine Umorientierung der Bevölkerung auf militärische Positionen, Aufrüstung und insgesamt auf eine Kriegsstimmung. Die Prämisse, Russland sei bereit einen NATO-Staat anzugreifen, mit diesem Gedanken geht die herrschende Politik täglich hausieren, allen voran natürlich die „Einpeitscher“ Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP) und Anton Hofreiter von den Grünen. In dieser Kriegslogik, verbunden mit der zunehmenden Militarisierung der Gesellschaft, werden mahnende Worte nach Verhandlungslösungen, Diplomatie und Waffenstillstand, um der weiteren Verwüstung der Ukraine mit zigtausenden toten Soldaten und Zivilisten Einhalt zu gebieten, als völlig unpassend, realitätsfremd, naiv und als Russland in die Karten spielend desavouiert. Im Gegenteil: Wir müssten „die Komfortzone verlassen und endlich so handeln ...“, wie es ein Krieg erfordert. [...] Unsere Sicherheit wird am Dnjepr verteidigt“, daher sei der Krieg in der Ukraine längst „auch unser Krieg“, so die beiden Parteimitglieder der Grünen Ralf Fücks und Marieluise Beck vom mit Steuermillionen finanzierten Zentrum Liberale Moderne. (Zit. nach Kronauer 2024, 13) Mit dieser „Komfortzone“ wird dann in der Konsequenz im politischen und medialen Diskurs die Frage gestellt: Was ist uns die Freiheit vor dem Aggressor Putin wert und sind wir bereit, auch finanzielle Einschränkungen zugunsten einer notwendigen Kriegstauglichkeit der Bundeswehr hinzunehmen? „Die Folgen, die eine derart dramatische Aufrüstung [Pistorius spricht sogar von einer Aufstockung des Rüstungs-etats von drei bis 3,5 Prozent des BIP, W.K.] für den Sozialhaushalt, die Renten und das Gesundheitswesen hätte, liegen auf der Hand. ‚Kanonen und Butter – das wäre schön, wenn das ginge‘ sagte im Februar der Präsident des Ifo-Instituts, Clemens Fuest: ‚Aber das ist Schlaraffenland. Das geht nicht.‘ In Zukunft werde es also ‚Kanonen ohne Butter‘ geben.“ (Ebd., 14) Verteidigungsminister Boris Pistorius kann sich mit seiner Forderung, dass die deutsche Gesellschaft kriegstüchtig werden müsse, im Besonderen auf die Partei der Grünen verlassen. Claudius Seidl charakterisiert sie in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* (04.04.2024) euphorisch als eine, die „längst gelernt hat, dass Wohlstand, Komfort, Bequemlichkeit nicht zu den unveräußerlichen Menschenrechten gehören. Dass man bereit sein muss, die eigene Lebenspraxis infrage zu stellen, wenn tödliche Bedrohungen erkennbar werden. Zu diesen Bedrohungen gehört eben nicht nur der Klimawandel. Zu diesen Bedrohungen gehört auch Putins Krieg. Es sieht so aus, als wäre ausgerechnet der angeblichen Verbotspartei die Freiheit kostbar genug, dass man für sie Opfer bringen muss.“ Passender kann, wie gesagt, die Forderung „Kanonen ohne Butter“ nicht formuliert werden.

Stand: 02.05.2024

LITERATUR

- Bluhm, Katharina (2024): Russland und der Westen. Ideologie, Ökonomie und Politik seit dem Ende der Sowjetunion, Berlin.
- Demirović, Alex (2023): Gegen die Eindeutigkeit, in: LuXemburg 2/2023, Berlin, 132-137.
- Gegenstandspunkt (2024): Politische Vierteljahresschrift, Heft 1, München.
- Kronauer, Jörg (2024): „Kanonen ohne Butter“, in: Konkret, Heft 4, Hamburg, 12-16.

Wolfgang Kastrup ist Mitglied der Redaktion des DISS-Journals und im AK Kritische Gesellschaftstheorie

BREXITANNIA

Großbritanniens Weg aus der EU
Great Britain's Exit from the EU



Robert Tonks | Zakaria Rahmani



BREXITANNIA

Robert Tonks, Zakaria Rahmani
Unrast-Verlag, Edition DISS Band 49
ISBN: 978-3-89771-778-7
Preis 19,80

1973 trat Großbritannien der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) bei. In einem Referendum zwei Jahre später stimmten 68% der Brit*innen für den Verbleib in der EWG. Am 31. Januar 2020 trat Großbritannien schließlich aus der Europäischen Union (EU) aus. Was war in der Zwischenzeit passiert?

Um die britische Sicht der Dinge zu verstehen, reisten die Autoren – der deutsch-britische Politikwissenschaftler Robert Tonks und der Medienproduzent Zakaria Rahmani – im Sommer 2020 quer über die Insel. Aus ihren Recherchen entstand der WDR-Podcast *Brexitannia*, der inzwischen sogar im Schulunterricht verwendet wird. Tonks und Rahmani sprachen mit zahlreichen Menschen aus unterschiedlichsten Lebensbereichen, Schichten und Berufen und mit dem Professor, der als ›Erfinder des Brexit‹ gilt.

Warum traf der rote Bus der Brexit-Kampagne mit dem Versprechen, die EU-Millionen direkt in den nationalen Gesundheitsdienst NHS zu investieren, den Nerv so vieler Brit*innen? Warum hatten so viele ehemalige Bergarbeiter für den Brexit gestimmt? Der Brexit habe sich in den abgehängten und armen Gebieten des Landes entschieden, hieß es 2016. Doch stellte sich heraus, dass die Befürwortenden auch woanders saßen: in Middle England. Das Problem nur: Dieser Ort ist auf keiner Karte zu finden. »Die Briten wollten eigentlich nie wirklich Mitglied der EU sein!«, hört man oft. Was ist dran, an dieser Aussage? Was bedeutet der Brexit für die Zukunft der Insel?



Das Grunderbe

EIN SYMPTOM DER IDEOLOGISCHEN VERIRRUNG IN DER SPD-LINKEN

Von Wilfried Schollenberger

ANLASS

Nach dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) mit seiner Pressemitteilung vom 15. Dezember 2021² und den Jusos mit ihrem Beschluss auf dem letzten Bundeskongress³ haben auch vier ostdeutsche SPD-Bezirke, besonders ausführlich Sachsen, mit ihren Anträgen auf dem Bundesparteitag die Einführung eines „Grunderbes“ gefordert.⁴ Nach den Berechnungen des DIW würde „ein Grunderbe in Höhe von bis zu 20.000 Euro für alle 18-Jährigen und deren Finanzierung durch Erbschaftsteuer oder Vermögenssteuer [...] die Vermögensungleichheit in Deutschland deutlich reduzieren. Je nach Ausgestaltung sänke der Gini-Koeffizient, das Standardmaß der Ungleichheit, um fünf bis sieben Prozent.“⁵ Die Jusos gehen einen Schritt weiter und fordern 60.000 Euro.

Ungleichheit, und vor allem Vermögensungleichheit, ist schon länger ein heißes Thema. So hat der SPD-Kreisvorsitzende von Berlin Mitte, Yannick Haan, mit seinem Buch *„Enterbt uns doch endlich!“* das Erben als wesentlichste Ursache der Vermögensungleichheit „entdeckt“. Und Thilo Scholle (2022) kommentiert dieses Buch für die „Akademie für Soziale Demokratie“ bei der Friedrich-Ebert-Stiftung: „Ökonomische Ungleichheiten sind eine Gefahr für unsere Demokratie. Die notwendige Gestaltung einer ökologischen Transformation unserer Industriegesellschaft wird nur gelingen, wenn sie ohne soziale Verwerfungen organisiert wird. Vor diesem Hintergrund leistet Yannick Haans Buch einen lesenswerten Beitrag zu einer zentralen gesellschaftlichen Debatte.“

WAS IST DARAN FALSCH?

Die Bekämpfung von Ungleichheit durch staatliche Umverteilung gehört zum ‚Markenkern‘ reformistischer Sozialisten, also auch der SPD. Ähnlich wie beim „bedingungslosen Grundeinkommen“ führt eine Kritik am Grunderbe, die an der politischen Umsetzbarkeit oder der Finanzierung ansetzt, in die Irre. Es geht hier um das Gesellschafts- und Menschenbild, die Ideologie, die hinter dieser Forderung stecken. Dabei geht es mir hier **nicht** um die Frage, ob und wie der Staat mehr Geld einnehmen soll, sondern um den Vorschlag, dieses Geld individuell zu verteilen.

INDIVIDUUM STATT KOLLEKTIV

M.E. entspringen solche Vorstellungen einer Ideologie, die John J. Mearsheimer als fortschrittlichen Liberalismus analysiert.⁶ Dabei verbinden sich die klassisch liberalen Vorstellungen eines autonomen, freien, eigenverantwortlichen Individuums mit seinen Freiheitsrechten Leben, Eigentum, Religion, insg. frei von staatlichen und gesellschaftlichen Beschränkungen, mit der Vorstellung von positiven individuellen Rechten, die nur der Staat herstellen kann, z.B. Bildung, Gesundheitsversorgung, soziale Sicherheit, Chancengleichheit. Umstritten ist dabei nicht ob, sondern welche Rechte in welchem Umfang der Staat herstellen und garantieren kann und soll.

UN GER

Bei Yannick Haan liest sich dieser Liberalismus so: „Eines der Grundprinzipien unseres marktwirtschaftlichen Systems ist es, dass wir durch unser eigenes Handeln unser Leben, unser gesellschaftliches Fortkommen bestimmen können. Es ist das große Versprechen, das mit unserem Wirtschaftssystem einhergeht. Doch ist dieses Versprechen noch haltbar? Sind wir durch das Prinzip des Erbens nicht vielmehr zurück in eine Art moderne feudalistische Gesellschaft? In eine Gesellschaft, in der die Abstammung wichtiger ist, als das eigene Handeln?“⁷ Aus „Kapitalismus“ wird „marktwirtschaftliches System“, und aus „Klassengesellschaft“ wird „eine Art moderne feudalistische Gesellschaft“, die auf dem „Prinzip des Erbens“ beruhe.

Weniger drastisch finden wir diese und ähnliche Vorstellungen in vielen Diskursen, die sich um Chancen- und Leistungsgechtigkeit drehen: „Wenn die Individuen mit genügend Ressourcen ausgestattet werden, sind sie ihres Glückes Schmied.“ Ungleichheit wäre dann, wenn sie nicht vererbt wäre, das gerechte Ergebnis der jeweils eigenen Leistung.

Die grundsätzliche Kritik an dieser Ideologie setzt an der Vorstellung vom einzelnen, autonomen Individuum an: Menschen sind von Geburt an soziale Wesen, die in jeweils besondere gesellschaftliche Gruppen und Verhältnisse hineingeboren werden. Dabei sind die Familie der kleinste und der Staat der größte soziale Kontext.⁸ Ohne diese Einbettung in konkrete gesellschaftliche Verhältnisse könnte das Individuum nicht

2 DIW-Pressemitteilung vom 15. Dezember 2021

3 Deutschlandfunk, 19.11.2023

4 SPD-Antragsbuch zum Bundesparteitag 2023

5 DIW ebd.

6 Vgl. Mearsheimer 2018, 68ff.

7 Haan 2022, 17

8 Vgl. Mearsheimer 2018, 33ff.

überleben, und es kann diesen Kontext, diese Verhältnisse auch nicht nach Belieben wechseln. Diese „angeborene Ungleichheit“ ist unvermeidbar. Und die finanziellen Ressourcen sind nur ein Aspekt gesellschaftlicher Ungleichheit. Deshalb sind ja staatliche und kommunale Leistungen wie Bildung, Förderung, Treffpunkte u.v.a.m. so wichtig.

DIE LIBERALE AUFSTEIGER-ILLUSION

Natürlich sind Chancen- und Leistungsgerechtigkeit positiv besetzte Begriffe. Aber gesellschaftliche Produktion⁹ funktioniert (nicht nur im Kapitalismus), wenn und weil alle erforderlichen Arbeiten gemacht werden. Deshalb ist das Lohnarbeitsverhältnis untrennbar mit dem Zwang verbunden, dass irgendjemand den konkreten Arbeitsplatz besetzt und ausfüllt. Das liberale Vertrauen auf Marktmechanismen, bei denen die Anbieter

terseite nur ausreichend gestärkt werden müsste (Grundeinkommen), führt hier in die Irre, weil mit dem Zwang zu gesellschaftlicher (Erwerbs-)Arbeit ein gesellschaftliches Interesse gegenüber den Individuen durchgesetzt wird. Deshalb kommt es entscheidend darauf an, diese not-

wendigen Arbeitsplätze und Arbeitsverhältnisse ‚menschenwürdig‘ zu gestalten. Alles andere wäre bestenfalls eine Ausbeutung von ‚Losern‘ durch eine gesellschaftlich besser gestellte, ‚erfolgreichere‘ Mehrheit.

Das Gerede von Chancen- und Leistungsgerechtigkeit vernebelt die Tatsache, dass immer konkrete Positionen besetzt werden, und ‚legitimiert‘ den Zwang zu konkreter Arbeit als individuellen Erfolg oder eben Misserfolg.¹⁰

Die Figur des ‚Performers‘, der sein ‚gesellschaftliches Fortkommen bestimmt‘, impliziert auch eine Vorstellung von Prioritäten im menschlichen Leben, die sich aus der kapitalistischen Wirtschaft ergeben. Aus ‚arbeiten um zu leben‘ wird tendenziell ‚leben um zu arbeiten‘ – eine Vorstellung, die für die weit überwiegende Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung, wie oben erläutert, frustrierend wäre.

Die konkurrierende Vorstellung wäre, dass die meisten Menschen ‚ganz normal‘ arbeiten und ein gutes und erfülltes und weitgehend sorgenfreies Leben führen, welches nicht notwendigerweise vom Inhalt ihrer Arbeit abhängt. Das ist aber nur mit einem vollkommen anderen politischen und gesellschaftlichen Bewusstsein zu erreichen (zu erkämpfen).

IDEOLOGIE UND IDEOLOGIEKRITIK

Wer Ideologie als „notwendig falsches Bewusstsein“ versteht, muss zwei Fragen beantworten:

1. Worauf gründet sich die Kritik einer Vorstellung als ‚Ideologie‘?
2. Unter welchen spezifischen Bedingungen, Konstellationen entsteht diese als ‚Ideologie‘ kritisierte Vorstellung?

Die Antwort auf die erste Frage ist relativ einfach: Natürlich ist die Kritik nicht frei von ideologischen Irrtümern. Aber Liberalismus, auch „progressiver Liberalismus“, verzichtet explizit auf einen verbindenden Grundkonsens in Fragen ‚guten Lebens‘, weil er seinen absoluten Individualismus nicht überwinden kann, und ist deshalb anfällig

⁹ „Produktion“ müsste hier in Anführungszeichen stehen, weil auch alle Dienstleistungen, z.B. Bildung, Gesundheit und Pflege, gemeint sind, die im Lohnarbeitsverhältnis erbracht werden.

¹⁰ Etwas anders gelagert ist die Situation nur beim „bedingungslosen Grundeinkommen“: Niemand wird zur Arbeit gezwungen, solange er oder sie sich damit begnügt. Nur wer etwas anderes will, muss sich eben ‚anpassen‘ oder Glück haben.

Deutsche Rettung?

Eine Kritische Diskursanalyse des
Fluchtdiskurses um Carola Rackete und Moria



Judith Friede | Louis Kalchschmidt | Fabian Marx | Anna-Maria Mayer | Benno Nothardt | Milian Slat | Christian Sydow

EDITION
DISS

Unrast-Verlag, 2022

Edition DISS Band 47

310 Seiten, 24 €

Als im Juni 2019 Carola Rackete dem Verbot trotzte, mit dem Seenotrettungsboot »Sea-Watch 3« im Hafen von Lampedusa anzulegen, jubelten die Medien und sprachen das vorher verdrängte Leid von Geflüchteten wieder an. Im September 2020 brannte dann das Geflüchtetenlager Moria und die Abschottungspolitik der EU geriet ins mediale Scheinwerferlicht: Die katastrophalen Zustände seien von Griechenland gewollt, dienten zur Abschreckung und würden von den anderen EU-Staaten insgeheim gebilligt.

Wo bieten diese Debatten Anschlussstellen für humane Positionen? Wo lauern Gefahren? Werden Seenotretter*innen als deutsche Held*innen konstruiert und so die deutsche Mitschuld am Sterben im Mittelmeer verdeckt?

Die Kritische Diskursanalyse untersucht Gesagtes und Nicht-Sagbares, diskursive Strategien und Kollektivsymbolik sowie die Konstruktion ungeschminkter Held*innen. Dabei sind die Analysen verschiedener Zeitungen auch einzeln gut lesbar.



für Nationalismus, in dessen Rahmen diese Fragen kulturell geklärt und Gemeinschaften hergestellt werden.¹¹ Dagegen sind (sozialistische) Vorstellungen, nach denen ein besseres Leben nur bewusst und gemeinsam gestaltet werden kann, über ethnische und kulturelle Unterschiede hinaus verbindend.

Die zweite Frage ist viel schwieriger und kann hier vermutlich nicht zufriedenstellend beantwortet werden. Es kommen verschiedene Entwicklungen zusammen, die sich gegenseitig zum Schaden der Beteiligten verstärken.

Die IDEOLOGISCHE ENTWICKLUNG DER SPD

Als politischer Akteur versuchte die SPD, die wirtschaftliche Entwicklung und insbesondere das Lohnarbeitsverhältnis durch Demokratisierung und Mitbestimmung zu regulieren und einen Klassenkompromiss auszuhandeln. Dieser Korporatismus, der seinen Ausdruck in der „Konzertierten Aktion“ (1967 bis 1977)¹² fand, wurde m.E. ‚von links‘ zu Recht kritisiert, weil er harmonischen Vorstellungen von Sozialpartnerschaft anhängt, und ist letztendlich auch gescheitert.

In der SPD kam es daraufhin zu einer ‚Gegenbewegung‘, etwa wenn der angehende Kanzlerkandidat Oskar Lafontaine 1988 schreibt: „In dem Maße, in dem die Politik auch in den marktwirtschaftlichen Systemen, in die sie kaum jemals entscheidend eingreift, die Verantwortung für die wirtschaftliche Gesamtlage übernimmt, legitimiert sie diese auf den Prinzipien des Eigennutzes und des Gewinns beruhenden Systeme als gemeinnützig.“¹³ Noch vor der deutsch-deutschen Vereinigung verwandelte sich die Partei so vom (potentiellen) Gestalter zum ‚Reparaturbetrieb‘.

Nach dem ‚Anschluss‘ der DDR tauchte dann die positiv besetzte Figur des (ausländischen) ‚Investors‘ auf, der die ostdeutschen Betriebe retten sollte. Und in der Folge verlor sich die erste rot-grüne Regierung in der Hoffnung auf Expertise aus der Wirtschaft (Hartz) und Anpassung an die Weltwirtschaft (Agenda 2010).

Eine wirksame SPD-Linke wird erst zehn Jahre später mit Forderungen wie Mindestlohn, Stabilisierung des gesetzlichen Rentenniveaus und Tariftreue-Gesetz wieder sichtbar. Sie bleibt aber in liberal-individualistischen Konstrukten gefangen und ist nicht in der Lage, ein gesellschaftlich handelndes Subjekt zu benennen.

Auf diesem Weg verlor die Partei ihre Bindung an ein kollektiv formuliertes Klasseninteresse und darüber hinaus ihr Verständnis von kollektivem Vermögen. 1976 schrieb die SPD noch in ihr Programm zur Bundestagswahl: „Der Sozialstaat

schaft Sicherheit für alle. Nur wenige können sich durch Erbe und privates Vermögen gegen die Risiken des Lebens absichern. Für die weitaus überwiegende Mehrheit ist eine gute soziale Sicherung ihr einziges, ihr ‚soziales‘ Vermögen.“¹⁴ Auch Schulen, öffentliche Verkehrsmittel, Gemeindezentren und vieles andere mehr sind gesellschaftliches Vermögen.

DER ABSCHIED VOM PROLETARIAT

M.E. kann man diese ideologische Entwicklung nur verstehen und kritisieren, wenn man sich die ideologischen Stärken und Schwächen der (alten) Arbeiterbewegung in Erinnerung ruft.

Die große Stärke der Arbeiterbewegung bestand darin, dass sie sich zu Recht als größte gesellschaftliche Produktivkraft verstand: „Alle Räder stehen still, wenn Dein starker Arm es will.“ Aber dieses Bewusstsein, das nie gesellschaftlich dominant wurde, kam von mehreren Seiten unter Druck:

1. Unter dem Eindruck, es gäbe eine „Automatisierung des sozialen Fortschritts“¹⁵, wurde die Bedeutung gesellschaftlicher (Gewerkschafts-)Macht relativiert.
2. Eine „Neue Linke“, die technik- und wachstumskritisch die verberuflichte, arbeitsteilige Industriearbeit ebenso wie die Bindung des Einkommens an Beruf und Lohnarbeit prinzipiell in Frage stellte¹⁶, konnte mit der Vorstellung einer Arbeitermacht nichts anfangen.
3. Das oben beschriebene Scheitern korporatistischer und keynesianischer Politik in praktisch allen westeuropäischen Ländern hätte eine Weiterentwicklung sozialdemokratischer Reformstrategien erfordert, zu der es zwischen grundsätzlicher Kritik von rechts und links nicht kam.
4. Der Wegfall der „System-Konkurrenz“ nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion erschwerte kapitalismuskritische Diskurse in der Öffentlichkeit. Niemand wollte den Sowjet-Kommunismus übernehmen, aber man konnte, sich davon abgrenzend, eigene Vorstellungen erklären.
5. Die positiv besetzte Figur des ‚Investors‘ in Ost-Deutschland ist mit der Kritik kapitalistischer Verhältnisse unvereinbar. Übrig bleiben dann nur noch Verteilungsfragen.

Vernünftige Politik setzt aber Beratungen auf der Grundlage einer gemeinsamen entwickelten Theorie über den Gegenstand voraus.¹⁷ Fehlt diese Theorie, ist auch keine vernünftige Debatte über gesellschaftliche Entwicklung möglich.

INTELLEKTUELLE UND POLITISCHE AKTEURE

Erst mit großem zeitlichen Abstand fällt noch eine weitere gesellschaftliche Entwicklung auf, die linke Debatten prägt: In der alten BRD adressierten linke Intellektuelle als privilegiert-

11 Vgl. Mearsheimer 2018, 99. Mearsheimer entwickelt hier einen positiven Nationalismus-Begriff auf der Grundlage kultureller Gemeinsamkeiten, der sich vom Nationalismus-Begriff, wie er in Deutschland verstanden wird, deutlich unterscheidet. Ohne ein „ich bin Amerikaner, Franzose, Deutscher; Belgier...“ kommt kein liberaler demokratischer (National-)Staat aus.

12 Vgl. Wikipedia: Konzertierte Aktion (Wirtschaft)

13 Lafontaine 1988, 15

14 SPD 1976, 21

15 Vgl. Pirker 1979, 319

16 Vgl. Müller-Jentsch 1984, 26

17 Mearsheimer/Rosato 2023, 2: „A state is rational if the views of its key decision makers are aggregated through a deliberative process and the final policy is based on a credible theory.“

te Minderheit mit dem Proletariat, der arbeitenden Bevölkerung als gesellschaftlich wirksame Kraft, eine gesellschaftliche Mehrheit, der sie nicht direkt angehörten. Noch 1980 kamen auf 10 Hochschulabschlüsse 46 berufliche Abschlüsse.¹⁸ 1990 waren es noch 32. Aktuell (2019–2021) kommen auf 10 „Abschlussprüfungen von Studierenden“¹⁹ zwischen 7 und 8 „Abschlussprüfungen von Auszubildenden“. D.h. es gibt keinen Adressaten (mehr), der sich von den schreibenden Intellektuellen prinzipiell unterscheidet.

M.E. erklärt dieses Phänomen zumindest zum Teil die Dominanz eines nicht mehr eingelösten Aufstiegsversprechens in den neueren sozialdemokratischen Diskursen. Die Mehrheit des Jahrgangs erlebt entweder die vorgezeichnete Laufbahn im öffentlichen Dienst (Lehrer) oder die ‚freie Entfaltung‘ mit allen Risiken, Erfolgen und Enttäuschungen. Und auch aufgrund des mangelhaften Organisationsgrads und fehlender Tarifbindung sind gewerkschaftlich erkämpfte Rechte und Standards nur noch Sache einer relativ kleinen Minderheit des jeweiligen Jahrgangs – die dann im Zweifel noch als ‚privilegiert‘ wahrgenommen wird.

NEUE UFER?

Wenn man die neuen sozialdemokratischen und reformistischen Ideologien als Ergebnis einer allgemeinen gesellschaftlichen Tendenz zur Individualisierung versteht, geht die Kategorie „Proletariat“ als gesellschaftliche Mehrheit mit ähnlichen Lebensbedingungen, die durch solidarisches Handeln zur „wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Selbstbestimmung“ findet, verloren. Symptomatisch zeigt sich dies an den aktuellen linken Modethemen: Ob es nun die Forderung nach „bezahlbarem Wohnraum“, Inklusion aller Art, queere Themen von der Ehe für alle bis zum Gender-Sternchen oder eben Chancen- und Leistungsgerechtigkeit (gender pay gap) im Vordergrund stehen, die einzig akzeptierte Begründung besteht im *Einlösen* von Rechtsnormen, idealerweise abgeleitet aus den Menschenrechten.

Aber Klasseninteressen können konkret nur als ‚Gruppeninteressen‘ artikuliert und, im Idealfall, demokratisch verhandelt werden. Ihre Legitimität erhalten sie aus der Fähigkeit dieser ‚Gruppen‘, Mehrheiten zu organisieren, um Rechtsnormen zu *gestalten*.

M.E. kann man darüber streiten, ob es eine „Klasse an sich“ gibt, die alle (potenziell) abhängig Beschäftigten umfasst, oder ob sich auch abhängige Erwerbsarbeit so ausdifferenziert hat, dass nichts Verbindendes übrig geblieben ist.²⁰ Aber im Gegensatz zum rechten Nationalismus, „wir Deutsche“, „wir Franzosen“, „wir Niederländer“, funktioniert ein „wir (liberale) Demokraten“ als verbindendes Element nicht. Es braucht ein „wir, die

Mehrheit, gestalten Gesellschaft nach gemeinsamen Werten und Interessen, auf die wir uns verständigt haben“. Also eine inhaltliche Konkretisierung von Werten, Interessen, Zielen, Mittel und einer gesellschaftlichen „Mehrheit“, die das alles im eigenen, gemeinsamen Interesse durchsetzt.

Bei der Konstruktion dieser Mehrheit, kommt es m.E. entscheidend darauf an, ob als Ziel „Chancengleichheit in einer Konkurrenzgesellschaft“ (Grunderbe) proklamiert wird, oder ob Ungleichheit als unvermeidbarer Kern der kapitalistischen Klassengesellschaft akzeptiert wird, um dann gemeinsam „die Herrschaft des Kapitals zu bekämpfen“. Dazu gehört natürlich ein Bewusstsein, dass Brot nicht im Supermarkt und Strom nicht in der Steckdose entsteht, dass also gesellschaftliche Produktion konkret zu gestalten ist. Aber vor allem gehört dazu eine Vorstellung von ‚Unseresgleichen‘, die gemeinsam einen Wohlfahrtsstaat gestalten, in dem u.a. die Risiken „normal arbeitender Menschen“ abgefangen werden und Armut verhindert wird.²¹

Um zum Anlass zurückzukommen: Es reicht eben nicht aus, dass „die notwendige Gestaltung einer ökologischen Transformation unserer Industriegesellschaft [...] ohne soziale Verwerfungen organisiert wird“, wie Tilo Scholle impliziert. Es kommt auch darauf an, wer in welchen Formaten an der Gestaltung beteiligt wird, um seine Interessen sichtbar und wirksam zu artikulieren und zu debattieren. Und Beteiligung hat, gerade auch, wenn sie mit Streit verbunden ist, etwas gesellschaftlich Verbindendes.

LITERATUR

- Deutschlandfunk, 19.11.2023: „Grunderbe“ von 60.000 Euro: Jusos beschließen Antrag <https://www.deutschlandfunk.de/grunderbe-von-60-000-euro-jusos-beschliessen-antrag-100.html>
- DIW-Pressemitteilung vom 15. Dezember 2021, https://www.diw.de/de/diw_01.c.831664.de/wohlstand_fuer_alle_durch_grunderbe_und_vermoeigensteuern.html
- Haan, Yannick (2022): Enterbt uns doch endlich! Wie das Erben meine Generation zerreißt, Berlin.
- Lafontaine, Oskar (1988): Die Gesellschaft der Zukunft, Hamburg.
- Mearsheimer, John J. (2018): The Great Delusion – Liberal Dreams and International Realities, Yale University Press.
- Mearsheimer John J./Rosato, Sebastian (2023): How States Think – The Rationality of Foreign Policy, Yale University Press.
- Müller-Jentsch, Walther (1984): Klassen-Auseinander-Setzungen. Lesarten über die Arbeitskonflikte der siebziger Jahre und Mutmaßungen über die Zukunft der Gewerkschaften, in: Prokla 54, 10-32.

18 Quelle: BMBF „Strukturdaten für Deutschland“, Tabelle Nr. 0.1 (<https://www.datenportal.bmbf.de/portal/de/Tabelle-0.1.xls>), und eigene Berechnungen.

19 Hier ist die Statistik möglicherweise verzerrt, weil akademische Abschlüsse durch Bachelor, Master und Promotion mehrfach gezählt werden. An der Grundaussage ändert das nichts, auch weil der berufliche Abschluss in manchen Fällen zur Hochschulzugangsberechtigung und einem anschließenden Studium führt.

20 Die Zeitschrift PROKLA hat diesem Thema 2014 ein ganzes Heft (H. 175) gewidmet.

21 Das ist jetzt nicht besonders ‚revolutionär‘. Aber revolutionär sind die linken Parteien in den westlichen Industriestaaten allesamt nicht. Und es kommt mir hier darauf an, ein zugegebenermaßen nicht Ideologie-freies Ziel zu formulieren, auf das man sich verständigen könnte.



- Pirker, Theo (1979): Die Blinde Macht. Die Gewerkschaftsbewegung in Westdeutschland, 2 Bände [zuerst 1960], Berlin.
- SPD (1976): Regierungsprogramm für 1976-1980: Beschluss des Außerordentlichen Parteitages in Dortmund 18./19. Juni 1976, Abruf unter: <https://www.fes.de/bibliothek/grundsatz-regierungs-und-wahlprogramm-me-der-spd-nach-1945>
- SPD (2023): Antragsbuch zum Bundesparteitag 2023, https://parteitag.spd.de/fileadmin/parteitag/Dokumente/Antraege/2023_SPD_oBPT_Antragsbuch.pdf

- Scholle, Thilo (2022): Besprechung von Yannick Haan: Enterbt uns doch endlich! <https://www.fes.de/akademie-fuer-soziale-demokratie/buch-essenz/yannick-haan-2022-enterbt-uns-doch-endlich-wie-das-erben-meine-generation-zerreisst>
- Wikipedia: Art. „Konzertierte Aktion (Wirtschaft)“, [https://de.wikipedia.org/wiki/Konzertierte_Aktion_\(Wirtschaft\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Konzertierte_Aktion_(Wirtschaft))

Wilfried Schollenberger, Diplom-Soziologe, lebt in Heidelberg und ist dort seit 24 Jahren in der SPD aktiv. Von Anfang an ist er Fördermitglied im DISS.

Nancy Fraser über ein erweitertes Kapitalismus- und Sozialismusverständnis

Lesetipp von Helmut Kellersohn

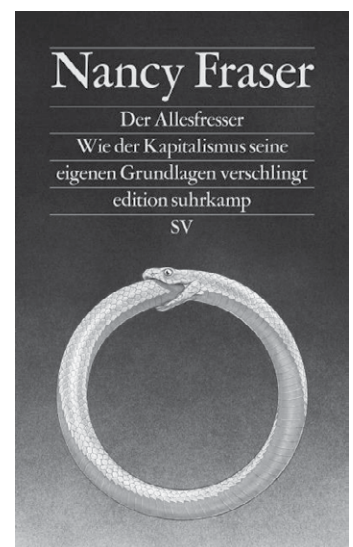
Nancy Fraser: Der Allesfresser. Wie der Kapitalismus seine eigenen Grundlagen verschlingt, Berlin: Suhrkamp 2023, 282 Seiten, 20,60 Euro, ISBN 978-3-518-02983-1

Nancy Fraser veröffentlichte 2022 zunächst auf Englisch, dann 2023 in Übersetzung auf Deutsch eine kapitalismuskritische Studie mit dem originellen Titel „Cannibal Capitalism“ („kannibalischer Kapitalismus.“). In der deutschen Übersetzung taucht diese Wortschöpfung erstmals in der Einleitung auf, als Titel verwendet sie das Bild des „Allesfressers“, der rundweg alles, aber auch alles für sich vereinnahmt. Nichts in der Welt ist sicher vor dem Appetit des Fressers „Kapitalismus“, es gibt kein Außen, das vor dem Zugriff des Fressers und „Kannibalen“ per se geschützt wäre. Das bezieht sich speziell und insbesondere auf die nichtökonomischen Bereiche des Kapitalismus und damit auf den Kapitalismus als *Gesellschaftsform* und nicht nur als *Wirtschaftsform*, als ökonomisches System im engeren Sinne (12). Der Kapitalismus braucht „Democracy, Care, and The Planet“, wie es im englischen Untertitel heißt, und verbraucht, so die These der Autorin, diese „Rahmenbedingungen“ (41) seiner Existenz in einer Art und Weise, die eben diese Existenz infrage stellen. Der Kapitalismus ist wie ein Ouroboros, „die ihren eigenen Schwanz kannibalisierende Schlange“ (10), die auf dem Umschlagbild der deutschen Ausgabe zu sehen ist. Er ist „ein wahrer Dynamo der Selbstdestabilisierung, der regelmäßig Krisen auslöst, während er routinemäßig die Grundlagen unserer Existenz auffrisst“ (12).

Der Anspruch der Autorin besteht darin, „unseren Blick auf den Kapitalismus“ zu erweitern. „[...] die Widersprüche des Systems [führen] nicht nur zu Wirtschaftskrisen, sondern auch zu Krisen in den Bereichen Care, Ökologie und Politik, die heute in voller Blüte stehen, und zwar dank der langen Periode unternehmerischer Völlerei, die als Neoliberalismus bekannt ist.“ (13) Dass in den letzten Jahren der Begriff des Kapitalismus wieder aktuell geworden ist, führt Fraser auf die „Tiefe“

(17) der gegenwärtigen Krise, die sich ihrer Meinung nach zu einer „allgemeinen Krise“ (13) ausgeweitet hat, und auf das „wachsende Bedürfnis nach einer systematischen Darstellung dieser Krise“ (17) zurück, auf das Bedürfnis, dass „die heterogenen Übel, [...] die uns umgeben, auf eine gemeinsame Wurzel zurückgeführt werden können“ und „Reformen, die sich nicht mit den tiefen strukturellen Grundlagen dieser Übel befassen, zum Scheitern verurteilt sind“. Gleiches gilt für die „disparaten sozialen Kämpfe“ (18), die sich rund um die Erfahrung und Bearbeitung der verschiedenen Teilkrisen entwickelt haben und das Bedürfnis der Kämpfenden hervorrufen, deren inneren Zusammenhang analytisch zu klären, um möglicherweise einen „gegen das System gerichteten Block[]“ aufzubauen.

Bedauerlicherweise sieht Fraser auf der Seite der Aktivist:innen und Kritiker:innen eine wechselseitige Isolierung der Kritikan-sätze, die dem Charakter der heutigen Krise des Kapitalismus nicht gerecht werden. Auf der einen Seite „neigen unsere überkommenen Krisenmodelle dazu, sich ausschließlich auf die ökonomischen Aspekte zu konzentrieren, die sie von anderen Aspekten isolieren und gegenüber diesen privilegieren“ (19). Auf der anderen Seite fokussieren sich neuere Theoriemodelle darauf, einzelnen Krisenphänomene und Kämpfen – „um Natur, soziale Reproduktion, Enteignung und öffentliche Macht“ – „am Ort [ihrer] Produktion den Vorrang zu geben“. Fraser



will diese wechselseitige Isolierung überwinden und eine Synthese vorstellen, die auf der Höhe der Zeit ist.

Ihr Konzept des „kannibalischen Kapitalismus“ greift auf die Marxsche Kritik der Politischen Ökonomie zurück, deren Offenheit für neuere Fragestellungen sie betont. Allerdings habe es Marx versäumt „Geschlecht, ‚Rasse‘, Ökologie und politische Macht als strukturierende Achsen der Ungleichheit *systematisch* zu berücksichtigen – und schon gar nicht als Gegenstände und Prämissen des sozialen Kampfes“ (19f.). Folglich müssten „seine besten Erkenntnisse neu verortet und erweitert werden“ (20). Fraser will sich also zunächst „auf Marx“ und dessen Begriff von Kapitalismus (als ökonomisches System) beziehen und dann „hinter ihn“ auf die nichtökonomischen Bedingungen kapitalistischer Gesellschaft eingehen, um ein

umfassenderes Verständnis für Kapitalismus heute zu gewinnen, das nicht nur dessen „Vordergrund“ (Ökonomie), sondern auch dessen „Hintergrundbedingungen“, auch Rahmen- bzw. Möglichkeitsbedingungen genannt, mit einbezieht. Die These von Fraser, die ihrer weiteren Explikation zugrunde liegt, ist nun, „dass Marx‘ Darstellung der kapitalistischen Produktion nur Sinn ergibt, wenn wir die Hintergrundbedingungen ihrer Möglichkeit zu ergänzen beginnen.“ (26)²²

Fraser entwickelt in ihrem Buch vier dieser Hintergrundbedingungen, die sie in den folgenden Kapiteln näher expliziert. Sie beschreibt ein System von Trennungen, die durch den Kapitalismus selbst als dessen verselbständigte Voraussetzungen produziert werden, und zwar in sich wandelnden Formen entsprechend der langen Transformationsgeschichte des Kapitalismus bis hin zum Neoliberalismus. Dazu gehören erstens die abgespaltenen Bereiche der sozialen Reproduktion mit den fatalen Auswirkungen auf die „Unterordnung von Frauen“ (30) durch die Verweib-

lichung reproduktiver Arbeit und die entsprechende Zurichtung der Geschlechterverhältnisse (Geschlechterbinarität, Heteronormativität). Zweitens – Stichwort Kannibalisierung der Natur – die scharfe „Trennung zwischen einem natürlichen Bereich, der als kostenloser Vorrat an ‚Rohmaterial‘ zur Aneignung gedacht ist, und einer ökonomischen Sphäre des Werts, der von und für Menschen produziert wird.“ (32) Drittens die Abspaltung der Sphäre des Politischen und der staatlichen Gewalt und damit die Trennung „zwischen Gemeinwesen und

Wirtschaft“, von „öffentlicher und privater Macht, von politischem und wirtschaftlichen Zwang“ (35). Und viertens – hier greift Fraser auf Marxens Theorem der ursprünglichen Akkumulation zurück – die „gewaltsame und kontinuierliche Aneignung des Reichtums der unterdrückten und minorisierten Völker“ (37) im globalen Süden und damit die Spaltung der produzierenden Klassen in diejenigen, die „bloß“ ausgebeutet, und diejenigen, die „für die brutale Enteignung bestimmt“ (39) sind und rassifiziert werden (Sklaven, Kolonialsubjekte, Indigene, Schuldknechte, Illegale).²³ Zusammenfassend schreibt Fraser, dass diese „Hintergrundgeschichten“ (40) für das Verständnis der Vordergrundgeschichte des Kapitalismus fundamental seien. Und es sei in theoretischer wie politisch-strategischer Hinsicht wichtig, die „marxsche Perspektive mit anderen emanzipatorischen Strömungen der kritischen Theoriebildung [zu] verbinden: mit feministischen, ökologischen, politischen, antiimperialistischen und antirassistischen.“ (41)

DER KAPITALISMUS IST MEHR ALS EINE ÖKONOMIE

Durch diese Verbindung verändert sich für Fraser das Bild des Kapitalismus. Es handelt sich nicht nur um ein Wirtschaftssystem, sondern um eine „kapitalistische *Gesellschaft*“ (41). Der Kapitalismus ist „etwas Größeres als eine Ökonomie“ (42), eine „institutionalisierte[] Gesellschaftsordnung“.²⁴ Fraser grenzt diese Sichtweise ab von der Verdinglichungsthese Lukács, wonach die Warenform das „gesamte Leben“ inklusive Recht, Wissenschaft, Moral, Kunst und Kultur prägt. Ihrer Ansicht nach ist die „Warenform in der kapitalistischen Gesellschaft keineswegs universell. Im Gegenteil: Dort, wo sie vorhanden ist, hängt sie von Zonen der Nicht-Warenförmigkeit ab, die das Kapital systematisch kannibalisiert“ (42). „Ob das Soziale, das Ökologische oder das Politische – keine dieser nicht kommodifizierten Zonen spiegelt einfach die Warenlogik wider. Jede verkörpert spezifische normative und ontologische Grammatiken“ (42), z.B. im Bereich der Reproduktion „Ideale der Fürsorge, der gegenseitigen Verantwortung und der Solidarität“ (weitere Beispiele 42f.). Fraser will diese Grammatiken nicht idealisieren. „Dennoch ist es wichtig, ihre Abweichung von den Werten festzustellen, die mit dem Vordergrund des Kapitalismus verknüpft sind“ (43), z.B. Effizienz, Leistung etc. Frasers These lautet: „Die kapitalistische Gesellschaft ist weit davon entfernt, eine einzige, alles durchdringende Verdinglichungslogik hervorzubringen, sondern sie ist normativ differenziert und umfasst eine begrenzte Vielfalt von unterschiedlichen, aber miteinander verbundenen sozialen Ontologien.“ (43)

KLASSEN- UND GRENZKÄMPFE

Fraser betont die Wandelbarkeit der Trennungen/Verflechtungen je nach Akkumulationsregime. Sie unterscheidet den Merkantilismus, den liberal-kolonialen Kapitalismus, den staatlich gelenkten Monopolkapitalismus und den globalisierten neoli-

22 Mit der ursprünglichen Akkumulation hat Marx selbst eine solche Hintergrundbedingung angedeutet. Die Entstehungsgeschichte des Kapitalismus nämlich beruht auf „Raub und Enteignung“ (26f.). Rosa Luxemburg und David Harvey folgend ist diese „ursprüngliche Akkumulation“ bzw. Expropriation ein „fortwährender, wenn auch inoffizieller Mechanismus der Akkumulation, der neben dem offiziellen Mechanismus der Ausbeutung weiterläuft – also neben der sozusagen ‚Vordergrundgeschichte‘ von Marx.“ (27)

23 Diese vier Hintergrundbedingungen werden separat in den Kapiteln 2-5 ausführlich behandelt. Zu früheren Arbeiten Frasers, vor allem zum Thema soziale Reproduktion vgl. Irina Herb/Sarah Uhlmann: Zum Widerspruch zwischen Akkumulation und der Reproduktion des Lebens. Social Reproduction Theory als umfassende Analyse kapitalistischer Gesellschaften, in: PROKLA 214/2024, 11-31.

24 Dem trug aber bereits Marx dadurch Rechnung, dass er bezogen auf den Kapitalismus von einer bürgerlichen „Gesellschaftsformation“ sprach, analog zur feudalen Gesellschaftsform.



beralen Kapitalismus. Wichtig seien zudem für die spezifische Konfiguration der institutionellen Trennungen die sozialen und politischen Kämpfe und Widerstandsformen, die die Grenzen infrage stellen oder verteidigen und dabei auf die erwähnten normativen Grammatiken zurückgreifen (z.B. gegen die Kommodifizierung der Bildung), während im Produktionsbereich Klassenkämpfe stattfinden. Fraser spricht bezogen auf die Hintergrundbereiche von „Grenzkämpfen“.

An dieser Stelle versucht Fraser zwei Missverständnisse zu klären. Zunächst wendet sie sich gegen eine einseitige funktionalistische Auffassung der Hintergrundbedingungen (für die Warenproduktion, Arbeitsausbeutung usw.). Funktionalität ist die eine Seite, die andere Seite sind die besagten Zonen als „Reservoir ‚nichtökonomischer‘ Normativitäten“ (48), die eine eigenständige Bedeutung haben. Jede dieser Zonen „beherbergt spezifische Ontologien sozialer Praxis und normativer Ideale“ mit einem „kritisch-politische[n] Potential“, das insbesondere in Krisenzeiten „gegen zentrale wirtschaftliche Praktiken“ der Kapitalakkumulation mobilisiert werden kann. Kritik am Kapitalismus entsteht insbesondere in den erwähnten Grenzkämpfen.

Allerdings – zweites Missverständnis – warnt Fraser vor einer romantischen Lesart, die die Zonen „als etwas ‚außerhalb‘ des Kapitalismus Stehendes und von Natur aus gegen ihn Gerichtetes“

„Kapitalismus ist nicht nur ein Wirtschaftssystem, sondern eine Gesellschaftsform. Als solche ist er darauf angewiesen, sich auch nichtökonomische Ressourcen einzuverleiben und so langfristig seine eigenen Grundlagen zu zerstören. Wie der Ouroboros, die Schlange, die ihren eigenen Schwanz verspeist, verschlingt er natürliche Rohstoffe und unbezahlte Betreuungsarbeit. Er enteignet rassifizierte Gruppen und unterminiert die Macht demokratischer Institutionen, auf deren Funktionieren er eigentlich angewiesen ist.“

(49) betrachtet. Fraser kritisiert diese romantische Sichtweise in manchen Bewegungen (Kulturfeministinnen, Tiefenökologen, Neo-Anarchist:innen, Dekolonialisierungsaktivisten etc.), die ihre Position als an sich schon antikapitalistisch missverstehen, ohne den fundamentalen Zusammenhang zwischen kapitalistischer Ökonomie und Hintergrundzonen zu beachten. „Keine der ‚nichtökonomischen‘ Bereiche bietet einen völlig externen Standpunkt, der eine absolut reine und radikale Form der Kritik ermöglichen würde. Im Gegenteil: Politische Projekte, die sich auf das berufen, was sie als das ‚Außen‘ des Kapitalismus imaginieren, recyceln in der Regel kapitalistische Stereotypen“ (49f.) (Beispiel: männliche Aggression vs. weibliche Fürsorge).

Zusammenfassend beschreibt Fraser drei verschiedene „Ideen“ bzgl. der Vordergrund/Hintergrund-Beziehungen des Kapitalismus: „Erstens dienen die ‚nichtökonomischen‘ Bereiche als ermöglichende Hintergrundbedingungen der kapitalistischen Ökonomie; Letztere ist für ihre Existenz auf Werte und Inputs aus Ersteren angewiesen.“ Zweitens haben die nichtökonomischen Bereiche einen ganz eigenen Stellenwert, insofern sie „unter bestimmten Umständen Ressourcen für den antikapitalistischen Kampf bereitstellen“ können. Drittens aber sind diese „Bereiche feste Bestandteile der kapitalistischen Gesellschaft ... und zeichnen sich durch ihre Symbiose mit der Ökonomie aus.“ (50)

KRISEN DER KANNIBALISIERUNG

Eine vierte Idee beschließt den Gedankengang. Fraser kommt auf die in der Einleitung angesprochene Krisenthematik zurück. „Wie wir gesehen haben, ist die kapitalistische Produk-

tion nicht selbsterhaltend, sondern ein Trittbrettfahrer der sozialen Reproduktion, der Natur, der politischen Macht und der Enteignung [Expropriation]; doch ihre Ausrichtung auf endlose Akkumulation droht genau diese Bedingungen ihrer Möglichkeit zu destabilisieren.“ (51) Jedem dieser vier Bereiche entspricht eine „Gattung der Kannibalisierung“ bzw. eine spezifische „Krisentendenz“. Diese Krisentendenzen sind nicht auf „innere Widersprüche der kapitalistischen Wirtschaft zurückzuführen“ (nach dem Muster der von Marx bearbeiteten ökonomischen Krisenprozesse). „Sie beruhen vielmehr auf den Widersprüchen zwischen dem Wirtschaftssystem und seinen Rahmenbedingungen – zwischen Produktion und Reproduktion, Gesellschaft und Natur, Wirtschaft und Gemeinwesen, Ausbeutung und Enteignung.“ Sie produzieren soziale Kämpfe; neben den Klassenkämpfen in der Produktion kommt es zu den erwähnten Grenzkämpfen, „die für unsere erweiterte Sicht des Kapitalismus als institutionalisierte Gesellschaftsordnung unabdingbar“ (52) sind. Während Marx, so Fraser, sich mit seiner Systemkritik auf die der Ökonomie immanenten Widersprüche und die Kämpfe gegen Klassenherrschaft konzentriert, richtet sich die von ihr intendierte „Art von Kapitalismuskritik“ (53) *auch* auf die bereichsspezifischen Widersprüche und

auf die Kritik „der Geschlechterherrschaft, der politischen Herrschaft, der Herrschaft über die Natur und der rassistischen/imperialistischen Herrschaft“. Damit gerät eine Vielfalt von Akteuren (Klassen,

Geschlechter, Statusgruppen, „Rassen“, Nationen und *demos*) und „Vektoren des Kampfes“ (Klassen- und Grenzkämpfe) in den Blick. „Was als antikapitalistischer Kampf zählt, ist also viel umfassender, als Marxisten traditionell angenommen haben.“ (54) Grenzkämpfe erscheinen so „in einem anderen Licht“: „als Kämpfe im Kapitalismus, um ihn herum und (in einigen Fällen) gegen ihn. Sollten sie sich selbst in diesem Sinne verstehen, könnten die an diesen Kämpfen Beteiligten kooperieren. In diesem Fall würde ihr emanzipatorisches Potenzial in ihrer Fähigkeit bestehen, sich neue Konfigurationen vorzustellen, nicht ‚bloß‘ der Wirtschaft, sondern auch in Bezug auf das Verhältnis der Ökonomie zu Gesellschaft, Natur und Politik“ (54). Auf diese neuen Konfigurationen geht Fraser im abschließenden Kapitel ihres Buches ein.

WAS SOLLTE SOZIALISMUS IM 21. JAHRHUNDERT BEDEUTEN?

Fraser konstatiert analog zum Kapitalismusbegriff eine parallele Renaissance des Sozialismusbegriffs (z.B. in den USA, s. Bernie Sanders oder die Democratic Socialists of America), den zu klären sie für absolut wichtig erachtet. Entsprechend ihrer kapitalismustheoretischen Argumentation fordert sie einen „erweiterten“ (226) Begriff von Sozialismus. Auch dieser könne „nicht länger allein als alternatives Wirtschaftssystem“ verstanden werden. Die Vergesellschaftung der Produktionsmittel reiche nicht aus. Auch die Hintergrundbedingungen müssten transformiert werden. Nicht nur die Ausbeutung der Lohnarbeit, sondern auch das Trittbrettfahren des Kapitals „bei der unbezahlten Sorgearbeit, der öffentlichen Macht und dem Reichtum, der von rassifizierten Subjekten und der nichtmenschlichen Natur expropriert wurde“ (226) müsse beendet werden.



Eine Änderung des Sozialismus-Konzepts sei notwendig, um eine „glaubwürdige Alternative“ (227) zu präsentieren, die sich vom Sowjetkommunismus und der „sozialen Demokratie“ unterscheiden und „historisch entstandene Möglichkeiten“ (228) verkörpern, d.h. nicht bloß utopisch sein sollte.

Welche Schlussfolgerungen zieht Fraser aus diesen Ausführungen für ihr erweitertes Verständnis von Sozialismus?

Der neue Sozialismus steht vor einer „großen Aufgabe“. Er muss eine „neue Gesellschaftsordnung“ erfinden, die alle Formen von Herrschaft (in allen Bereichen) tendenziell überwindet; er muss die vielfältigen Krisentendenzen (in allen Bereichen) „entinstitutionalisieren“; und er muss den „Geltungsbereich der Demokratie erheblich erweitern“ (240). Fraser fokussiert ihren Beitrag dazu auf „drei Überlegungen“, die zugleich „ein neues Licht auf einige klassische Topoi sozialistischen Denkens“ (241) werden.

1. Die erste Überlegung bezieht sich auf die „institutionellen Trennungen [und Grenzziehungen] des Kapitalismus“ (241) und die damit verbundenen Krisen und Kämpfe: Produktion und Reproduktion, Ausbeutung und Enteignung, Wirtschaft und Politik, Gesellschaft und Natur. Für Sozialist:innen stellt sich die Frage dahingehend, „ob und wie gesellschaftliche Sphären voneinander abgegrenzt und miteinander verbunden sind“ und wie ihre interne Organisation aussehen sollte.

- Es sollte nicht darum gehen, „die Trennungen ein für alle Mal zu beseitigen“ (242), sondern „die Grenzen weicher und durchlässiger zu gestalten“ und auf *Kompatibilität* und *wechselseitige Responsivität* zu achten. Auf jeden Fall sollte die „Neigung des Kapitalismus“ zu „Nullsummenspielen“ überwunden werden, „die der Natur, der öffentlichen Macht und der sozialen Reproduktion das wegnehmen, was sie der Produktion geben“ (242).

- Die *Prioritäten* sollten neu gesetzt werden, um die Unterordnung der verschiedenen gesellschaftlichen Bereiche unter das Prinzip der Warenproduktion und Kapitalakkumulation zu beenden. „In der Tat besteht die Aufgabe des Sozialismus genau darin, die Dinge in den Vordergrund zu stellen, die das Kapital in den verleugneten Hintergrund drängt.“ (243)

- Der „Prozess der institutionellen Gestaltung“ muss *demokratisiert* werden. Fraser bezeichnet das als „Redomänung“: „die Grenzen neu ziehen, die gesellschaftlichen Bereiche abstecken und entscheiden, was in diese Bereiche aufgenommen werden soll“ (243). Die Demokratisierung und gerechte Gestaltung der Entscheidungsprozesse sollten inklusiv sein und auf Gleichberechtigung aller beruhen.

- Wichtige Prinzipien sollten Nachhaltigkeit und intergenerationale Gerechtigkeit sein: Erforderlich sind ‚Reparatur‘ und Ersatz der Ressourcen in den Bereichen, „die der Kapitalismus so rücksichtslos kaputt gemacht hat“ (244).

2. Die zweite Überlegung betrifft die Frage der Verwendung des gesellschaftlichen Überschusses (über das hinaus, was die Gesellschaft braucht, um sich reproduzieren zu können, zuvor Privateigentum der Kapitalistenklasse).

- die „Kontrolle über den gesellschaftlichen Überschuss“ und das heißt auch generell über das Wachstum des gesellschaftlichen Reichtums („wollen bzw. brauchen wir es überhaupt und wenn ja, wie viel, welcher Art, wie und wo?“) muss demokratisiert werden.

- Überschuss kann auch in „gewonnene[r] Zeit“ (Zeit über die notwendige Arbeitszeit für die einfache Reproduktion hinaus) berechnet werden. Die Gewinnung freier Zeit war für die sozialistischen Klassiker wie Marx von großer Bedeutung. Fraser betont aber, dass „in der Anfangsphase eines neuen Sozialismus“ (246) der Spielraum für mehr freie Zeit begrenzt sein wird. „Der Grund dafür liegt in der enormen unbezahlten Rechnung, die die sozialistische Gesellschaft vom Kapitalismus erben würde.“ (246) Zudem gibt es „massenhaft unbefriedigte Bedürfnisse der Menschen überall auf der Welt“ (247), z.B. bei der Gesundheitsversorgung, Wohnraum etc. Nicht zu vergessen die Aufgabe der Dekarbonisierung der Weltwirtschaft.

3. Die dritte Überlegung bezieht sich auf die „Rolle der Märkte in einer sozialistischen Gesellschaft“ (247). Märkte sollten, so Fraser, bei der Verteilung des gesellschaftlichen Überschusses keine Rolle mehr spielen, da es sich um kollektives Eigentum handelt. Ebenso sollte der Markt auf der „Ebene der Grundbedürfnisse“ (248) obsolet sein. Was Grundbedürfnisse sind, auf die ein Rechtsanspruch bestehen sollte, muss demokratisch entschieden werden. Die diesbezüglichen Güter sind öffentliche Güter.²⁵ Bleibt, so fragt Fraser, zwischen diesen beiden Polen überhaupt noch Platz für Märkte? – Fraser plädiert für eine „Mischung aus verschiedenen Möglichkeiten“: Dazu gehören Märkte, Genossenschaften, Commons, selbstorganisierte Assoziationen und selbstverwaltete Projekte. Märkte würden in einer solchen Mischwirtschaft „in ihrer Funktionsweise weder die Dynamik der Kapitalakkumulation und der privaten Aneignung des gesellschaftlichen Überschusses befeuern noch davon verzerrt werden“ (249).

Abschließend betont Fraser sowohl die Partialität und Vorläufigkeit ihrer Sichtweise als auch die Vorzüge. Sie wolle den „Ökonomismus der gängigen Vorstellungen“ (250) überwinden helfen und die „Relevanz des Sozialismus für eine breite Palette aktueller Probleme“ aufzeigen, „die über die der traditionellen Arbeiterbewegung hinausgehen, nämlich soziale Reproduktion, struktureller Rassismus, Imperialismus, Entdemokratisierung und Klimawandel“. Zudem wolle sie einen Beitrag leisten zur Neuformulierung einiger alter „Topoi des sozialistischen Denkens“ (250). Für die Leser:innen ihres Buches gilt: Weiterdenken!²⁶

25 Nebenbei: Fraser lehnt ein bedingungsloses Grundeinkommen ab, weil nämlich die Befriedigung der Grundbedürfnisse weiterhin an die Warenform gebunden wäre.

26 Eine kritische Rezension findet sich bei Christian Stache auf kritisch-lesen.de, der neben einigen bedenkenswerten Kritikpunkten doch recht vorschnell und plakativ dem Buch Frasers das Etikett „intersektionaler Revisionismus“ aufklebt. Vgl. <https://kritisch-lesen.de/rezension/intersektionaler-revisionismus>.



„Staatsgewalten“

Rezension von Wolfgang Kastrup

Heide Gerstenberger: *Staatsgewalten*, Münster, Verlag Westfälisches Dampfboot 2023, 322 Seiten, 32 Euro, ISBN 978-3-89691-090-5

Heide Gerstenberger, emeritierte Professorin für die Theorie der bürgerlichen Gesellschaft und des Staates an der Universität Bremen, hat mit *Staatsgewalten* ein neues Buch veröffentlicht, das 2023 im Verlag Westfälisches Dampfboot erschienen ist. Bekannt ist Heide Gerstenberger vor allem durch ihre beiden herausragenden Werke *Die subjektlose Gewalt. Theorie der Entstehung bürgerlicher Staatsgewalt* und *Markt und Gewalt. Die Funktionsweise des historischen Kapitalismus*. Für letzteres Buch wurde sie 2023 mit dem Isaac and Tamara Deutscher Memorial Prize von der Historical Materialism Konferenz ausgezeichnet. Seit 1969 wird dieser Preis in Erinnerung an Isaac Deutscher jährlich für herausragende marxistisch orientierte Publikationen verliehen.

Die in dem neuen Buch versammelten Analysen, erstveröffentlicht in verschiedenen Büchern und Zeitschriften von den 1970er Jahren bis heute, haben eine durchgehende Thematik, nämlich die Frage nach den unterschiedlichen Formen und Wirkungen von Öffentlichkeiten. Die verschiedenen Aufsätze beschäftigen sich mit der Bedeutung konkreter gesellschaftlicher Praxis in historisch gewachsenen Strukturen. Gleichzeitig verdeutlichen die verschiedenen Analysen die Entwicklung ihrer eigenen theoretischen Konzeption von Staatsgewalt. Der zeitliche Rahmen der ausgewählten Texte reicht vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart und das Spektrum der Themen von der politischen Ökonomie des „Amerikanischen Traums“ bis zur theoretischen Konzeption einer Trennung von Politik und Ökonomie. Alle 16 Texte (inclusive der Einleitung) können hier nicht besprochen werden, deshalb werde ich mich insgesamt auf zentrale Aussagen beschränken.

Ihre Arbeiten zur Analyse von Staatsgewalten waren zunächst, wie sie schreibt, „vorzugsweise auf gesellschaftlich und in der Forschung dominante Konzepte bürgerlicher Staatsgewalt gerichtet, später zunehmend auf theoretische Ansätze, die im Zusammenhang marxistischer Analysen vertreten wurden.“ (7) Bezüglich ihrer eigenen theoretischen Entwicklung hebt sie hervor, dass sie die Sklavenwirtschaft als ein „vorkapitalistisches“ Element der vorherrschenden politischen Ökonomie benannt, aber noch nicht erkannt hatte, „dass es auch im Kapitalismus zu Arbeitsverhältnissen kommt, die mittels direkter Gewalt begründet und aufrechterhalten werden“. (7) Dass abhängig Beschäftigte, die für eine kapitalistische Produktion und Profitmaximierung erforderlich sind, „frei“ sein müssen im Sinne eines Abschlusses und auch einer Kündigung eines Arbeitsvertrags, ist aber keine ökonomische Notwendigkeit. Die „freie Lohnarbeit“ ist durch den Widerstand von Arbeitskräften und schließlich nach langen politischen Auseinandersetzungen auf das Ergebnis staatlicher Vertragspolitik zurückzuführen. Deshalb, so die Autorin in ihrem oben erwähnten prämierten Buch *Markt und Gewalt*, dass es bei der „Betrachtung der his-

torischen Entwicklung kapitalistischer Arbeitsverhältnisse“ notwendig ist, „Kapitalismus nicht als bloßes Wirtschaftssystem, sondern als politisch-ökonomisches System zu analysieren“. (123) Die Erwähnung dieser theoretischen Notwendigkeit erfolgt ausdrücklich durch Gerstenberger bezüglich ihrer Fußnote auf Seite 7 ihres Buchs *Staatsgewalten*.



Die von der Autorin vertretene Erklärung zur historischen Entwicklung bürgerlicher Staatsgewalt kritisiert „die Annahme einer überhistorisch wirksamen Dynamik der Entwicklung von Produktivkräften“ ebenso wie das von Marx und Engels im *Kommunistischen Manifest* vorgelegte „Konzept einer welt-historischen Dynamik von Klassenkämpfen“. (9) Gerstenberger teilt solche Gewissheiten von historischen Entwicklungen nicht.

Der Autorin zufolge hat es keinen direkten Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus gegeben. In England und Frankreich hat sich eine Epoche gebildet, Gerstenberger bezeichnet sie als *Ancien Régime*, die vom Feudalismus wie dem Kapitalismus verschieden verstanden werden muss. Wichtigstes Strukturmerkmal dieses *Ancien Régime* ist die Verallgemeinerung personaler Herrschaft. Im Feudalismus dagegen verlangte personale Herrschaft die Treue einzelner Menschen zu bestimmten Herren. Zudem ist der Krieg in dieser Epoche eine wichtige Form der Aneignung. „Bürgerliche Staatsgewalt, so meine These, ist eine *besondere* Ausprägung kapitalistischer Staatsgewalt. Sie entstand, wenn Gesellschaften des *Ancien Régime* zu bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften revolutioniert wurden.“ (90) Nicht die Funktionserfordernisse der kapitalistischen Produktion haben die „Dynamik von Gleichheitsforderungen in bürgerlichen Gesellschaften und auch deren besondere Inhalte“ konstituiert, sondern die bürgerlichen Revolutionen. (91) Diese resultieren der Autorin zufolge aus Herrschaftskrisen des *Ancien Régime*, da aufstrebende soziale Kräfte nicht integriert wurden und Herrschaftspositionen einer verschärften Konkurrenz unterlagen. (137) Für Gerstenberger wird die Konzeption des Feudalismus zu vage gefasst, da hier soziale Verhältnisse beschrieben werden, für welche die Begrifflichkeit Gesellschaft nicht sinnvoll ist. Der Zusammenhang dieser sozialen Verhältnisse besteht im Wesentlichen in religiöser Verallgemeinerung und in kriegesischen Auseinandersetzungen. Feudalismus als analytisches Konzept wurde erfunden, „als sich Menschen im 17. Jahrhundert die vorausgehende Epoche erklären wollten. Dazu nutzten sie Strukturmerkmale der Gesellschaft, in der sie lebten“. Das Konzept des Feudalismus verliert so „jeglichen analytischen Nutzen“. (Ebd.) Die verallgemeinerte Gewalt wurde in der Epoche des *Ancien Régime* institutionalisiert, und für Gerstenberger unterscheiden sich die Staatsgewalten der

Staaten, die die Herrschaftsform des *Ancien Régime* erlebten, von den Staatsgewalten der anderen kapitalistischen Gesellschaften. „Und zwar deshalb, weil bürgerliche Staatsgewalt aus den revolutionären Transformationen von Gesellschaften entstand, in denen personale Herrschaft bereits weitgehend versachlicht und säkularisiert worden war, in denen Prozesse im Gange waren, die Wissenschaft zum gesellschaftlich durchgesetzten ‚Standpunkt‘ machten und Individuen zu Trägern von Interessen. Bürgerliche Staatsgewalt ist eine spezifische Form kapitalistischer Staatsgewalt.“ (152)

Die bürgerliche Staatsgewalt ist Gerstenberger zufolge nicht überall mit dem Kapitalismus entstanden. Damit widerspricht sie der häufig im Marxismus vertretenen Ansicht. Als Beispiel für ihre Position führt sie Frankreich an, denn die Konstitution der bürgerlichen Staatsgewalt erfolgte dort hundert Jahre bevor die kapitalistischen Produktionsverhältnisse im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts dominant wurden. Sie widerspricht ausdrücklich „dem ökonomischen Funktionalismus, der den Inhalt bürgerlicher Revolutionen auf den Wandel von Produktionsverhältnissen festlegt“, denn bürgerliche Revolutionen waren Ausdruck der Kritik „gegen die Herrschaftsformen des *Ancien Régime*, insonderheit gegen staatlich sanktionierte Privilegien“. (153) Diesen Begriff des *Ancien Régime* hat Gerstenberger, wie sie ausführt, von französischen Revolutionären übernommen, die damit das bezeichneten, was sie abschaffen wollten: Privilegien und alle Formen der Herrschaft, „über die Personen oder Personengruppen als Eigentum verfügen konnten“. (154) Der Terminus *Ancien Régime* wurde als wissenschaftliche Kategorie erstmals von Alexis de Tocquevilles verwendet, indem er mit diesem Begriff die alte Ordnung als einen krisenhaften Prozess beschrieb. Mit diesem Hinweis und auch mit dem folgenden Zitat beziehe ich mich auf das Werk von Heide Gerstenberger *Die subjektlose Gewalt* (2. Auflage), in dem die Autorin noch konkreter auf diese Epoche des *Ancien Régime* eingeht als in dem von mir rezensierten Buch von ihr: „Was den Zeitraum anlangt, in welchem die Herrschaftsformen vom Typus *Ancien Régime* dauerten, so finden sich dafür in der Forschung solch unterschiedliche Bezeichnungen wie ‚frühe Neuzeit‘, ‚Feudalismus‘ oder ‚Absolutismus‘. Diese Epochenbestimmungen werden durch das analytische Konzept eines Epochenbegriffes *Ancien Régime* ausgeschlossen. Dagegen lassen sich sowohl das ‚Zeitalter der Reformation‘ als auch jener Epochenbegriff von ‚Neuzeit‘, der die Veränderung des Welt- und Zeithorizontes thematisiert, dem hier vorgeschlagenen analytischen Konzept inhaltlich integrieren.“ (502) Es ist schade, dass in dem hier rezensierten Buch *Staatsgewalten*, erklärende Beispiele zur begrifflichen Klärung gelegentlich aus ihren Werken *Die subjektlose Gewalt* und *Markt und Gewalt* herangezogen werden müssen.

Über die Staatsgewalten in kapitalistischen Gesellschaften schreibt Gerstenberger, dass die kapitalistische Staatsgewalt zu erklären ist durch die Transformation der menschlichen Arbeitskraft in eine Ware, wodurch sie „formal zu Eigentümern von Waren unter anderen Eigentümern von Waren“ wurde. Hier bezieht sich die Autorin auf die ursprüngliche Akkumulation von Karl Marx als dauerhafte Realität des Kapitalismus, da die Menschen dem Warencharakter der menschlichen Arbeit beständig unterworfen sind. (308) Sehr stringent argumentiert Heide Gerstenberger hier über die Ware Arbeitskraft als soziale Voraussetzung kapitalistischer Ausbeutung und über die historische Voraussetzung für die kapitalistische Staatsgewalt,

nicht als Form der Repression über die ausgebeuteten Arbeitskräfte zu erscheinen. Der Staat garantiert die Verwendung der legal erworbenen Ware; er schützt das Eigentum an Produktionsmitteln wie das Eigentum an der eigenen Arbeitskraft, aber eben auch ihre Verwendung für die Verwertung in der kapitalistischen Warenproduktion. Durch „die Gleichbehandlung von Ungleichem“ sanktioniert der kapitalistische Staat die bestehenden Verhältnisse. „Diese formale Neutralität des bürgerlichen Rechtsstaates verhindert eine legale Überwindung kapitalistischer Verhältnisse.“ (163) Und eben diese formale Gleichsetzung über die Verfügung von privatem Eigentum „trennt den Staat von den Klassenverhältnissen in der Gesellschaft“ und macht ihn so zu einer „Legitimationsinstanz“ für die bestehenden kapitalistischen Verhältnisse. Aus der „Gewalt zur Durchsetzung des Kapitalismus“ wird, so die Autorin in ihrer klaren und stringenten Argumentation, eine „Gewalt zum Erhalt des Kapitalismus“. (308)

Allerdings einschränkend fügt Gerstenberger auf der nächsten Seite in zutreffender Weise hinzu, dass kapitalistische Staaten immer mal wieder diese formale Neutralität vermissen ließen und lassen, indem sie für Arbeitskräfte ein spezielles Strafrecht eingeführt hatten, die Sklaverei legalisierten, den Arbeitszwang rassistisch begründeten, weibliche Arbeitskräfte diskriminierten und bis heute ausländische Arbeitskräfte benachteiligen. „Deshalb reicht der Hinweis auf die revolutionäre Konstitution einer von privater Aneignung getrennten Institution nicht hin, um eine allgemeine Theorie des kapitalistischen Staates als einer außerökonomischen Gewalt zu begründen.“ (309)

Voraussetzung für eine kapitalistische Ökonomie ist es ihr zufolge, dass das Kapital die Verfügungsgewalt über den Einsatz von Arbeitskraft hat. Sie widerspricht der lange im historischen Materialismus verbreiteten Annahme, dass es zu der strukturellen Notwendigkeit in der Geschichte des Kapitalismus gehört, dass kapitalistische Ökonomie freie Lohnarbeit zur Voraussetzung hat. Jedenfalls würde das eine „allgemeine Definition kapitalistischer Ökonomie“ nicht rechtfertigen. (319) „Es gibt kapitalistische Gesellschaften, in denen freie Lohnarbeit nicht dominant oder jedenfalls nicht allgemein ist, es gibt aber keine kapitalistische Ökonomie ohne Konkurrenz.“ (320) Diese Aussage der Autorin ist nachvollziehbar und bezüglich der Strukturbedingung Konkurrenz auch inhaltlich begründet, erläuternde Beispiele für kapitalistische Gesellschaften ohne dominante freie Lohnarbeit wären hier aber noch angebracht. Wie schon erwähnt ist die Konkurrenz unabdingbare Voraussetzung kapitalistischer Staatsgewalt, allerdings, so Gerstenberger, bleibt es auch der Staatsgewalt vorbehalten, bestimmte Konkurrenzbeziehungen und auch bestimmte Waren von dem Warenverkehr auszuschließen. (320) In der Geschichte des Kapitalismus hat sich das immer wieder zugetragen und aktuell zeigt sich das m.E. in den Wirtschaftsbeziehungen der USA und der EU zu China. Schlussendlich schreibt die Autorin, dass die Verfügungsgewalt des Kapitals über den Einsatz menschlicher Arbeitskraft und die Freisetzung der Konkurrenz zu den „allerallgemeinsten“ Bestimmungen der kapitalistischen Staatsgewalt gehört. Dazu zählt sie notwendigerweise auch die Aneignung des Mehrprodukts bzw. die Verwertung menschlicher Arbeitskraft durch das Kapital. (321)

Heide Gerstenberger gelingt es in ihrem neuen Buch *Staatsgewalten* ihr Grundanliegen, die Entstehung der bürgerlichen und



kapitalistischen Staatsgewalten, stringent und nachvollziehbar zu erläutern. Allerdings setzen in dem Buch ihre einzelnen, in verschiedenen Zeitschriften und Büchern veröffentlichten Artikel, historische Kenntnisse voraus, da die Autorin auf eine chronologische und übersichtliche Datengeschichte verzichtet. Erklärende Hinweise, so z.B. zum *Ancien Régime* oder zu kapitalistischen Gesellschaften ohne dominante freie Lohnarbeit, wären jedoch noch hilfreich gewesen. Ihr Anliegen, die Entstehung bürgerlicher Revolutionen aus den Herrschaftsstrukturen

des *Ancien Régime* zu erläutern, gelingt ihr eindrucksvoll. Dies beinhaltet auch ihre Kritik marxistischer Ansätze, bürgerliche Revolutionen auf ökonomische Strukturerefordernisse zurückzuführen. Gerstenberger verdeutlicht, dass historisch die freie Lohnarbeit keine fundamentale Notwendigkeit kapitalistischer Produktionsweise ist. Selbst das Vorhandensein einer formal freien Lohnarbeit hat die Arbeitskräfte nicht vor Gewaltanwendung geschützt. *Staatsgewalten* – ein gut lesbares und sehr empfehlenswertes Buch von Heide Gerstenberger.

„Akkumulation – Überausbeutung – Migration“

Rezension von Wolfgang Kastrup

Janina Puder: *Akkumulation – Überausbeutung – Migration*, Frankfurt/M.: Campus Verlag Frankfurt/ New York 2022, 343 Seiten, 44,00 Euro, ISBN 978-3-593-51639-4

Die vorliegende Veröffentlichung der Forschungsarbeit *Akkumulation – Überausbeutung – Migration* von Janina Puder, wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Kassel, basiert auf ihrer Dissertation. Titel und Untertitel des Buches *Arbeit im malaysischen Palmöl-Industriellen-Komplex* verweisen speziell auf die Überausbeutung niedrigqualifizierter Arbeitsmigrant*innen am Beispiel des malaysischen Palmölsektors. Palmöl wird hauptsächlich in Malaysia und Indonesien angebaut und ist eines der wichtigsten Pflanzenöle auf dem Weltmarkt. In zahlreichen Nahrungsmitteln und Kosmetikprodukten ist der Rohstoff Bestandteil; zudem eignet sich Palmöl im Besonderen zur Herstellung „vermeintlich ökologisch nachhaltigen Biokraftstoffen“. (15) Auf der bisher wenig beachteten spezifischen Ausbeutung von Migrant*innen mit niedriger Qualifikation in diesem Palmölsektor liegt der Schwerpunkt der Untersuchung von Puder. Dabei bleibt der gravierende ökologische Schaden durch den expandierenden, monokulturellen Palmölanbau nicht unberücksichtigt, denn diese Ausdehnung der monokulturellen Ölpalmkultivierung führt zu einer permanenten Grenzverschiebung zwischen Plantagenanbaugebieten und ehemaligen Waldgebieten. Komplexe Ökogegebiete werden so in riesige agroindustrielle Landschaften verwandelt. Auf den malaysischen Plantagen arbeiten ca. 80 Prozent der Arbeiter*innen aus Indonesien, Indien, Bangladesch oder den Philippinen. (17)

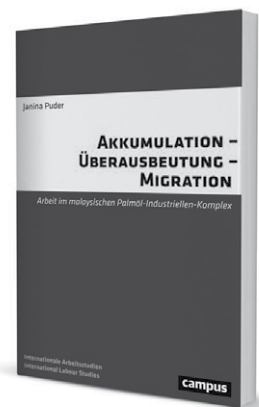
Die Autorin geht von der Grundannahme des Marxschen Ausbeutungstheorems aus, wonach die Ausbeutung von Lohnarbeit strukturell in der kapitalistischen Produktionsweise zu sehen ist. Die natürliche Grenze dieser Ausbeutung ist erreicht in der Reproduktion der Arbeitskraft auf einem Mindestniveau. Mit der Überausbeutung argumentiert Janina Puder überzeugend, dass die Arbeitsmigrant*innen im malaysischen Palmölsektor über ein „normales“ Maß hinaus ausgebeutet werden. „Daraus erwächst zugespitzt formuliert die These, dass *Arbeitsmig-*

*rant*innen in der malaysischen Palmölindustrie systematisch überausgebeutet werden.* Diese These bildet den Ausgangspunkt der vorliegenden Arbeit. Davon abgeleitet stellt sich die Frage, *wie es überausgebeuteten Arbeiter*innen gelingt, ihre Arbeitskraft zu reproduzieren.*“ (18) Karl Marx hat die Überausbeutung von Arbeitskräften zwar nicht als eigenständiges Phänomen betrachtet, die Möglichkeit der Überausbeutung aber durchaus benannt. So spricht er beispielsweise von einer „Mehrarbeit verlängert durch die Überschreitung ihrer normalen Grenzen“ oder bezüglich des Arbeiters über die „verkümmerte Reproduktion seiner Arbeitskraft“. (MEW 23, 333) Die Forschungsarbeit der Autorin schließt hier erfreulicherweise eine Lücke, denn in der deutschsprachigen Sozialwissenschaft ist das Thema der Überausbeutung der Arbeitskraft bisher wenig systematisch behandelt worden.

Methodisch stützt sich die vorliegende Studie auf die von Michael Burawoy entwickelte *Extended Case Method* (ECM), die bei qualitativen sozialwissenschaftlichen Studien mit einem theoretischen Ausgangspunkt beginnt, um dann die reflexive Verbindung mit der empirischen Forschungsarbeit herzuleiten. (34)

Die malaysische Gesellschaft ist der Autorin zufolge „quer zur Klassenzugehörigkeit vorwiegend entlang von Ethnie, Religionszugehörigkeit, Herkunft und Geschlecht hierarchisiert“. Die Herrschaftsverhältnisse werden zusätzlich durch den „postkolonialen Kontext der Entwicklung“ von Malaysia beeinflusst. (36)

Aus Ausbeutung wird Überausbeutung, wenn die Verausgabung der Arbeitskraft die Arbeitssubstanz der Arbeiter*innen





so weit angreift, dass sich diese nicht mehr vollständig regenerieren kann. Überausbeutung ist aus Sicht des Kapitals eine Strategie, zusätzlichen Mehrwert im Produktionsprozess zu generieren. Für die Arbeitskräfte bedeutet dies Löhne, die die eigene Reproduktion nicht sichern können. Hinzu kommen die permanente Ausdehnung des Arbeitstages und Arbeitsbedingungen, die an die physische und psychische Substanz gehen. Folglich sind sie auf zusätzliche Einkommensquellen angewiesen. „Es sind die Arbeiter*innen selbst, die getrieben durch die Unsicherheit der Reproduktion ihrer Arbeitskraft permanent nach Gelegenheiten suchen, Überstunden zu leisten.“ (278) Das Perfide ist, dass dies dann als freiwillige und somit eigenverantwortliche Entscheidung erscheint. Weitere zusätzliche und notwendige Einkommensquellen sind informelle Tätigkeiten, Tauschgeschäfte, die Aufnahme von Schulden und das illegale Betreiben von Subsistenzwirtschaft. (280f.)

Der Staat schafft durch das vorherrschende Arbeitsmigrationsregime die Voraussetzungen für die Überausbeutung im Palmölsektor. Die „Segmentierung des Arbeitsmarktes, die Kanalisierung von Arbeitsmigrant*innen unterschiedlicher Staatsangehörigkeit in voneinander separierte Bereiche des Niedriglohnsegments und die institutionelle Diskriminierung migrantischer Arbeiter*innen im Hinblick auf gewerkschaftliche (Selbst-)Organisation“ verhindern „den kollektiven Widerstand migrantischer Arbeiter*innen“. (300)

Überproportional ist der Anteil weiblicher Arbeiterinnen, die als Tagelöhnerinnen zu den niedrigsten Einkommen und schlechtesten Arbeitsbedingungen in diesem Wirtschaftszweig beschäftigt werden. „Weibliche Arbeitsmigrantinnen bilden

[...] eine tragende Säule der überausbeuterischen Arbeitsverhältnisse im malaysischen Palmölsektor, indem sie kostenfreie reproduktive, zum Teil unbezahlte wertproduktive und häufig unregulierte informelle Arbeit leisten.“ (280f.)

Die Überausbeutung migrantischer Arbeitskräfte in der Palmölindustrie in Malaysia ist, wie Janina Puder betont, kein Einzelfall. Vergleichbare Verhältnisse zeigen sich beispielsweise in der exportorientierten industriellen Latexhandschuhherstellung oder im häuslichen Pflegebereich. (309)

Die Ausführungen der Autorin machen deutlich, dass Überausbeutung und Ausbeutung zusammen gesehen werden müssen. Sie sind als Resultat der Funktionslogik einer kapitalistischen Produktionsweise zu begreifen.

Es zeigt sich in den gesamten Ausführungen, und vor allem mit dem Bezug auf Karl Marx, dass Puder den Begriff der Ausbeutung zutreffend im Sinne eines politökonomischen Tatbestandes, einer Systemnotwendigkeit versteht und nicht, wie es häufig geschieht, als moralische Kategorie einer ungerechten Behandlung der Lohnarbeitenden durch das Kapital. Ihre Forschungsarbeit weist eine stringente und theoretisch eindeutige Argumentationslinie auf, die sie dann mit einer umfassenden empirischen Datenlage verbindet. Da die Autorin das soziale Ungleichheitsverhältnis zwischen Lohnarbeit und Kapital als eine Beziehung versteht, die aus der kapitalistischen Vergesellschaftung der Arbeit und der Produktion hervorgeht, ist ihre Forschungsarbeit ein wertvoller Beitrag für die soziologische Ungleichheitsforschung.

Frank Wichert (1967 – 2024)

Im Januar 2024 erreichte das DISS die traurige Nachricht, dass Frank Wichert im Alter von 57 Jahren nach längerer, schwerer Krankheit am 8. Januar verstorben ist.

Frank war lange Zeit in den 1990er und 2000er Jahren Mitarbeiter in unserem Institut. Während seines Studiums hatte er als studentische Hilfskraft bei Siegfried Jäger gearbeitet. Nach seinem Examen wurde er dessen wissenschaftlicher Mitarbeiter.

Seine Mitarbeit im DISS konzentrierte sich vor allem auf diskursanalytische Studien zu Migration, Rassismus, Krieg und Biopolitik. Zu diesen Themen hielt er nicht nur im Institut zahlreiche Vorträge. In seiner Dissertation unternahm er eine Kritische Diskursanalyse, in der er die Konstruktion von Männlichkeitsbildern in hegemonialen Medien untersuchte.

Im Institut war er einer der Gründungsmitglieder der Diskurswerkstatt, die heute immer noch existiert. Außerdem war er Mitglied des Beirats im DISS. Zu Siegfried Jägers 60. Geburtstag hat er zusammen mit Ernst Schulte-Holtey, Ina Ruth und mir die

Festschrift „Wissenschaft Macht Politik“ im Verlag Westfälisches Dampfboot herausgegeben.

Nach seiner aktiven Zeit im DISS arbeitete er als Lehrer für Deutsch und Philosophie – zuletzt an der Ernst-Barlach-Gesamtschule in Dinslaken.

Unser Mitgefühl gilt seiner Frau, seiner Tochter und seinen Eltern sowie allen, die ihm nahestanden.

Wir werden Frank als freundlichen, humorvollen und warmherzigen Kollegen in Erinnerung behalten.

Duisburg im April 2024,
Gabriele Cleve



Neues aus dem Institut

EDITION DISS

Kritische Diskursanalyse

Eine Einführung



Siegfried Jäger | Margarete Jäger
Regina Wamper | Benno Nothardt



8., vollständig überarbeitete und aktualisierte Auflage

Im Juni wird die Überarbeitung unseres Grundlagenbuches in der Edition DISS erscheinen:

Kritische Diskursanalyse

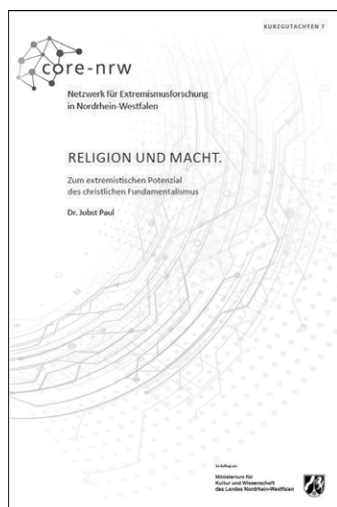
Eine Einführung

Siegfried Jäger, Margarete Jäger, Regina Wamper
& Benno Nothardt

8., vollständig überarbeitete und erweiterte Neuauflage

Siehe den Artikel in diesem Heft.

VERÖFFENTLICHUNGEN



Das Jahr 2023 endete mit der Veröffentlichung des Kurzgutachtens

Religion und Macht

Jobst Paul

Zum extremistischen Potenzial des christlichen Fundamentalismus

BICC – Bonn International Centre for Conflict Studies

<http://www.disskursiv.de/2023/11/14/kurzgutachten-religion-und-macht>

Im Rahmen des Gutachtens werden streiflichtartig die Fülle und Variabilität von christlich-fundamentalistischen Organisationen, Bewegungen und Gruppierungen umrissen, die darin übereinkommen, nicht für, sondern gegen den Abbau von Diskriminierung und Ungleichheit einzutreten und danach zu streben, vergangene autoritäre, antidemokratische Machthierarchien wieder herzustellen. Entscheidend ist, dass in den vergangenen Jahren eine immer größere Anschlussfähigkeit der Positionen und der Programmatik rechtsextremer Gruppen entstanden ist, wobei sich personelle Verbindungen und organisatorische Vernetzungen zwischen den Milieus ausgebildet haben. Viele Manifeste von rechtsextrem motivierte Gewalttäter*innen belegen, in welchem Ausmaß sich darin zentrale Positionen des christlichen Fundamentalismus mit rechtsextremen Agenden und deren Narrativen überschneiden.

Wir danken dem Ministerium für Kultur und Wissenschaft NRW für den Auftrag und die Finanzierung des Kurzgutachtens.

Das deutsche Fernsehen und der Fall Rassismus

Mediale Inszenierungen von Sinti und Roma im Tatort und in politischen Talkshows



Katharina Peters



Das deutsche Fernsehen und der Fall ›Rassismus‹
Mediale Inszenierungen von Sinti und Roma im
Tatort und in politischen Talkshows

ISBN 978-3-89771-775-6

Unrast-Verlag, 2021

Seiten: 164

Reihe: Edition DISS Band: 46

Ausstattung: Softcover

Das vermeintliche Wissen, das über Sinti*ze und Rom*nija kursiert, ist geprägt von negativen Stereotypen bei kaum vorhandenen Kontakterfahrungen mit Angehörigen der Minderheit. Die dominierenden Bilder werden durch die Medien verbreitet und als Wahrheiten ausgegeben und rezipiert. Sie beschränken sich außerdem nicht auf Mitglieder der Minderheit, sondern werden ohne Widerspruch auf Menschen aus Bulgarien und Rumänien übertragen. Neben der emanzipatorischen Arbeit einer zunehmenden Zahl an Selbstorganisationen, ist es ein Anliegen dieser Arbeit, die medialen Inszenierungen, deren Schauplätze und Akteur*innen, sowie die dahintersteckenden Wirkmechanismen und Strukturen aufzudecken.

Katharina Peters untersucht am Beispiel der medialen Inszenierung von ›Sinti und Roma‹ im deutschen Fernsehen, wie Rassismen adaptiert und verbreitet werden. Die mit dem Augsburger Wissenschaftspreis für interkulturelle Studien ausgezeichnete Analyse entlarvt die als Realitäten ausgegebenen Bilder in ihrer Konstruiertheit und schafft so Raum für andere Wirklichkeitsentwürfe, die ein vielfältigeres Bild zulassen und Stereotype negieren. Der diskurs- und medienwissenschaftliche Ansatz leistet einen Beitrag, Erscheinungsformen des Rassismus in Zeiten eines weltweit erstarkenden Nationalismus am Beispiel von Antiziganismus im deutschen Fernsehen detailliert zu beschreiben. Mit dem Ziel, die Sensibilität für eine diskriminierungsfreie mediale Darstellung zu schärfen und das Bewusstsein für die Realität Deutschlands als eine Einwanderungsgesellschaft zu stärken.

Das neue Jahr startete mit der Studie

Neonazismus zwischen Bürgerkrieg & Bürgernähe

DISS-Journal-Sonderausgabe 7



Themen, Positionen und Strategien in der Zeitschrift N.S. Heute

online auf unserer Homepage oder gegen 4 € Schutzgebühr gedruckt im DISS.

Wir danken der Landeskoordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus, der Landeszentrale für politische Bildung NRW und dem Bundesprogramm Demokratie Leben des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend für die Förderung.

des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend für die Förderung.

Siehe den Artikel in diesem Heft.

Aus Anlass der Correctiv-Recherchen veröffentlichten wir online den Aufsatz:

Von „Umvolkung“ zu „Remigration“

Helmut Kellershohn

www.diss-duisburg.de/2024/01/von-umvolkung-zu-remigration

NEU AUF UNSERER HOMEPAGE...

... ist die Rubrik ‚Judentum – Antisemitismus‘

Hier findet sich unter anderem der Forschungsbericht

Judentum in der deutschen Alltagspresse.

Diskursanalytische Folgerungen für die didaktische Praxis

www.diss-duisburg.de/judentum-antisemitismus

DISS-JAHRESKOLLOQUIUM 2023

Im November fand das Kolloquium des DISS in der Jugendherberge Duisburg Sportpark statt. Das Thema war „Gesellschaftliche und politische Aspekte der Vielfachkrise“. Referent*innen waren Tino Heim, Christa Wichterich, Sebastian Friedrich, Janina Puder und Uwe Hoering. Beiträge von ihnen und anderen werden im Kolloquiumsband veröffentlicht, der im Herbst dieses Jahres erscheinen wird.

Wir danken der Rosa-Luxemburg-Stiftung **für die Förderung.**

AK MIGRATION

Der Deutschlandfunk sendete im November 2023 zwei Features, in denen auch das DISS zu Wort kommt:

Annika Schneider: Nahezu faktenfrei. Mediendiskurse zur Migration seit 2015.

Deutschlandfunk: @mediasres, 21.11.2023

<https://www.deutschlandfunk.de/nahezu-faktenfrei-mediendiskurse-zur-migration-seit-dlf-d88b1e36-100.html>

Kathrin Kühn: Macht der Sprache. Wie andere EU-Länder über Migration diskutieren.

Deutschlandfunk, 2.11.2023

<https://www.deutschlandfunk.de/sprachforschung-wie-andere-eu-laender-ueber-flucht-und-migration-diskutieren-dlf-f49ad352-100.html>

Außerdem druckte das nd ein Interview:

„Kriminalität wird ethnisiert“

Benno Nothardt über das »Feindbild junger muslimischer Mann« und sinnvolle Integrationsstrategien. Interview: David Bieber. nd, 24.7.2023, S.4.

www.nd-aktuell.de/artikel/1174992.feindbild-muslime-kriminalitaet-wird-ethnisiert.html

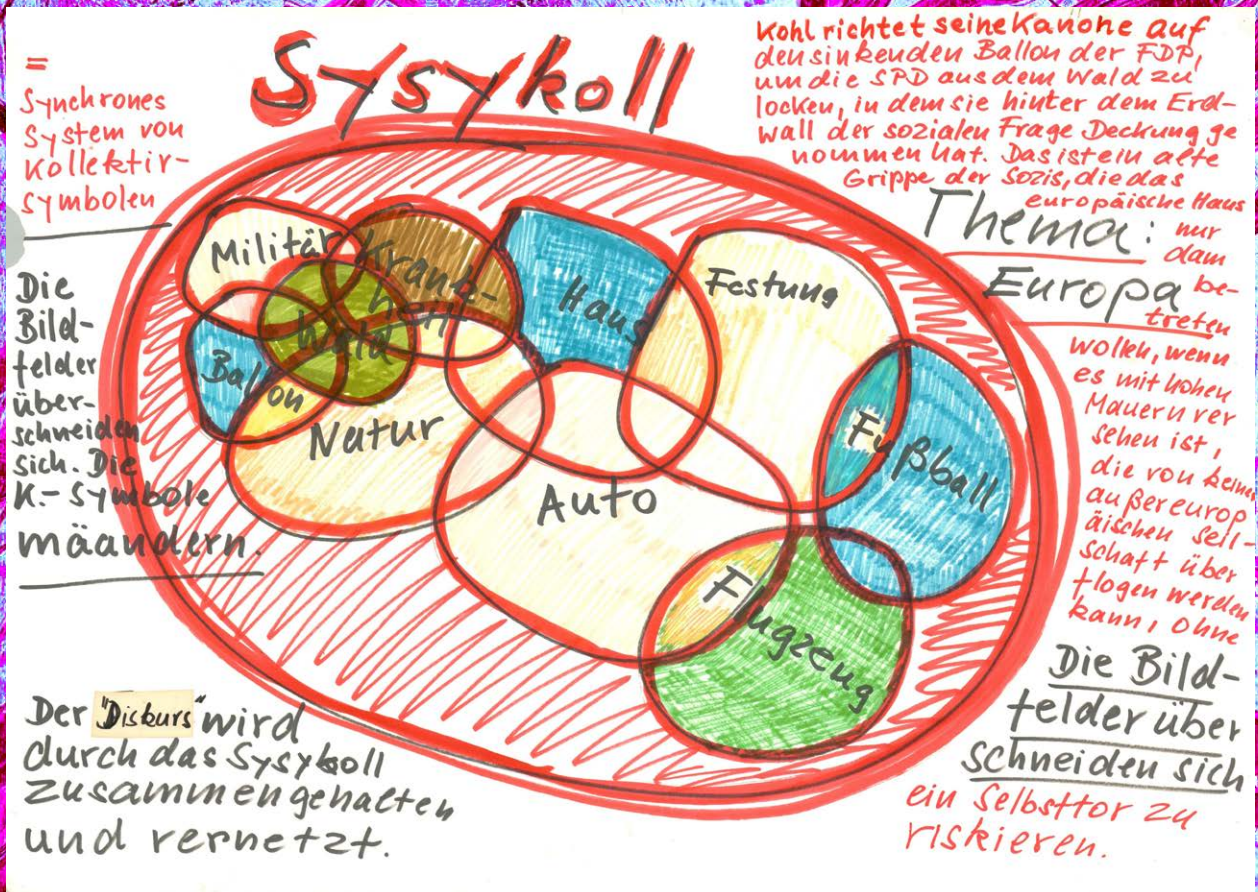
VORMERKEN: DISS-JAHRESKOLLOQUIUM 2024

In diesem Jahr wird das Kolloquium am Samstag, den **02.11.24** stattfinden und sich dem Thema *„Weichenstellungen und Blockaden im sozial-ökologischen Transformationskonflikt“* widmen.

Samstag 02.11.24 von 9:00 bis 19:00

Jugendherberge Duisburg Sportpark

Kruppstraße 9, 47055 Duisburg



„DER DISKURS ALS FLUSS VON WISSEN DURCH ZEIT UND RAUM“ (SIEGFRIED JÄGER)

Siegfried Jäger 2012: Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung. 6. Aufl., Münster: Unrast, S. 30.

**„ALS ERSTE DEFINITION DER KRITIK SCHLAGE ICH ... VOR:
DIE KUNST NICHT DERMAßEN REGIERT ZU WERDEN.“ (MICHEL FOUCAULT).**

Michel Foucault 1992: Was ist Kritik? Berlin: Merve, S. 12.